



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

D U B L I N

2012

Neunzehntes Treffen des Ministerrats

6. und 7. Dezember 2012

Erklärungen des Ministerrats

Beschlüsse des Ministerrats

Erklärungen von Delegationen

Berichte an den Ministerrat

Dublin 2012

7. Dezember 2012

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I.	ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS	
	Erklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format	3
	Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	4
II.	BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS	
	Beschluss Nr. 1/12 über die aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze in den Jahren 2014 und 2015	13
	Beschluss Nr. 2/12 über den Beitritt der Mongolei zur OSZE	15
	Beschluss Nr. 3/12 über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE	17
	Beschluss Nr. 4/12 über die Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen	22
	Beschluss Nr. 5/12 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats	23
III.	ERKLÄRUNGEN VON DELEGATIONEN	
	Eröffnungserklärung des Tánaiste und Ministers für auswärtige Angelegenheiten und Handel von Irland, Amtierender Vorsitzender der OSZE, auf dem Neunzehnten Treffen des Ministerrats	27
	Schlusserklärung des Tánaiste und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und Handel von Irland, Amtierender Vorsitzender der OSZE, auf dem Neunzehnten Treffen des Ministerrats	31
	Gemeinsame Erklärung der Leiter der Delegationen der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe	34
	Erklärung der Europäischen Union	35
	Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	39
	Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika	41
	Erklärung der Delegation Griechenlands	45
	Erklärung der Delegation Moldaus	46
	Erklärung der Delegation Moldaus	47
	Erklärung der Delegation der Türkei	49
	Erklärung der Delegation Norwegens	51
	Erklärung der Delegation Kanadas	52

IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

Bericht an den Ministerrat über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE im Jahr 2012	57
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen	61
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition	84
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über die Bemühungen zur Unterstützung der Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in der OSZE-Region	109
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit	132
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über Bemühungen im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen	139
Schreiben des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an den Minister für auswärtige Angelegenheiten Irlands und Vorsitzenden des Neunzehnten Treffens des Ministerrats	146
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner der OSZE im Mittelmeerraum an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats	150
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner der OSZE in Asien an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats	154
Bericht an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über das Treffen der OSZE-Troika mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum	158
Bericht an das Neunzehnte Treffen des Ministerrats über das Treffen der OSZE-Troika mit den Kooperationspartnern in Asien	161

I. ERKLÄRUNGEN DES MINISTERRATS

ERKLÄRUNG
ZU DEN VERHANDLUNGEN ÜBER DEN PROZESS
ZUR BEILEGUNG DER TRANSNISTRIEN-FRAGE IM
„5+2“-FORMAT

(MC.DOC/1/12 vom 7. Dezember 2012)

Die Minister für auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:

bekräftigen ihre nachdrückliche Unterstützung für eine umfassende, gerechte und gangbare Lösung des Transnistrien-Konflikts auf dem Verhandlungsweg, ausgehend von der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau, mit einem Sonderstatus für Transnistrien, der die Menschenrechte sowie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte seiner Bevölkerung uneingeschränkt garantiert;

begrüßen die Abhaltung von fünf offiziellen Treffen der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage im bestehenden 5+2-Format („5+2“) im Lauf des Jahres 2012 im Anschluss an den am 22. September 2011 in Moskau verabschiedeten Beschluss über die Wiederaufnahme offizieller Verhandlungen im „5+2“-Format sowie die Abhaltung eines ersten solchen Treffens in Wilna am 30. November und 1. Dezember 2011;

begrüßen insbesondere die Verabschiedung der „Verhandlungsgrundsätze und -verfahren“ sowie einer umfassenden Agenda für den Verhandlungsprozess im Jahr 2012 und sehen dem Fortschritt der Verhandlungen in allen drei Körben der verabschiedeten Agenda – sozioökonomische Fragen, allgemeine rechtliche und humanitäre Fragen und Menschenrechte sowie einer umfassenden Regelung einschließlich der institutionellen, politischen und Sicherheitsfragen, – erwartungsvoll entgegen;

verleihen ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, dass die Wiederaufnahme der Verhandlungen im „5+2“-Format mit einer Reaktivierung der Arbeit der Experten-Arbeitsgruppe und der direkten Kontakte zwischen den Konfliktseiten einherging, was zu konkreten Ergebnissen wie etwa der Wiederaufnahme des Schienengüterverkehrs durch die Region Transnistrien führte, die der lokalen Bevölkerung zugutekommen;

verleihen ihrer Genugtuung über die anerkannte ergänzende Rolle der Zivilgesellschaft und der Medien der Seiten im Beilegungsprozess Ausdruck;

fordern die Seiten auf, auf allen Ebenen ihre Bemühungen zur Vereinbarung und Umsetzung von Maßnahmen zu verstärken, um Vertrauen aufzubauen und guten Willen für die Lösung offener Probleme wie der Beseitigung von Hindernissen für den freien Personen-, Güter und Dienstleistungsverkehr an den Tag zu legen;

fordern die Mediatoren und Beobachter der OSZE, der Russischen Föderation, der Ukraine, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika auf, ihre koordinierten Bemühungen zu verstärken und ihr Potenzial, Fortschritte in Richtung Konfliktlösung zu fördern, vollständig auszuschöpfen.

ERKLÄRUNG ÜBER DIE STÄRKUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG UND DIE BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION, GELDWÄSCHE UND TERRORISMUSFINANZIERUNG

(MC.DOC/2/12/Corr.1 vom 7. Dezember 2012)

Wir, die Mitglieder des Ministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, erklären unsere nachdrückliche Unterstützung für die Förderung von guter Regierungsführung und Transparenz im OSZE-Raum.

Wir stellen fest, dass die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki und spätere wegweisende Dokumente der OSZE gemeinsame Verpflichtungen, Grundsätze und Instrumente enthalten, die die Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen zur Förderung von guter Regierungsführung und Transparenz implementieren sollten.

Wir erklären erneut, dass gute Regierungsführung auf allen Ebenen eine grundlegende Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, politische Stabilität und Sicherheit ist. Verantwortungsvolle Führung im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich, Rechtsstaatlichkeit und starke Institutionen sind wesentliche Grundlagen für eine gesunde Wirtschaft, durch die unsere Staaten in die Lage versetzt werden können, Armut und Ungleichheit zu reduzieren, die gesellschaftliche Integration zu verstärken, Chancengleichheit für alle zu verwirklichen, Investitionsanreize zu setzen und die Umwelt zu schützen.

Wir bekräftigen, dass Frieden, gute internationale Beziehungen, die Sicherheit und Stabilität des Staates und die Sicherheit des Einzelnen innerhalb des Staates auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte entscheidende Voraussetzungen für die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens sind, die für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung unverzichtbar ist.

Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten ist eine wesentliche Voraussetzung für die Rechenschaftspflicht der Staaten und für die aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors am Wirtschafts- und Entwicklungsgeschehen. Transparenz erhöht die Berechenbarkeit der Institutionen und der Wirtschaft, die auf der Grundlage entsprechender Gesetze und unter vorbehaltloser Achtung der Rechtsstaatlichkeit funktionieren, und stärkt das Vertrauen in sie.

Wir sind uns darin einig, dass Probleme der Regierungsführung, darunter Korruption und Geldwäsche, die Teilnehmerstaaten in ihrer Fähigkeit schwächen, eine nachhaltige Entwicklung im wirtschaftlichen, sozialen und Umweltbereich wirksam zu gewährleisten, und den sozialen Zusammenhalt, die Stabilität und die Sicherheit gefährden. Schwache Regierungsführung ist einer der Gründe, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen. Deshalb erneuern wir unser nachdrückliches Bekenntnis zur Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und damit zusammenhängenden Straftaten und erklären sie zu Prioritäten unserer Politik, gestützt auf geeignete Rechtsinstrumente, angemessene finanzielle, personelle und institutionelle Ressourcen und, wo erforderlich, geeignete Instrumente für ihre praktische und wirksame Umsetzung.

Wir erkennen die Fortschritte an, die die OSZE-Teilnehmerstaaten bisher, einzeln und gemeinsam, bei der Auseinandersetzung mit diesen Bedrohungen und Herausforderungen für

die Stabilität und Sicherheit gemacht haben. Wir halten fest, dass die politischen OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf gute Regierungsführung und Transparenz für alle drei Dimensionen Geltung haben, und wir bekennen uns erneut voll und ganz zur Umsetzung dieser Verpflichtungen durch einen umfassenden Ansatz, wie in diesem und anderen maßgeblichen OSZE-Dokumenten festgelegt.

Wir bekräftigen unsere Zusage, auf einzelstaatlicher Ebene mit Unterstützung einschlägiger internationaler Institutionen daran zu arbeiten, gute Regierungsführung in all ihren Aspekten zu stärken und Methoden der Zusammenarbeit zu entwickeln, um uns gegenseitig bei der Erreichung dieses Ziels zu unterstützen.

I. Gute Regierungsführung und Transparenz

Wir betrachten einen öffentlichen Sektor, der auf Integrität, Offenheit, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit gründet, als einen wesentlichen Faktor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sind der Auffassung, dass ein solcher öffentlicher Sektor einen wesentlichen Anteil daran hat, das Vertrauen der Bürger in die öffentlichen Einrichtungen und die Regierung zu stärken. Wir unterstreichen deshalb die Wichtigkeit, Amtsträgern Bildungs- und Schulungsmöglichkeiten zu ethischem Verhalten anzubieten, einschlägige Verhaltenskodizes und Rechtsvorschriften zur Regelung von Interessenkonflikten zu erstellen und durchzusetzen und umfassende Mechanismen zur Offenlegung von Einkünften und Vermögen maßgeblicher Amtsträger zu entwickeln und umzusetzen. Wir sind insbesondere der Meinung, dass sowohl die Ausarbeitung als auch die Einhaltung von Verhaltenskodizes für öffentliche Institutionen von entscheidender Bedeutung für die Stärkung von guter Regierungsführung, der Integrität des öffentlichen Sektors und der Rechtsstaatlichkeit sowie für die Vorgabe strenger Ethik- und Verhaltensnormen für Amtsträger sind.

Wir begrüßen die bereits geleistete Unterstützung der OSZE und ihrer Feldoperationen in diesem Bereich und ersuchen sie, den Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen auch weiterhin wertvolle Unterstützung zu leisten, das gilt auch für den Austausch von Erfahrungen und guten Referenzen einzelner Staaten über die OSZE-Dialogplattform.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass gute Regierungsführung einen entsprechenden Rahmen von wirtschaftspolitischen Konzepten, Gesetzen und Institutionen verlangt, in dem Unternehmen und Investitionen wachsen können. Wir bekräftigen daher unsere Entschlossenheit, klare rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die der Gründung von Unternehmen, auch kleiner und mittlerer, die für das Wirtschaftswachstum so wichtig sind, förderlich sind und ein investitionsfreundliches Klima schaffen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass ohne die vollständige und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen und Männern an politischen und wirtschaftlichen Prozessen und Institutionen, wie sie in mehreren OSZE-Dokumenten gefordert wird, gute Regierungsführung nicht verwirklicht und Korruption nicht erfolgreich bekämpft werden kann. Wir unterstreichen die Wichtigkeit, Frauen in die Lage zu versetzen, aktiv an der Gestaltung der Politik und Aktivitäten bezüglich guter Regierungsführung mitzuwirken und beizutragen, wovon Männer wie Frauen gleichermaßen profitieren.

Wir erkennen die Wichtigkeit an, Gesetze und andere Maßnahmen gegen Bestechung zu verabschieden und durchzusetzen, indem wir unter anderem die Bestechung in- und ausländischer Amtsträger unter Strafe stellen und öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung der Bestechung von Amtsträgern entwickeln.

Wir bekräftigen, dass die effiziente Verwaltung öffentlicher Mittel durch starke und gut funktionierende Institutionen, einen professionellen und effizienten öffentlichen Dienst sowie korrekte Abläufe im Haushalts- und öffentlichen Beschaffungswesen wesentliche Bestandteile guter Regierungsführung sind. In diesem Zusammenhang anerkennen wir die Notwendigkeit von Offenheit, Transparenz und Nichtdiskriminierung im Bereich von Waren und Dienstleistungen, bei der Schaffung einer soliden finanziellen Grundlage für unsere öffentlichen Verwaltungssysteme, bei der Gewährleistung von Transparenz im Steuer- und Haushaltswesen und bei der Einführung fairer und transparenter staatlicher Beschaffungssysteme, wobei Referenzen wie das Mustergesetz der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) über die Vergabe öffentlicher Aufträge und das Übereinkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über das öffentliche Beschaffungswesen zu berücksichtigen sind.

Wir erkennen die Notwendigkeit von Transparenz in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen an. Diesbezüglich nehmen wir Kenntnis von den Aktivitäten mehrseitiger Partnerschaften und Initiativen in diesem Bereich, darunter die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) und die Initiative für Transparenz im Baugewerbe (CoST).

II. Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Wir ermutigen diejenigen OSZE-Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) beizutreten und es vollständig umzusetzen. Wir begrüßen die Unterstützung der OSZE für dessen Umsetzung und beauftragen das OSZE-Sekretariat, insbesondere das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA), den OSZE-Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen Hilfestellung in diesem Bereich zu leisten, etwa auch durch die Aufbietung technischer Unterstützung.

Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, die Umsetzung unserer internationalen und nationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Korruptionsbekämpfung zu verbessern, indem wir unter anderem, je nach Zweckmäßigkeit, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Prozess einbinden, und anerkennen die Wichtigkeit, diese Verpflichtungen regelmäßig zu überprüfen, etwa im Rahmen des Mechanismus zur Überprüfung der Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption gemäß den im Mechanismus vorgesehenen Regelungen.

Wir begrüßen, dass die OSZE und insbesondere das OCEEA die Teilnehmerstaaten auch weiterhin auf deren Ersuchen unterstützen, sei es bei der Entwicklung bzw. Harmonisierung ihrer innerstaatlichen Antikorruptionsgesetze im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen, bei der Gewährleistung der praktischen Umsetzung und wirksamen Durchsetzung durch den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden auf regionaler, subregionaler und nationaler Ebene oder bei der Bereitstellung von Beratung und Ausbildung in Zusammenarbeit mit anderen maßgeblichen Organisationen wie etwa dem Büro der

Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Internationalen Antikorruptionsakademie. Wir sehen auch in anderen einschlägigen regionalen Mechanismen zur Überwachung der Korruptionsbekämpfung wie der Europarats-Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) wirksame Instrumente, die die Teilnehmerstaaten im Kampf gegen Korruption unterstützen können.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Bekämpfung von Korruption langfristige und umfassende strategische Ansätze und starke Institutionen verlangt. Wir sind davon überzeugt, dass auf die für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung, strafrechtliche Verfolgung und richterliche Beurteilung von Korruptionsdelikten zuständigen Organe kein unangemessener Einfluss ausgeübt werden darf. Hier verweisen wir insbesondere auf die zentrale Rolle der Strafverfolgungs- und Rechtsprechungsorgane im Kampf gegen Korruption und für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit. Wir halten es für außerordentlich wichtig, dass die Unabhängigkeit der Justiz sichergestellt wird, damit diese ihre Funktion erfüllen kann, und dass in dieser Hinsicht verstärkte Anstrengungen unternommen werden. Ferner unterstreichen wir die Bedeutung angemessener Ressourcen für diese Institutionen und die Notwendigkeit, sie zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist es für die Glaubwürdigkeit unserer Antikorruptionsbemühungen und für die Wirtschaftsentwicklung von größter Bedeutung, den Transfer von Erträgen aus Straftaten sowie Diebstahl, Veruntreuung oder sonstige Abzweigung öffentlicher Gelder wirksam zu verhindern und gestohlene Vermögenswerte wiederzuerlangen. Es ist uns bewusst, dass zur wirksamen Wiedererlangung von Vermögenswerten entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen und Institutionen, mit den nötigen Befugnissen ausgestattete Fachleute, die über die erforderlichen Kenntnisse und Ressourcen verfügen, eine proaktive und rasche nationale und internationale Zusammenarbeit, Rahmenbedingungen für eine Vernetzung und ein starker politischer Wille erforderlich sind.

Deshalb unterstützen wir Maßnahmen, die auf die Beseitigung von Hindernissen für die Wiedererlangung von Vermögenswerten abzielen, unter anderem durch erhöhte Effizienz der Rechtsverfahren und Verhinderung des Missbrauchs dieser Verfahren, verstärkte Anstrengungen gegen Geldwäsche und intensivere internationale Zusammenarbeit zur Wiedererlangung von Vermögenswerten. Wir ermutigen unsere Länder, sich weiter darum zu bemühen, dass, im Einklang mit geltendem Recht, gestohlene Vermögenswerte wiedererlangt und zurückgegeben werden und dass Korruptionserträge bei ihnen keinen „sicheren Hafen“ finden.

Ferner ermutigen wir das OCEEA, interessierte Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen zur Wiedererlangung von Vermögenswerten zu unterstützen und zu diesem Zweck mit anderen in diesem Bereich tätigen Organisationen und Initiativen zusammenzuarbeiten, unter anderem mit der gemeinsamen Initiative der Weltbank und von UNODC zur Rückführung gestohlener Vermögenswerte (StAR) und dem *International Centre on Asset Recovery*, und deren Arbeit zu ergänzen.

Wir anerkennen die Wichtigkeit, Informanten („Whistleblowers“) aus dem öffentlichen oder dem privaten Sektor ausreichend Schutz zu bieten, da sie eine Schlüsselrolle bei der Verhütung und Aufdeckung von Korruption spielen und damit dem öffentlichen Interesse dienen. Wir werden uns verstärkt um geeignete Maßnahmen zur Schaffung und Umsetzung

rechtlicher Mechanismen bemühen, durch die Informanten und ihre nächsten Angehörigen vor Vergeltungsmaßnahmen, Einschüchterung oder anderem psychischen oder physischen Schaden oder dem ungerechtfertigten Verlust ihrer Freiheit oder Existenzgrundlage wirksam geschützt werden. Wir betrachten derartige Maßnahmen als notwendige Bestandteile eines wirksamen Korruptionsbekämpfungssystems.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der international agierende Terrorismus auf Geldmittel angewiesen ist, die Terroristen zugewiesen werden. Die Finanzierung des Terrorismus gibt der gesamten internationalen Staatengemeinschaft Anlass zu großer Sorge. Unserer Überzeugung nach besteht die dringende Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Ausarbeitung und Verabschiedung wirksamer Maßnahmen zur Verhütung der Terrorismusfinanzierung und zu deren Unterbindung durch die strafrechtliche Verfolgung und Bestrafung der Täter zu verstärken.

Wir unterstützen ausdrücklich die von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung“ (FATF) in ihren überarbeiteten Empfehlungen festgelegten internationalen Standards und erklären unsere Unterstützung für die Arbeit FATF-ähnlicher regionaler Gremien und deren Beobachter sowie, wo zutreffend, für die Ratifizierung oder den Beitritt und die vollständige Umsetzung der einschlägigen regionalen und internationalen Rechtsdokumente zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, darunter die Konvention des Europarates über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (Warschau, 16. Mai 2005).

Wir legen dem OCEEA nahe, interessierte Regierungen und andere infrage kommende Partner bei der Umsetzung der FATF-Empfehlungen zu unterstützen, unter anderem durch den Aufbau von Kapazitäten für die Durchführung von Risikobewertungen in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, und die Mitwirkung daran sowie für Reaktionen darauf.

Ferner ermutigen wir das OCEEA und die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen, die Teilnehmerstaaten auf Ersuchen in ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate zu unterstützen, unter anderem durch die Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und durch Verfahren zur Verbesserung der Koordinierungsmechanismen zwischen den Dienststellen und mit externen Institutionen in diesem Bereich.

Wir betrachten Finanzaufklärungen als unverzichtbares Instrument, durch das nicht nur gegen die Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung vorgegangen werden kann, sondern auch gegen damit zusammenhängende Straftaten und Vortaten.

III. Die Zivilgesellschaft und der Privatsektor

Wir ermutigen die OSZE, ihr umfassendes Sicherheitskonzept weiterzuverfolgen und sich auch künftig der Verstärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen, der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor zu widmen und damit die Bemühungen um gute Regierungsführung einschließlich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in den Teilnehmerstaaten zu unterstützen.

Wir halten es für wichtig, den privaten Sektor in die Bemühungen zur Bekämpfung von Korruption und zur Förderung von guter Regierungsführung einzubinden und ihn im Hinblick auf ein faires und transparentes Unternehmensumfeld in die Pflicht zu nehmen. Ein solches Engagement der Wirtschaft ist wichtig für die Stärkung von guter Regierungsführung, Transparenz, Stabilität und Sicherheit auf nationaler und internationaler Ebene. Hinsichtlich der Förderung von verantwortungsvoller Führung in der Privatwirtschaft nehmen wir die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zur Kenntnis.

Wir legen den Wirtschaftstreibenden nahe, in ihrer Geschäftstätigkeit die sozialen, umweltbezogenen, humanitären und sicherheitsrelevanten Bedürfnisse der Teilnehmerstaaten zu berücksichtigen.

Wir unterstreichen die Wichtigkeit, dass sich Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärker in die Aufklärungsarbeit über Behinderungen des Wirtschaftswachstums, etwa durch Erschwerung des Marktzugangs, des Handels und der Investitionstätigkeit, einbringen, sowie die Notwendigkeit von mehr Transparenz zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir sind der Auffassung, dass Informationsfreiheit und der Zugang zu Informationen die Offenheit und Rechenschaftspflicht in der staatlichen Politik und im öffentlichen Beschaffungswesen fördern und es der Zivilgesellschaft, einschließlich der Medien, ermöglichen, einen Beitrag zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption, Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche sowie von deren Vortaten zu leisten. Wir bekräftigen unsere Zusage, für mehr Transparenz in unseren Regierungen zu sorgen und zu diesem Zweck Mechanismen und Institutionen zur zügigen Bereitstellung von Informationen, einschließlich verlässlicher Statistiken, weiterzuentwickeln, die einen gut informierten und verantwortungsvollen Dialog ermöglichen.

Wir legen großen Wert auf Offenheit in unseren Beziehungen zu den Bürgern in dem Bestreben, Dienstleistungen zu verbessern, die Integrität im öffentlichen Leben zu erhöhen, die öffentlichen Mittel effizient zu verwalten, die Gemeinden sicherer zu machen und die Rechenschaftspflicht in der Privatwirtschaft zu erhöhen. Wir ermutigen OCEEA, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Initiative *Open Government Partnership* zu suchen, die die Grundsätze Transparenz, Bürgerbeteiligung, Rechenschaftspflicht sowie Technologie und Innovation mit dem Ziel unterstützt, Wohlstand zu vermehren, Wohlergehen und menschliche Würde zu gewährleisten.

IV. Fortschritt durch Zusammenarbeit

Wir sehen in der OSZE ein Forum für politischen Dialog, Informationsaustausch und Zusammenarbeit im Bereich guter Regierungsführung sowie eine Plattform zur Herbeiführung des nötigen politischen Konsenses und Verständnisses für die Bedeutung der Verhütung und Unterbindung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auf allen Ebenen im Interesse einer nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung und der Stabilität. Wir bekennen uns erneut zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Strategien für gute Regierungsführung und zum Austausch von Erfahrungen über bewährte Methoden.

Wir begrüßen die gut eingeführte enge Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen maßgeblichen Organisationen und Institutionen, einschließlich der Vereinten

Nationen, und fordern die OSZE-Durchführungsorgane und insbesondere das OCEEA auf, die Zusammenarbeit mit ihnen weiter auszubauen, damit Mehrwert entstehen kann und die Aktivitäten einander ergänzen.

Wir anerkennen den wertvollen Beitrag der OSZE-Durchführungsorgane, einschließlich der OSZE-Feldoperationen, zur umfassenderen Tätigkeit der Organisation zur Förderung von guter Regierungsführung, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Wir fordern sie auf, ihre Zusammenarbeit weiter zu verstärken und ihre Bemühungen um Unterstützung der Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Umsetzung der Bestimmungen dieser Erklärung auch weiterhin zu koordinieren.

Anlage zu MC.DOC/2/12/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Erklärung des Ministerrats über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung merken wir an, dass wir uns dem Konsens zu diesem Beschluss sehr gern angeschlossen haben.

Wir möchten festhalten, dass wir in Bezug auf Abschnitt II Absatz 10 hinsichtlich der vollständigen Umsetzung der einschlägigen regionalen und internationalen Rechtsdokumente zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung davon ausgehen, dass darunter auch das Internationale Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und die gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verabschiedeten einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, darunter die Resolutionen 1373 (2001), 1267 (1999) und 1989 (2011), zu verstehen sind, und wir diese Resolutionen und Übereinkommen als Dokumente anerkennen, mit denen außerordentlich wichtige internationale Behörden geschaffen und substanzielle internationale Verpflichtungen zur Verhinderung der Terrorismusfinanzierung auferlegt wurden.

Wir ersuchen höflich, diese interpretative Erklärung der soeben verabschiedeten Erklärung beizufügen und in das Journal des Ministerrates aufzunehmen.“

II. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

BESCHLUSS Nr. 1/12
DIE AUFEINANDERFOLGENDEN OSZE-VORSITZE
IN DEN JAHREN 2014 UND 2015
(MC.DEC/1/12/Corr.1 vom 10. Februar 2012)

Der Ministerrat –

Kenntnis nehmend von der gemeinsamen Erklärung der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz und Serbiens (CIO.GAL/241/11) und von den Grundsätzen der Zusammenarbeit (MC.DEL/62/11) –

beschließt, dass die Schweiz im Jahr 2014 den Vorsitz in der OSZE führen wird;

beschließt, dass Serbien im Jahr 2015 den Vorsitz in der OSZE führen wird.

Anlage zu MC.DEC/1/12/Corr.1

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation Albaniens:

„Im Namen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten Albaniens möchte ich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben. Diese Erklärung betrifft den Ministerratsbeschluss Nr. 1/12 (MC.DEC/1/12/Corr.1) über die aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze in den Jahren 2014 und 2015, der im Wege der stillschweigenden Zustimmung verabschiedet wurde.

Albanien hat sich dem Konsens zu diesem Beschluss angeschlossen, um in der politischen Führung unserer Organisation in den kommenden Jahren Kontinuität zu gewährleisten. Damit stellen wir unser unverbrüchliches Bekenntnis zur OSZE, ihrer Zukunft und ihrer Stellung in der europäischen Sicherheitsarchitektur unter Beweis.

Albanien steht unmissverständlich und grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass jeder Teilnehmerstaat, der sich um den Vorsitz in unserer Organisation bewirbt, das Vertrauen aller anderen Teilnehmerstaaten, die aktiv mit den Angelegenheiten dieser Organisation befasst sind, genießen sollte. Die Haltung Serbiens in Sicherheitsfragen auf dem Westbalkan und in Bezug auf Nachbarstaaten gibt nach Ansicht Albaniens noch immer Anlass zu Verunsicherung.

Diesbezüglich setzen wir in Serbien die berechtigte Erwartung, dass es den Amtierenden Vorsitz verantwortungsvoll und unvoreingenommen wahrnehmen und sich uneingeschränkt an alle Verpflichtungen halten wird, an die wir alle hier in der OSZE gebunden sind. Ein erster positiver Schritt in diese Richtung wäre es, wenn sich Serbien

konstruktiv am Dialog mit dem benachbarten Kosovo beteiligte. Es ist von größter Wichtigkeit, dass Serbien alle bisher im Rahmen des von der EU vermittelten Dialogs getroffenen Vereinbarungen vollständig umsetzt, seine Unterstützung für die unrechtmäßigen Parallelstrukturen im Nordkosovo einstellt und ernsthaft seine Hilfe bei der Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen- und Warenverkehr zwischen dem Kosovo und Serbien anbietet. Wir erinnern daran, dass dies auch Verpflichtungen im EU-Integrationsprozess Serbiens sind.

Diese und andere wesentliche Schritte – etwa die Erleichterung des Beitritts des Kosovo zu regionalen Initiativen und anderen internationalen Organisationen, einschließlich der OSZE – wären ein deutliches Signal für die Bereitschaft Serbiens, sich für dauerhafte Sicherheit und Stabilität auf dem Westbalkan einzusetzen, wie es von einem künftigen OSZE-Vorsitz zu erwarten wäre.

Ferner erwarten wir von Serbien, dass es sich vollinhaltlich und unmissverständlich an die unter der Dokumentennummer CIO.GAL/241/11 verteilte gemeinsame Erklärung und an die unter der Dokumentennummer MC.DEL/62/11 verteilten Grundsätze der Zusammenarbeit hält. Wir erinnern daran, dass beide Dokumente vom Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbiens und dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz unterzeichnet wurden und im Ministerratsbeschluss angeführt sind.

Albanien wird gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten, die ebenfalls Vorbehalte gegen die Kandidatur Serbiens geltend gemacht haben, genau verfolgen, wie Serbien die OSZE führt und inwieweit es die gemeinsame Erklärung und die Grundsätze der Zusammenarbeit einhält. Jeder Versuch, von diesen Dokumenten abzuweichen oder unser Vertrauen, das wir in Serbien setzen, zu missbrauchen, wird sich negativ auf den internationalen Ruf dieser Organisation auswirken und wahrscheinlich auch die Konsensfindung in für die OSZE wichtigen Fragen erschweren.

Den Vorsitz in der OSZE zu führen ist tatsächlich eine große Herausforderung, die von einem Teilnehmerstaat verlangt, dass er nationale und persönliche Agenden zurückstellt und mit großem Verantwortungsbewusstsein agiert.

Wir wünschen Serbien jeden nur denkbaren Erfolg bei dieser Aufgabe. Serbiens Erfolg wird unser Erfolg als Region sein.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Ich danke Ihnen.”

BESCHLUSS Nr. 2/12
BEITRITT DER MONGOLEI ZUR OSZE
(MC.DEC/2/12 vom 21. November 2012)

Der Ministerrat –

nach Erhalt des in Dokument CIO.GAL/213/11 vom 28. Oktober 2011 enthaltenen Schreibens des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Mongolei, in dem die Mongolei ihren Willen, der OSZE als Teilnehmerstaat beizutreten, und ihre Übernahme sämtlicher in den OSZE-Dokumenten enthaltenen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten zum Ausdruck bringt, sowie des Addendums des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Mongolei (PC.DEL/780/12 vom 7. August 2012), in dem die Mongolei ihre Verantwortlichkeiten – insbesondere im Hinblick auf das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen – ausführt,

unter Bezugnahme auf Beschluss Nr. 12/11 des Ministerrats vom 7. Dezember 2011 über den Antrag der Mongolei auf Zuerkennung des Status eines Teilnehmerstaats und auf den Bericht des Vorsitzes zu dieser Angelegenheit (CIO.GAL/82/12 vom 4. Juli 2012) –

heißt die Mongolei als Teilnehmerstaat der OSZE willkommen, wobei in diesem Fall die in Anhang I des Wiener Dokuments definierte Anwendungszone für VSBM nicht auf das Territorium der Mongolei ausgeweitet wird – sofern der Ministerrat nichts anderes beschließt – und diesbezüglich die ausschließlich für die Anwendungszone geltenden Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument zwar für die mongolischen Kräfte in der Zone, nicht aber für das Territorium der Mongolei gelten.

Anlage zu MC.DEC/2/12

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Wir möchten zuallererst der Mongolei in ihrer Eigenschaft als vollwertiger Teilnehmerstaat der OSZE unseren Glückwunsch aussprechen. Wir hoffen, dass dieser neue Status es der Mongolei, die wir als Freund betrachten, ermöglichen wird, sich aktiver in die kollektiven Bemühungen zur Förderung eines gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraumes von Vancouver bis Wladiwostok im Einklang mit den Beschlüssen des OSZE-Gipfeltreffens von Astana einzubringen.

Wir haben uns dem Konsens zum Beschluss des Ministerrats über die Aufnahme der Mongolei in die OSZE angeschlossen, in dem bestätigt wird, dass die Anwendungszone für vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) im militärischen Bereich unverändert, das heißt wie in Anhang I zum Wiener Dokument festgelegt, bleibt. Demzufolge

werden diese VSBM nicht auf das Territorium der Mongolei ausgedehnt, wie auch der Ministerratsbeschluss festhält.

Zugleich stellen wir fest, dass in Zukunft bei der Ausarbeitung von Beschlüssen im Zuständigkeitsbereich des Forums für Sicherheitskooperation, einschließlich der Anwendung von VSBM, sein Mandat genauestens einzuhalten ist.

Wir sind ferner der Auffassung, dass der OSZE-Beitritt der Mongolei – eines Staates, der nicht in den in der Schlussakte von Helsinki festgelegten geografischen Zuständigkeitsbereich der KSZE/OSZE fällt – einen Sonderfall darstellt. Der Status der OSZE als einer ‚regionalen Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen‘, deren Hauptzweck die Unterstützung der Bemühungen der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist, sollte unverändert bleiben. In diesem Zusammenhang kann die Verabschiedung des Beschlusses über die Aufnahme der Mongolei nicht als Präzedenzfall für andere OSZE-Kooperationspartner oder andere Staaten, die nicht OSZE-Teilnehmerstaaten sind, herangezogen werden.

Im Lichte dieser Ausführungen unterstützen wir den Vorschlag des Vorsitzes, in einer informellen Arbeitsgruppe Erörterungen über die Ausarbeitung von Kriterien für die Teilnahme und Aufnahme neuer Teilnehmerstaaten in die OSZE einzuleiten.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang zum verabschiedeten Beschluss und zum Journal des Ministerratstreffens in Dublin.“

BESCHLUSS Nr. 3/12
DER „HELSINKI+40“-PROZESS DER OSZE
(MC.DEC/3/12/Corr.1 vom 7.Dezember 2012)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung seines uneingeschränkten Festhaltens an der Charta der Vereinten Nationen und an allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, beginnend mit der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und allen anderen von uns vereinbarten OSZE-Dokumenten, sowie unserer Verantwortung, sie vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen,

unter Hinweis auf die Gedenkklärung von Astana „Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“, in der sich die Teilnehmerstaaten erneut zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok bekannten, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind,

eingedenk der Entschlossenheit unserer Staats- und Regierungschefs, gemeinsam an der vollen Verwirklichung dieser Vision zu arbeiten, und eingedenk ihrer Zusage, die designierten Amtierenden Vorsitze nach Kräften bei der Erzielung weiterer Fortschritte zu unterstützen,

die Initiative begrüßend, den „Helsinki+40“-Prozess als ein alle Teilnehmerstaaten einbindendes Bemühen einzuleiten, um damit die Arbeit auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft durch einen starken und stetigen politischen Anstoß weiterzuentwickeln, und unsere Zusammenarbeit in der OSZE auf dem Weg in das Jahr 2015, in dem wir den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki begehen, weiter verstärkend,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass dieser besondere Jahrestag die einmalige Gelegenheit bietet, das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zum Konzept der umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit durch praktische Ergebnisse zu bekräftigen, die Ausdruck der verstärkten Bemühungen sind, die OSZE-Verpflichtungen vollständig umzusetzen und die Errungenschaften der OSZE in allen drei Dimensionen zu festigen und darauf aufzubauen, und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, –

1. fordert die designierten Vorsitze Ukraine, Schweiz und Serbien auf, den „Helsinki+40“-Prozess auf der Grundlage eines koordinierten strategischen Ansatzes fortzuführen und der Arbeit der Teilnehmerstaaten auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft eine Mehrjahresperspektive und Kontinuität zu verleihen;
2. beauftragt künftige Vorsitze, diesen Prozess durch die Einrichtung einer offenen informellen Arbeitsgruppe „Helsinki+40“ auf Ebene der ständigen Vertreter aller Teilnehmerstaaten zu erleichtern;

3. ersucht die derzeitigen Mitglieder und das neu hinzukommende Mitglied der Troika sowie die künftigen Vorsitze, die Tagesordnung für die Sitzungen der Arbeitsgruppe „Helsinki+40“ vorzuschlagen;
4. beauftragt die künftigen Vorsitze, mit Unterstützung des OSZE-Generalsekretärs regelmäßig Bilanz über die im Zuge des „Helsinki+40“-Prozesses erzielten Fortschritte zu ziehen und den Teilnehmerstaaten zweimal jährlich – vor der Sommerpause und vor dem Treffen des OSZE-Ministerrats – darüber Bericht zu erstatten;
5. fordert das Forum für Sicherheitskooperation auf, im Rahmen seines Mandats zum „Helsinki+40“-Prozess beizutragen;
6. ruft die Teilnehmerstaaten auf, sich engagiert an dem auf 2015 ausgerichteten ergebnisorientierten Prozess zu beteiligen.

Anlage 1 zu MC.DEC/3/12/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Wir danken dem irischen Vorsitz für seine Initiative, den „Helsinki+40“-Prozess in Gang zu setzen, der die Organisation strategisch anleiten und die Umsetzung der Verpflichtungen in den nächsten drei Jahren begünstigen soll.

Wir sind der Auffassung, dass im „Helsinki+40“-Prozess in Bezug auf die Grundprinzipien und Ausgangsannahmen, die den Bemühungen der OSZE zur Schaffung einer echten Sicherheitsgemeinschaft zugrunde liegen, absolute Klarheit herrschen muss.

- Eine „freie, demokratische, gemeinsame und unteilbare euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft“ ist am besten durch die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen zu erreichen.
- Es kann keinerlei Neuverhandlung der Schlussakte von Helsinki oder anderer OSZE-Vereinbarungen geben.
- Die strategischen Grundsätze, an denen sich die Arbeit an „Helsinki+40“ orientiert, sollten der vorhandene Leitprinzipien-Dekalog der Schlussakte von Helsinki sein.
- Das umfassende Sicherheitskonzept schließt alle drei Dimensionen ein, in allen dreien müssen wir zu Ergebnissen kommen.

- Jede neue Verpflichtung muss die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen unterstützen und bestehende OSZE-Normen, -Prinzipien, -Verpflichtungen und -Institutionen stärken (und nicht schwächen), um neuen Herausforderungen gerecht zu werden.
- Verpflichtungen in Bezug auf die Langzeitkonflikte, einschließlich Verpflichtungen betreffend die Nichtanwendung von Gewalt, sind einzuhalten; die Achtung aller grundlegenden Prinzipien von Helsinki muss die Basis unseres Herangehens an diese Konflikte sein; unser Ziel muss es sein, konkrete Ergebnisse zu erzielen.
- Die Zivilgesellschaft sollte in die Diskussionen im Rahmen von „Helsinki+40“ eingebunden werden.
- Die Rolle und Autonomie der Institutionen sollten gestärkt werden, und die Teilnehmerstaaten sollten diese bei ihrer Arbeit in Erfüllung ihrer Mandate unterstützen.
- Zur Stärkung und Anpassung der OSZE ist weder eine grundlegende Änderung struktureller Art noch ein rechtlicher Rahmen notwendig, sondern vielmehr eine Ausrichtung der Ressourcen auf die strategischen Prioritäten des 21. Jahrhunderts und der politische Wille zur Umsetzung unserer Verpflichtungen.

Keines der Elemente des „Helsinki+40“-Prozesses sollte im Namen einer „Modernisierung“, „Reform“ oder „Entpolitisierung“ die Möglichkeit zu einer Beschränkung der Wirksamkeit der OSZE eröffnen. In diesem Sinne meinen wir, dass man die Effektivität und Effizienz der OSZE durch die Erstellung eines mehrjährigen Haushalts- und Planungszyklus und eine verstärkte Programmevaluierung und -koordinierung mit anderen internationalen Organisationen verbessern kann – wiewohl wir uns der Forderung nach einer Erörterung über eine Änderung der „rechtlichen Rahmenbedingungen“ der OSZE nicht anschließen können. Die Arbeit unter dem Titel „Helsinki+40“ sollte die historische Rolle der OSZE in der Befassung mit Langzeitkonflikten, der Krisenreaktion und dem Aufbau militärischer Transparenz bekräftigen. Letztendlich sollte es das grundsätzliche Ziel des „Helsinki+40“-Prozesses bis 2015 sein, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten konkrete Verbesserungen ihrer Umsetzung der bestehenden OSZE-Verpflichtungen vorweisen. Wir begrüßen die erklärte Absicht der OSZE-Troika, die konkrete Arbeit in allen OSZE-Dimensionen im Hinblick auf 2015 zu erleichtern, und sind bereit, ihre Bemühungen zu unterstützen.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser interpretativen Erklärung als Anhang in den verabschiedeten Beschluss und das Journal des Ministerrats.“

Anlage 2 zu MC.DEC/3/12/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Belarus:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE möchte ich im Namen der Republik Belarus folgende interpretative Erklärung abgeben.

Angesichts der Tatsache, dass durch den „Helsinki+40“-Prozess die Verwirklichung des vom OSZE-Gipfeltreffen 2010 in Astana vorgegebenen Ziels einer gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft im OSZE-Raum gefördert werden soll, ist Belarus der Auffassung, dass eines seiner praktischen Ergebnisse die bedingungslose Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen betreffend die Unzulässigkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, Sanktionen oder einschränkender Maßnahmen durch alle Teilnehmerstaaten sein sollte. Ohne die Bekräftigung dieser Verpflichtungen und ohne völlige Ablehnung einer derartigen unannehmbaren Praxis, die das Vertrauen und die Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten untergräbt, wird es schlichtweg unmöglich sein, eine echte Sicherheitsgemeinschaft aufzubauen.

Belarus ist auch der festen Überzeugung, dass Fragen der tiefgreifenden Reform der OSZE und ihrer Anpassung an die Herausforderungen von heute einen zentralen Platz auf der Agenda des „Helsinki+40“-Prozesses einnehmen sollten.

Ich möchte darum ersuchen, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der Sitzung aufzunehmen.“

Anlage 3 zu MC.DEC/3/12/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Aserbaidshon:

„Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Aserbaidshon hat sich dem Konsens zum Entwurf des Ministerratsbeschlusses über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE unter folgender Annahme angeschlossen:

Dieser Beschluss bietet den OSZE-Teilnehmerstaaten eine einzigartige Gelegenheit, um Bilanz über die Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki und anderen grundlegenden Dokumenten der OSZE zu ziehen.

Wir rufen die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, sicherzustellen, dass in weiterer Folge dieses Beschlusses einige legitime Sicherheitsanliegen berücksichtigt werden, die die Republik Aserbaidschan im Laufe seiner Ausarbeitung geäußert hat, darunter unter anderem die schwindende Bedeutung der OSZE in der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, die Beilegung der Langzeitkonflikte im OSZE-Raum, die Thematisierung der zunehmenden Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen OSZE-Aktivitäten und im OSZE-Raum vorhandenen militärischen und Verteidigungsblöcken und deren Auswirkungen auf die Sicherheit derjenigen Teilnehmerstaaten, die nicht Mitglied solcher Sicherheitsblöcke sind, und die Frage, welche angemessenen politischen und Sicherheitsgarantien diese Nicht-Mitglieder erhalten.

Die Republik Aserbaidschan wird ihre Bemühungen dahingehend verstärken, dass diese Fragen ordnungsgemäß behandelt werden und in das Endprodukt des „Helsinki+40“-Prozesses wie auch in die bevorstehenden informellen Gespräche Eingang finden.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich, diese Erklärung dem soeben verabschiedeten Beschluss beifügen und in das Journal des Ministerratstreffens aufnehmen zu lassen.“

Anlage 4 zu MC.DEC/3/12/Corr.1

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Armenien:

„Die Delegation von Armenien möchte folgende interpretative Erklärung abgeben.

Armenien sieht im „Helsinki+40“-Prozess eine wichtige Initiative zur Herstellung von Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten und Völkern und auch zur Aufnahme historischer Versöhnungsprozesse.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.“

BESCHLUSS Nr. 4/12
BEMÜHUNGEN DER OSZE IM UMGANG
MIT GRENZÜBERSCHREITENDEN BEDROHUNGEN

(MC.DEC/4/12 vom 7. Dezember 2012)

Der Ministerrat

begrüßt die bedeutenden Beschlüsse, die der Ständige Rat im Jahr 2012 zur weiteren Verstärkung der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen verabschiedet hat:

- Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben, StR-Beschluss Nr. 1039
- OSZE-Konzept zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen, StR-Beschluss Nr. 1048
- Strategischer Rahmen der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich, StR-Beschluss Nr. 1049
- Konsolidierter Rahmen der OSZE für die Bekämpfung des Terrorismus, StR-Beschluss Nr. 1063

betont – im Bewusstsein der bereits zur Umsetzung dieser Beschlüsse unternommenen Bemühungen – die Bedeutung ihrer vollständigen Operationalisierung und Aufnahme in die Aktivitäten der Organisation, damit die von den Teilnehmerstaaten vereinbarten politischen Verpflichtungen in konkrete und nachhaltige programmatische Maßnahmen umgesetzt werden können, –

fordert den Generalsekretär, der als Schaltstelle für sämtliche Programmaktivitäten in der Organisation zum Thema Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen fungiert, auf, die Umsetzung dieser Beschlüsse in enger Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten zu fördern;

beauftragt – in Anbetracht der seit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses Nr. 9/11 in Wilna gemachten Fortschritte bei der Verbesserung der Koordination und Kohärenz der Arbeit der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen – den Generalsekretär, weiterhin für die Verbesserung der Koordination und Kohärenz der Maßnahmen aller OSZE-Durchführungsorgane im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate in allen drei OSZE-Dimensionen zu sorgen;

beauftragt den Generalsekretär, bis Ende 2013 den Teilnehmerstaaten über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Beschlüsse zu berichten.

BESCHLUSS Nr. 5/12
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN TREFFENS
DES OSZE-MINISTERRATS

(MC.DEC/5/12 vom 7. Dezember 2012)

Der Ministerrat

beschließt, das Zwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE am 5. und 6. Dezember 2013 in Kiew abzuhalten.

III. ERKLÄRUNGEN VON DELEGATIONEN

**ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG
DES TÁNAISTE UND MINISTERS FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN UND HANDEL VON IRLAND,
AMTIERENDER VORSITZENDER DER OSZE,
AUF DEM NEUNZEHTEN TREFFEN DES MINISTERRATS**

(MC.GAL/12/12 vom 6. Dezember 2012)

Minister,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre und Freude, Sie alle in Dublin willkommen zu heißen. Seit unserem letzten Treffen in Wilna vor genau einem Jahr ist ein arbeits- und ereignisreiches Jahr vergangen. In meiner Antrittsrede im Ständigen Rat zu Beginn des Vorsitzes Irlands habe ich versprochen, die Grundsätze und Ziele dieser Organisation auf ausgewogene und pragmatische Art und Weise – insbesondere durch die Förderung eines friedlichen und sicheren Umfelds für alle unsere Bürger – zu verfolgen. Wir sind damit gut vorangekommen und gehen nun in dieses Ministerrattreffen in der Entschlossenheit, unser aller Ziel einer gemeinsamen, umfassenden und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft – einer Wertegemeinschaft – voranzubringen.

Zu Beginn meines Jahres als Amtierender Vorsitzender habe ich die Notwendigkeit betont, in unseren Aktivitäten mehr auf Qualität denn auf Quantität und mehr auf Inhalt als auf Form zu achten. Das ausgewogene Paket von Beschlüssen, das wir Ihnen vorlegen, ist ein direktes Ergebnis dieses praktischen Ansatzes. Wir haben unsere Rolle als unparteiischer Vorsitz ernst genommen und nicht versucht, bestimmte Gruppen anderen vorzuziehen. Wie alle Vorsitze waren wir nicht in der Lage, es jedem Recht zu machen, aber wir stehen voll und ganz hinter dem Paket von Beschlüssen, das wir Ihnen zur Erwägung und Billigung vorgelegt haben.

Ein fester Bestandteil unseres Pakets ist in diesem Jahr der Vorschlag zu Helsinki+40, den wir entwickelt haben, um der Arbeit der Organisation eine längerfristige Perspektive zu geben. Auf dem Gipfeltreffen von Astana bekräftigten wir unsere gemeinsamen Verpflichtungen, und die darauffolgenden Vorsitze wurden damit beauftragt, die Arbeit an der Umsetzung dieser Verpflichtungen weiterzuführen. Vor diesem Hintergrund haben wir mit unseren Troika-Partnern, Litauen und der Ukraine, mit den designierten Vorsitzen, mit Generalsekretär Zannier und der ganzen OSZE-Gemeinschaft gewissenhaft zusammengearbeitet, um diesen Plan zu erarbeiten. Der vorliegende Vorschlag spiegelt den gemeinsamen Wunsch der Teilnehmerstaaten wider, im Hinblick auf den 40. Jahrestag unseres Gründungsdokuments – der Schlussakte von Helsinki – im Jahr 2015 koordinierter zusammenzuarbeiten.

In der politisch-militärischen Dimension haben wir bereits drei Beschlüsse über Polizeiarbeit, Drogen und IT-Sicherheit erfolgreich durch den Ständigen Rat in Wien gebracht. Ich hoffe, wir können uns auch auf einen vierten Beschluss über Mandate zur Terrorismusbekämpfung einigen und damit die Verabschiedung eines Ministerratsbeschlusses ermöglichen, der die Fortschritte auf diesem Gebiet anerkennt. Die Arbeitsgruppe für Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnologie wurde

bereits eingerichtet und ist aktiv, und ich hoffe, dass wir im Rat einen weiteren Beschluss zu diesem Arbeitsbereich verabschieden können. Wir sehen auch der Verabschiedung der Beschlüsse entgegen, die dem Ministerrat vom Forum für Sicherheitskooperation übermittelt wurden.

In der Wirtschafts- und Umweltdimension sind wir mit der Erörterung einer umfassenden und ehrgeizigen Ministererklärung über gute Regierungsführung weit gediehen, und ich gehe davon aus, dass wir sie morgen verabschieden werden. Erfreut stelle ich fest, dass wir uns in diesem Jahr für gute Regierungsführung stark machen und unsere nationalen Erfahrungen im Bereich der Beschlagnahmung von Erträgen aus Straftaten den anderen Teilnehmerstaaten zugutekommen lassen konnten.

Zu Beginn dieses Jahres betonte ich meine Entschlossenheit, ein ausgewogenes Beschlusspaket erreichen zu wollen, auch in der menschlichen Dimension. Unsere Vorschläge zur Stärkung der Medienfreiheit und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wurden von den Teilnehmerstaaten weitgehend gut aufgenommen, und ich gehe davon aus, dass bis zum morgigen Abschluss des Treffens ein Beschlusspaket verabschiedet werden wird.

An dieser Stelle möchte ich an unsere erfolgreiche Konferenz über Freiheit im Internet erinnern, die letzten Juni im Dublin Castle stattfand und eine hervorragende Gelegenheit für eine Debatte und einen Dialog zwischen den 280 Teilnehmern aus den Teilnehmerstaaten, aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medienkonzernen und der IKT-Industrie bot. Aus der Debatte ging ganz deutlich eine Botschaft hervor, dass nämlich die OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen für alle Medien und unabhängig von der jeweiligen Technologie gelten.

Exzellenzen,

ich habe zu Beginn dieses Jahres auch versprochen, dass Irland als Amtierender Vorsitz seine Erfahrungen mit Konfliktlösung einbringen werde. Es war mir eine große Freude, im April Gastgeber einer großen Konferenz zu diesem Thema in Dublin zu sein. Bei dieser Veranstaltung habe ich zugesagt, ausführlicher über den Friedensprozess in Nordirland zu informieren, was wir mehrmals in diesem Jahr getan haben. Ich erneuere dieses Angebot heute als Zeichen unseres Bekenntnisses zur friedlichen Konfliktlösung in unserer Region.

Ich freue mich berichten zu können, dass im Zusammenhang mit den Langzeitkonflikten einige Fortschritte erzielt wurden. Im abgelaufenen Jahr fanden fünf Treffen im Rahmen des Prozesses zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts statt, das letzte erst vergangene Woche im Farnleigh House in Dublin. Es ist das eine beachtliche Aktivierung des Prozesses seit der Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen vor einem Jahr in Wilna, nach einer Unterbrechung von fast sechs Jahren. Unter der geschickten Vorsitzführung meines Sonderbeauftragten, Botschafter Erwan Fouéré, einigten sich die Teilnehmer auf die wichtigsten Grundsätze und Verfahren für die Durchführung der Verhandlungen sowie auf eine Agenda für den Verhandlungsprozess. Ich erwarte, dass zu allen drei Körben Verhandlungen geführt werden, um eine umfassende Lösung des Problems herbeizuführen. Das verstärkte Engagement beider Seiten zeitigte auch positive Entwicklungen vor Ort, wie die Wiederaufnahme des Schienengüterverkehrs im April. Ich hoffe, dass alle Betroffenen auf die Erhaltung der in diesem Jahr gewonnenen Dynamik hinarbeiten werden. Ich weiß, dass unsere ukrainischen Kollegen mit Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit an ihre Aufgabe

der Vorsitzführung bei diesen Verhandlungen im nächsten Jahr herangehen, und wünsche ihnen alles Gute für ihre Bemühungen, diesen Prozess einer umfassenden Lösung zuzuführen.

Die nun in ihrem fünften Jahr stehenden Internationalen Genfer Gespräche haben sich als Gremium zur Auseinandersetzung mit Fragen der Sicherheit und Stabilität sowie humanitärer Fragen nach dem Krieg in Georgien von 2008 bewährt. Mein Sonderbeauftragter Botschafter Pádraig Murphy trug als Kovorsitzender im Namen der OSZE wesentlich zu diesen Gesprächen bei und wirkte an der Erleichterung des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen mit, in dessen Rahmen bis 2012 nicht weniger als 13 Treffen stattfanden.

Diese Treffen sind absolut wichtig, um Frieden und Stabilität vor Ort sicherzustellen. Leider haben seit März keine Treffen des Gali-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen stattgefunden – ich hoffe, dass sie möglichst bald wiederaufgenommen werden können.

Das Wiederaufflammen gewaltsamer Auseinandersetzungen im April und über den Sommer entlang der Kontaktlinie und der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie andere besorgniserregende Entwicklungen zeigen eindeutig, dass nach wie vor Fortschritte zur Lösung im Berg-Karabach-Konflikt dringend notwendig sind. Ich rufe alle Seiten auf, sich miteinander und mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe ernsthaft um eine Beendigung dieses Konflikts zu bemühen, der schon viel zu lange Leid über die Menschen in der Region gebracht hat. Ich möchte meinem Persönlichen Beauftragten Botschafter Kasprzyk für seine unermüdlichen Bemühungen um die Absicherung der Einhaltung der Waffenruhe und die Unterstützung von Fortschritten auf dem Weg zu einer Lösung dieses Konflikts danken.

In Südosteuropa wurde das OSZE-Büro in Zagreb geschlossen. Die erfolgreiche Erfüllung des Mandats des Büros, Kroatien bei seiner demokratischen Entwicklung zu unterstützen, ist ein positives Zeichen für die Fähigkeit der OSZE, ihren Teilnehmerstaaten beizustehen, also eindeutig die Geschichte eines Erfolgs. Die gelungene Erleichterung der Stimmabgabe serbischer Staatsangehöriger im Kosovo im Mai durch die dortige OSZE-Mission ist ein weiteres Beispiel für die Stärken der OSZE, was auch ihr Netz an Feldmissionen unter Beweis stellte. Diese Aufgabe wurde mit großem Geschick erfüllt. Ich gratuliere Generalsekretär Zannier und seinem Team zu ihrem Beitrag zu diesem Urnengang.

Ich begrüße die anwesenden Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum zu diesem Ministerrat. Sehr gerne nahm ich an der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung im Juli in Monaco teil. Ihre Anwesenheit ist eine willkommene Erinnerung daran, dass wir die Anliegen der Bürger im Auge behalten müssen, in deren Interesse wir alle arbeiten. Die Arbeit des BDIMR und der Parlamentarischen Versammlung für die Wahlbeobachtung ist eine der Schlüsselaufgaben unserer Organisation. Sie ist auch einer der sichtbarsten Auftritte der Präsenz der OSZE in unserer Region, und ich möchte die beiden Organe darin bestärken, ihre hervorragende Arbeit im Namen der OSZE fortzusetzen. Besonders danken möchte ich auch dem Direktor des BDIMR für seine Arbeit zur Förderung der Demokratie und zum Schutz der Menschenrechte geleistet hat.

Besonders erwähnen möchte ich auch, dass der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit anwesend sind, die beide unsere

gemeinsamen Werte verkörpern. Das Büro des Hohen Kommissars arbeitet seit 20 Jahren mit unermüdlichem Einsatz und perfektioniert in der Ausübung seines Mandats die Kunst der stillen Diplomatie. Die Beauftragte für Medienfreiheit hat auch die einzigartige Rolle ihres Büros als Verfechterin der Medienfreiheit – sowohl online als auch offline – ausgebaut.

Ebenso möchte ich die Vertreter zahlreicher NGO und andere Vertreter der Zivilgesellschaft aus der OSZE-Region auf dieser Eröffnungssitzung begrüßen und ihnen für ihr Kommen danken. Mein besonderer Dank richtet sich an die Vertreter der Plattform *Civic Solidarity*, die ich nach dieser Sitzung treffen werde, um ein Paket von Empfehlungen der Zivilgesellschaft an die Teilnehmerstaaten entgegenzunehmen, ebenso wie die *Dublin Declaration*, die gestern im Dublin Castle bei einem Treffen der Zivilgesellschaft verabschiedet wurde und die dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern in der OSZE-Region gilt. Die Teilnehmerstaaten haben bereits offiziell anerkannt, dass Menschenrechtsverteidiger geschützt werden müssen, die konkrete Arbeit in diesem Bereich aber ist nach wie vor enttäuschend und bedarf in den kommenden Monaten und Jahren intensiverer Aufmerksamkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

lassen Sie uns im Bemühen um die Umsetzung unserer gemeinsamen Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, der Europäischen Charta von Istanbul und der Gedenkklärung von Astana konstruktiv zusammenarbeiten, um uns auf ein Paket von Beschlüssen zu einigen, das den Bürgern aller Teilnehmerstaaten und Partnerländer zum Vorteil gereicht. Damit werden wir auch die ungebrochene Bedeutung der OSZE unter Beweis stellen. Lassen Sie uns – im Ausblick auf 2015 und den 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki – unser Bekenntnis zu unserer Organisation erneuern, treu zu ihren Gründungswerten stehen und mit neuer Kraft den Herausforderungen unserer Zeit und den Erwartungen unserer Bürger gerecht werden.

Ich danke Ihnen.

**SCHLUSSERKLÄRUNG
DES TÁNAISTE UND MINISTERS FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN UND HANDEL VON IRLAND,
AMTIERENDER VORSITZENDER DER OSZE,
AUF DEM NEUNZEHNTEM TREFFEN DES MINISTERRATS**

(MC.DEL/54/12 vom 7. Dezember 2012)

Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, in dieser Schlussitzung des 19. Treffens des Ministerrats der OSZE das Wort an Sie zu richten. Wenn wir uns die Ergebnisse dieses Ministerrats ansehen, dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass die Organisation durch die in Dublin verabschiedeten Beschlüsse eine Stärkung erfahren hat. Ich freue mich, dass wir unsere Entschlossenheit bekräftigt haben, in vielen zentralen Fragen zum Wohle unserer Bürger zusammenzuarbeiten.

Mit Genugtuung erfüllt mich unsere Vereinbarung, den „Helsinki+40“-Prozess in Gang zu setzen; damit haben wir der Arbeit, die die Organisation beträchtlich stärken wird, eine klare Richtung bis 2015 gegeben. Gerne werde ich bei Bedarf die designierten Vorsitzländer Ukraine, Schweiz und Serbien in ihrem Bemühen unterstützen, die OSZE im Vorfeld des 40. Jahrestags der Schlussakte von Helsinki zu stärken und mit neuem Leben zu erfüllen. Es ist dies eine wichtige Initiative, die unter unserer Vorsitzführung auf Schiene gebracht wurde und hoffentlich sicherstellen wird, dass diese Organisation für die Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts gerüstet ist.

Zu Beginn unseres Vorsitizes habe ich meinen Wunsch deutlich gemacht, auf dem Ministerrat in Dublin einen ausgewogenen Satz von Beschlüssen zu verabschieden. Zu meinem Bedauern ist es uns nicht gelungen, auch nur einen Beschluss in der menschlichen Dimension zu verabschieden, was die beunruhigende Entwicklung bestätigt, die die Ministerratstreffen in den letzten Jahren genommen haben. Noch größeren Anlass zur Sorge gibt die traurige Tatsache, dass die Achtung der grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten in vielen Teilen der OSZE-Region derzeit stark bedroht ist. Allzu zahlreich sind die Beispiele, in denen Teilnehmerstaaten den eigenen OSZE-Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension sowie ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Mehr denn je bin ich davon überzeugt, dass wir uns für die Erfüllung dieser Verpflichtungen einsetzen müssen. Ich werde nicht müde werden, mich für den Schutz von Verteidigern der Menschenrechte und die Bekämpfung aller Arten von Diskriminierung stark zu machen, nicht zuletzt der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen unter unseren Mitbürgern.

Als Amtierender Vorsitzender habe ich meine Zusage eingelöst, in diesem Jahr einige zentrale Menschenrechtsfragen anzugehen. Es ist uns zwar nicht gelungen, uns auf einen Beschluss über die Stärkung der Medienfreiheit in der OSZE zu verständigen, doch haben wir im Juni in Dublin eine höchst erfolgreiche Konferenz des Vorsitizes über Freiheit im Internet abgehalten, auf der Staaten, die Zivilgesellschaft und andere Schlüsselakteure ihre unterschiedlichen Standpunkte einbrachten.

Im Zusammenhang damit möchte ich bekanntgeben, dass ich beabsichtige, unmittelbar nach dem Ende unserer heutigen Sitzung die Erklärung der Vereinigten Staaten über Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter zu unterzeichnen. Was Langzeitkonflikte angeht, ist es uns erfreulicherweise zum ersten Mal nach vielen Jahren gelungen, uns auf eine Erklärung zum Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts zu einigen. Im Rahmen der Unterstützung dieses Prozesses durch den Vorsitz brachten wir unsere diesbezüglichen Erfahrungen aus dem nordirischen Friedensprozess ein. Für den Vorsitz und für mich persönlich waren Bemühungen um die Lösung von Konflikten in diesem und in anderen Teilen der OSZE-Region ein vordringliches Anliegen.

Ich begrüße auch die Einigung auf die Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung, die eine bedeutsame Leistung des Vorsitzes darstellt und der OSZE ein verstärktes Engagement für die Verhütung und Bekämpfung von Korruption ermöglichen wird.

Ich begrüße ferner die Einigung auf den endgültigen Beschluss über den Rahmen für die Bekämpfung des Terrorismus und die durch den Rahmenbeschluss erfolgte Bestätigung früherer Beschlüsse. Wir haben auch begonnen, uns mit dem schwierigen Thema IKT-Sicherheit zu befassen, und ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr mit der Auseinandersetzung mit dieser Frage vorankommen, die uns alle betrifft.

Ich möchte Minister Poposki und seinem Team für die ausgezeichnete Vorsitzführung im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) in Vorbereitung des Ministerratstreffens von Dublin danken. Ich möchte seinen Vorgängern im Vorsitz, Lettland und Kirgisistan, für ihre Arbeit in der ersten Jahreshälfte Anerkennung zollen und die Fortschritte im Hinblick auf die Aktualisierung des Wiener Dokuments und den Beitrag des FSK zum „Helsinki+40“-Prozess gebührend würdigen.

Mein Dank geht an dieser Stelle auch an einige besonders wichtige Kollegen, die dem Vorsitz ihren ganzen Erfahrungsschatz zur Verfügung gestellt haben, um mich in meiner Funktion als Amtierender Vorsitzender zu unterstützen. Meine Persönlichen Beauftragten für Toleranz und Nichtdiskriminierung, Richterin Catherine McGuinness, Rabbi Andrew Baker und Senator Adil Achmetow, haben sich mit großem Einsatz um die Förderung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Nichtdiskriminierung und Religionsfreiheit verdient gemacht – ich verneige mich vor ihrem Mut und ihrem Engagement. Meine Sonderbeauftragte für Genderfragen, June Zeitlin, die 2012 erstmals bestellt wurde, war das ganze Jahr als aktive Verfechterin der Frauenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter im OSZE-Raum unterwegs.

Ich möchte auch Botschafter Lars Erik Lundin für seinen Bericht über die Stärkung der Zusammenarbeit der OSZE mit maßgeblichen internationalen Organisationen danken. Die OSZE wird ihn gewiss als wertvolle Ressource bei der Bewertung der Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen nutzen.

Ich begrüße die Fortschritte im Hinblick auf den rechtlichen Rahmen der OSZE. Zwar kam es in diesem Punkt in diesem Jahr zu keinem Durchbruch, doch war die Arbeit von Botschafter John Bernhard insofern äußerst nützlich, als sich dadurch die Standpunkte der Teilnehmerstaaten klärten.

Ich möchte ferner meinen Sonderbeauftragten Botschafter Pádraig Murphy und Botschafter Erwan Fouéré für ihren unermüdlichen Einsatz danken, mit dem sie sich um Fortschritte bei der Lösung von Langzeitkonflikten bemühten.

Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

in diesem meinem Vorsitzjahr ist in mir die Überzeugung gewachsen, dass unsere Organisation einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Sicherheit und Stabilität in unserer Region leistet. Wir sind mit immer zahlreicheren Bedrohungen und Herausforderungen für diesen Frieden konfrontiert, die sowohl aus unserer Region kommen – in Form grenzüberschreitender Bedrohungen – als auch von außen an uns herangetragen werden, wie beispielsweise die Bedrohung durch Nordkoreas Streben nach nuklearen und ballistischen Fähigkeiten. Die OSZE muss sich darauf konzentrieren, ihre eigenen Fähigkeiten auszubauen, um ihren Beitrag zu den Bemühungen zur Bewältigung dieser Bedrohungen auf internationaler Ebene zu verbessern. Ich hoffe, das lässt sich im Rahmen des „Helsinki+40“-Prozesses angehen.

Ganz besonders möchte ich mich bei Generalsekretär Zannier und seinen hervorragenden Mitarbeitern in Wien und in den Feldmissionen bedanken. Ihre Zusammenarbeit und Unterstützung das ganze Jahr hindurch waren beispielhaft.

Und schließlich möchte ich noch meinem Nachfolger, dem designierten Amtierenden Vorsitzenden Kostiatin Grischtschenko aus der Ukraine, alles Gute wünschen. Sie können auf meine volle Unterstützung und auf die Unterstützung Irlands zählen, da wir als Troika-Partner unser Engagement für den OSZE-Vorsitz fortsetzen werden.

Ich danke Ihnen.

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG
DER LEITER DER DELEGATIONEN
DER KOVORSITZLÄNDER DER MINSK-GRUPPE**

(MC.DEL/34/12 vom 6. Dezember 2012)

Aus Anlass des Ministerratstreffens der OSZE in Dublin rufen wir, die Leiter der Delegationen der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe, die am Berg-Karabach-Konflikt beteiligten Parteien dazu auf, den nötigen politischen Willen aufzubringen, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Wie unsere Präsidenten am 18. Juni 2012 in Los Cabos erklärten, sollten sich die Parteien von den Prinzipien von Helsinki, insbesondere jenen betreffend die Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die territoriale Integrität sowie die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und von den in den Erklärungen unserer Länder von L'Aquila aus dem Jahr 2009 und von Muskoka aus dem Jahr 2010 skizzierten Elementen leiten lassen. Unter Hinweis auf die Erklärung unserer Präsidenten von Deauville aus dem Jahr 2011 appellieren wir nochmals an die Parteien, entschlossene Maßnahmen zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung zu ergreifen.

Wir bedauern, dass sich die Hoffnungen auf raschere Fortschritte im Friedensprozess, die durch die gemeinsame Erklärung der Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan und des Präsidenten der Russischen Föderation von Sotschi vom 23. Januar 2012 geweckt wurden, nicht erfüllt haben. Stattdessen haben die Parteien allzu oft versucht, sich im Verhandlungsprozess einseitige Vorteile zu verschaffen, anstatt eine auf gegenseitigem Verständnis beruhende Übereinkunft anzustreben. Es ist zwar erfreulich, dass die schweren Zwischenfälle an der Kontaktlinie und der Grenze in den letzten Monaten abgenommen haben, doch seien die Parteien daran erinnert, dass sie sich weiterhin an die 1994 vereinbarte Waffenruhe zu halten haben und die Anwendung militärischer Gewalt den Konflikt nicht lösen wird. Wir rufen die Parteien dazu auf, keine Handlungen zu setzen und keine Erklärungen abzugeben, die in ihrer Bevölkerung Feindschaft schüren und, wie in den letzten Monaten, die Spannungen verstärken. Die führenden Vertreter der Parteien müssen ihre Bevölkerungen auf den Tag vorbereiten, an dem sie nicht mehr Feinde sondern wieder Nachbarn sind, die der Kultur, der Geschichte und den Traditionen des anderen volle Wertschätzung entgegenbringen.

Wir rufen die Parteien dazu auf, sich der Dringlichkeit des Friedensprozesses stärker bewusst zu werden und mit den Kovorsitzenden zusammenzuarbeiten, um die von diesen anlässlich ihres Besuches in der Region im November geäußerten Vorstellungen vollständig und sorgfältig zu prüfen. Wir begrüßen die Bereitschaft der Minister von Aserbaidschan und Armenien, mit den Kovorsitzenden Anfang 2013 zusammenzutreffen, um diese Gespräche fortzusetzen. Unsere Länder sind weiterhin bereit, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Parteien zu unterstützen, doch liegt es in deren Verantwortung, dem Berg-Karabach-Konflikt ein Ende zu setzen.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

(Anhang 1 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Zwei Jahre nach dem Treffen unserer Staats- und Regierungschefs in Astana und im Ausblick auf den bevorstehenden 40. Geburtstag der OSZE gab uns das Treffen des Ministerrats in Dublin Gelegenheit, auf dem Weg zur Verwirklichung der Vision von Astana weiter voranzukommen. Unseren irischen Gastgeberinnen gelten unser aufrichtiger Dank und unsere Anerkennung für ihre Führung der Organisation in diesem Jahr und für ihre Bemühungen, dieses Treffen zu einem guten Ergebnis zu führen.

Die Hohe Vertreterin der EU erklärte gestern, dass wir die OSZE weiterhin als verlässlichen Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur sehen wollen. Die OSZE sollte ausgehend von ihrem umfassenden Sicherheitskonzept und ihren in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderen Dokumenten verankerten Grundsätzen und Verpflichtungen auch in Zukunft eine wichtige Funktion in dieser Architektur innehaben. Ohne unser festes Bekenntnis zu sämtlichen OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen und deren vollständiger Umsetzung kann die Vision von Astana nicht Wirklichkeit werden. Im Hinblick darauf ist es von größter Wichtigkeit, dass Konflikte verhütet und gelöst werden und dass im politisch-militärischen Bereich Vertrauen aufgebaut wird, das nach wie vor der Konsolidierung und Stärkung bedarf. Im Zentrum dieses Konzepts stehen zudem die Förderung und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtstaatlichkeit.

Die Europäische Union bedauert zutiefst, dass es das zweite Jahr in Folge nicht gelungen ist, Beschlüsse in der menschlichen Dimension zu verabschieden. Wir betonen erneut, dass Sicherheit nicht ohne Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich derjenigen von Menschenrechtsverteidigern und Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen, erreicht werden kann. Jeder Teilnehmerstaat muss alle seine Verpflichtungen in der menschlichen Dimension umsetzen. Wir bedauern die eindeutigen Anzeichen einer Rückentwicklung in Bezug auf bestehende Verpflichtungen und Werte. Aber unsere Verpflichtungen in der menschlichen Dimension bedürfen auch einer Aktualisierung, um dem sich wandelnden Sicherheitsumfeld gerecht zu werden. Medienfreiheit, zu der auch die Sicherheit von Journalisten gehört, und das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit sind zentrale Fragen im OSZE-Raum. Wir werden auch weiterhin nach ihrer Verwirklichung streben. Mit besonderem Bedauern erfüllt es uns, dass einige Teilnehmerstaaten nicht bereit waren, ausdrücklich festzuhalten, dass offline geltende Rechte und Verpflichtungen auch online Gültigkeit haben.

In gleicher Weise bedauern wir, dass es anders als in den letzten Jahren keinen zukunftsgerichteten Ansatz für die Rüstungskontrolle in Europa und für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen gibt.

Die Wahrung des Acquis der OSZE und des umfassenden Sicherheitskonzepts der Organisation ist unverzichtbar für die Schaffung der in der Erklärung von Astana vorgegebenen Sicherheitsgemeinschaft und sollte der Grundpfeiler des „Helsinki+40“-Prozesses sein. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die OSZE ihre Relevanz behalten und in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird, wenn sie auf den vereinbarten Normen, Prinzipien und Verpflichtungen aufbaut.

Die Europäische Union würde sich eine wirksamere OSZE wünschen, die ihre Zielsetzungen besser und in einem sichereren Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok zu verwirklichen vermag. Wir erwarten, dass der „Helsinki+40“-Prozess sowohl als Fahrplan als auch als Medium für die Stärkung der Organisation fungiert, den in 40-jähriger Zusammenarbeit geschaffenen Acquis konsolidiert und einen Prozess – auch durch Initiativen im Bereich informeller Diplomatie – in Gang setzt, der zu einer effektiveren und effizienteren OSZE führt. Wir danken dem irischen Vorsitz für diese Initiative und stehen voll und ganz hinter dem koordinierten strategischen Ansatz, der mit den kommenden Vorsitzen abgesprochen wurde.

Vom „Helsinki+40“-Prozess sollte ein wichtiger Beitrag zu unseren Bemühungen um die Wiederherstellung des Vertrauens im OSZE-Raum ausgehen. Wir sehen darin die wichtigste Orientierungshilfe für die Verwirklichung der Erklärung von Astana, deren Rahmen er zugleich vorgibt. Deshalb wäre uns ein wesentlich inhaltsreicherer und ehrgeizigerer Beschluss zur praktischen Umsetzung der Ergebnisse von Astana lieber gewesen. Gleichzeitig sehen wir, dass dieser Beschluss auch eine Anleitung für künftige Vorsitze enthält. Die Europäische Union wird mit ihnen zusammenarbeiten und sie bei diesem schwierigen gemeinsamen Unterfangen unterstützen. Wertvolle Beiträge kamen von der Zivilgesellschaft und aus wissenschaftlichen Gremien, wie etwa den *Security Days* und der Initiative IDEAS.

Von den Langzeitkonflikten in der Republik Moldau und in Georgien geht ebenso wie vom Konflikt in Berg-Karabach nach wie vor eine ernstzunehmende Bedrohung für unsere gemeinsame Sicherheit aus. Wir bedauern, dass es auch diesem Ministerrat letztlich nicht gelungen ist, eine politische Erklärung zu verabschieden. Der Ministerrat geht damit auf zwei der Konflikte, mit denen sich die OSZE befasst, ebenso wenig ein, wie auf die Entwicklungen im Zusammenhang mit ihrer Beilegung. Die Europäische Union unterstreicht, wie wichtig ein verstärkter Anstoß wäre, um mit der Lösung von Langzeitkonflikten im Hinblick auf das Jahr 2015 voranzukommen. Sie ist besorgt darüber, dass die Beilegung der Konflikte in Georgien und um Berg-Karabach keine Fortschritte macht. Diesbezüglich nehmen wir Kenntnis von der Erklärung der Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minks-Gruppe der OSZE vom 6. Dezember 2012. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass die Verwirklichung der Sicherheitsgemeinschaft nicht möglich ist, solange die Langzeitkonflikte nicht gelöst sind.

Wir würdigen die Bemühungen des Vorsitzes, die „5+2“-Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts in der Republik Moldau wiederzubeleben und voranzutreiben, und begrüßen die Absichtserklärung des designierten ukrainischen Vorsitzes, weitere Fortschritte herbeizuführen. Ebenso begrüßen wir die Ministererklärung des heutigen Tages, in der die in diesem Jahr erzielten Fortschritte der „5+2“-Gespräche auf dem Weg zu einer endgültigen Beilegung der Transnistrien-Frage anerkannt werden. Damit haben unsere Minister erstmals eine eigene Unterstützungserklärung zum „5+2“-Prozess abgegeben und unsere kollektive Verpflichtung bekräftigt, den Parteien bei der Lösung eines Langzeitkonflikts zu helfen, der schon viel zu lange andauert. Wir fordern alle am „5+2“-Prozess Beteiligten nachdrücklich auf, Grundprinzipien für eine umfassende Beilegung im Einklang mit den OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen zu entwickeln und die Bemühungen um unser gemeinsames Ziel zu verstärken, eine endgültige Lösung herbeizuführen, die die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau achtet und für Transnistrien einen Sonderstatus vorsieht. Abgesehen von den Fragen, um die es in der Ministererklärung zu den

„5+2“-Verhandlungen geht, gibt es noch weitere Fragen, die gelöst werden müssen. Die Verpflichtungen betreffend den Abzug der Streitkräfte sollten erfüllt werden. Der OSZE kommt hier eine wichtige Rolle für die Erleichterung des Prozesses zu. Darüber hinaus fordern wir nachdrücklich, dass mehr getan wird, um die Entmilitarisierung zu fördern und größeres gegenseitiges Vertrauen durch Offenheit in Bezug auf alle in der Region vorhandenen militärischen Kräfte herzustellen.

Herr Vorsitzender,

eine der leitenden Verpflichtungen, die alle Teilnehmerstaaten in Wilna eingegangen sind, lautete, dass unter anderem die wichtigen Instrumente zur Gewährleistung von Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden sollten; gleichzeitig wurde auch die Intensivierung der Verhandlungen zur Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments begrüßt.

Wir bringen daher unsere Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass der Entwurf eines Beschlusses über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen keinen Konsens fand. Trotz dieser negativen Entwicklung sind wir der Auffassung, dass die Einhaltung der Verpflichtungen aus den Rüstungskontroll- und vertrauens- und sicherheitsbildenden Regimen, wie in Astana, Wilna und anderen maßgeblichen OSZE-Dokumenten festgeschrieben, für uns bindend ist und bleibt und weiter vorangetrieben werden sollte.

Wir begrüßen die Fortschritte, die im vergangenen Jahr in der Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen erzielt wurden, sowie den heute vom Ständigen Rat verabschiedeten letzten ausständigen Beschluss über den Rahmen zur Terrorismusbekämpfung. Wir freuen uns, dass die Minister diesen Fortschritten im Rahmenbeschluss Anerkennung zollten. Erwartungsvoll sehen wir der vollständigen Umsetzung dieser Beschlüsse entgegen.

Mit Bedauern stellen wir fest, dass der Einsatz der Arbeitsgruppe für Internetsicherheit in diesem Jahr nicht zur Verabschiedung vertrauensbildender Maßnahmen auf diesem Gebiet geführt hat. Für uns steht fest, dass das Instrumentarium, das der OSZE im Kampf gegen die Bedrohungen und Herausforderungen unserer Zeit zu Gebote steht, ohne diese Maßnahmen unvollständig ist.

Wir sind erfreut darüber, dass auf diesem Ministerratstreffen eine Erklärung über Good Governance verabschiedet wurde. Die Europäische Union hält Good Governance in allen drei Dimensionen für überaus wichtig, und wir gehen von der vollständigen Umsetzung der darin enthaltenen Verpflichtungen aus. Die EU ist bereit, den Teilnehmerstaaten dabei zu helfen, den Verpflichtungen auf diesem Gebiet nachzukommen.

Die Europäische Union hat sich offen und konstruktiv mit den Vorschlägen aller Teilnehmerstaaten auseinandergesetzt. Zu unserem Bedauern waren einige Teilnehmerstaaten nicht gewillt, ein Gleiches zu tun und sich unserem Vorschlag zum Recht auf friedliche Versammlung und zur Vereinigungsfreiheit anzuschließen. Wir danken jenen Teilnehmerstaaten, die diese Bemühungen unterstützt haben, und laden andere Teilnehmerstaaten ein, zu erwägen, diesen Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt zu unterstützen.

Wir begrüßen die Bereitschaft aller Teilnehmerstaaten, auch in Zukunft unter ukrainischem Vorsitz nach einer besseren Umsetzung der Gender-Verpflichtungen, einschließlich UNSCR 1325, zu trachten.

Die OSZE ist und bleibt für die EU eine wichtige Organisation; wir streben eine weitere Vertiefung unserer schon jetzt ausgezeichneten Zusammenarbeit an. Wir wissen den Wert der Arbeit der autonomen OSZE-Institutionen, des BDIMR, der Beauftragten für Medienfreiheit und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten sehr zu schätzen, ebenso wie den der Feldmissionen, die die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen unterstützen.

Im Zusammenhang damit beklagen wir ebenso wie der Amtierende Vorsitzende die Entscheidung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ihr Kooperationsabkommen mit dem BDIMR von 1997 aufzukündigen.

Die Europäische Union gibt der Erwartung Ausdruck, dass im nächsten Jahr in allen Dimensionen einschließlich der menschlichen Dimension Fortschritte gemacht werden sollten. Wir sagen dem designierten ukrainischen Vorsitz unsere Unterstützung zu und betonen erneut, dass die den Vorsitz in der OSZE führenden Länder in der Organisation mit gutem Beispiel vorangehen sollten.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal.

Das Beitrittsland Kroatien¹, die Bewerberländer ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien¹, Island², Montenegro¹ und Serbien¹, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Bosnien und Herzegowina, das dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörige EFTA-Land Liechtenstein sowie Andorra, Georgien, die Republik Moldau und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

2 Island ist weiterhin Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation und des Europäischen Wirtschaftsraums.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 2 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Die Delegation der Russischen Föderation dankt dem irischen Vorsitz aufrichtig für seine intensive und effektive Arbeit im abgelaufenen Jahr und auch für die gute Organisation des Ministerratstreffens.

Zentrales Ereignis unseres Treffens war die Aufnahme des politischen „Helsinki+40“-Prozesses, dessen Ziel es ist, die OSZE an die neuen Gegebenheiten anzupassen und ihren Beitrag zu den gemeinsamen Bemühungen um die Entwicklung eines gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraum zu verstärken. Die umfassende Reform der Organisation und ihre Ausstattung mit einer soliden rechtlichen Grundlage sollte fester Bestandteil dieses Prozesses sein.

Erstmals in vielen Jahren konnten wir uns auf eine wichtige Erklärung auf Minister-ebene zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format einigen. Auch wurde eine Erklärung der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE zur Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts verabschiedet.

Wir sind erfreut über den wichtigen Beschluss über grenzüberschreitende Bedrohungen, der die im Laufe des Jahres verabschiedeten strategischen OSZE-Dokumente zu diesem Thema begrüßt – das Drogenbekämpfungskonzept der OSZE, den Rahmen für polizeibezogene Aktivitäten und auch den Beschluss über die Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung der Kommunikationstechniken. In dieser Liste darf auch das im Zuge der Arbeit des Ministerrats verabschiedete konsolidierte OSZE-Mandat zur Terrorismusbekämpfung nicht fehlen. Diese Dokumente schaffen mittel- und langfristig eine solide systemische Basis für die Arbeit der OSZE im Bereich grenzüberschreitender Bedrohungen. Nun ist es wichtig, diese Beschlüsse systematisch in praktische Schritte und Aktionen umzusetzen.

Erfreut nehmen wir Kenntnis von der Verabschiedung des Beschlusses über Good Governance und Korruptionsbekämpfung. In diesem Bereich liegt eine weitere Bedrohung für alle Länder. Die Bekämpfung der Korruption hat für Russland höchste Priorität, insbesondere auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzland der G-20.

Leider sind wir zu keiner Einigung über die Ministerratsbeschlussentwürfe über für die Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation relevante Fragen gekommen. Der Grund dafür sind divergierende Auffassungen, wie an die Fragen der weiteren Verbesserung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen heranzugehen sei. Wir erwarten von unseren Partnern realistischere Stellungnahmen dazu und konkrete Vorschläge, die geeignet sind, die Hindernisse für die Einigung auf Konzepte und Parameter für ein neues konventionelles Rüstungskontrollregime aus dem Weg zu räumen.

Tatsache ist, dass es uns wie im letzten Jahr nicht möglich war, zu einem Konsens über Dokumente des humanitären Korbs zu kommen. Von Anfang an spielte die Russische Föderation in den Verhandlungen zu allen Dokumenten im Bereich der menschlichen Dimension eine aktive Rolle. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Staaten legten wir Beschlussentwürfe zu den unserer Ansicht nach relevantesten Problemen der heutigen Zeit

vor: Bekämpfung des Neonazismus, freier Personenverkehr mit Schwerpunkt auf der Abschaffung der Visa und Verbesserung der Wahlbeobachtungsaktivitäten der OSZE. Darüber hinaus haben wir uns auch mit Themen befasst, die für andere Staaten Prioritäten darstellen. Leider wurde keines dieser Dokumente verabschiedet.

Wir denken es ist an der Zeit, aus der derzeitigen Situation ernsthafte Schlussfolgerungen zu ziehen. Die OSZE wird dann erfolgreich arbeiten, wenn wir diejenigen Beschlüsse vorantreiben, die breite allgemeine Unterstützung finden, und zugleich alle Staaten im Zuge dieses Prozesses an einer einigenden Agenda arbeiten. Wir sind zuversichtlich, dass zukünftige OSZE-Vorsitze dies in ihrer Arbeit berücksichtigen werden.

Wir wünschen dem ukrainischen Vorsitz viel Erfolg bei der Führung der OSZE im Jahr 2013.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Ministerratstreffens von Dublin.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

(Anhang 3 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Herr Vorsitzender, ich möchte im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika dem irischen Vorsitz für seine Arbeit im Dienste der Grundfreiheiten, zur Verstärkung unserer Bemühungen im Kampf gegen Intoleranz, zur Förderung von Good Governance und zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen danken.

In der Gedenkerklärung von Astana waren sich alle Teilnehmerstaaten darin einig, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten unsere höchste Verpflichtung sind. Trotz der entschlossenen Anstrengungen des Vorsitzes ist es uns nun schon das zweite Jahr in Folge nicht gelungen, uns auf Beschlüsse zu einigen, in denen unsere Verpflichtungen in der menschlichen Dimension bekräftigt und verstärkt werden.

Konkret bedauern wir zutiefst, dass keine Ministerbeschlüsse über die Stärkung der Medienfreiheit, über die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, über das Recht auf friedliche Versammlung und die Vereinigungsfreiheit zustande kamen und wir keine Erklärung über die Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter verabschieden konnten.

Es überrascht nicht, dass die Länder, die in erster Linie für dieses Ergebnis verantwortlich sind, zunehmende Defizite in Sachen Menschenrechte und Grundfreiheiten und bei der Umsetzung ihrer bestehenden OSZE-Verpflichtungen aufweisen. Besondere Sorge bereiten uns Bestrebungen, bestehende OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension auszuhöhlen, indem diese verwässert werden oder durch die Weigerung, sie zu bekräftigen.

Leider kam selbst dort, wo unsere Aufgabe lediglich darin bestand, bestehende Verpflichtungen zu bekräftigen, kein Konsens zustande. Siebenundvierzig Teilnehmerstaaten treten weiterhin für die Erklärung über die Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter ein. Diese Erklärung enthält keine neuen Verpflichtungen; es wird nur bekräftigt, dass die Grundfreiheiten unverändert Geltung haben, sei es in der realen oder in der virtuellen Welt – online oder offline. Es ist äußerst beunruhigend, dass einige Staaten den Standpunkt vertreten, dass durch die Entwicklung einer neuen Technologie, wie das Internet, Grundfreiheiten außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden können.

In einer Zeit, in der in unserer Region Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassverbrechen gegen Migranten, Roma, Juden, andere ethnische oder religiöse Minderheiten, LGBT-Personen und andere gefährdete Gruppen zugenommen haben, finden wir es auch bedauerlich, dass die OSZE daran gehindert wurde, Regelungen zu verabschieden, die mithelfen, unsere vielfältigen Gemeinschaften zu schützen, etwa durch die Stärkung unserer Teilnehmerstaaten in ihrem Vorgehen gegen Hassverbrechen, durch bessere Unterstützung der Opfer und durch Erleichterung der Evaluierung der Wirksamkeit von politischen Strategien gegen Hassverbrechen.

Der Beschluss des irischen Vorsitzes über die Stärkung der Medienfreiheit sprach eine außerordentlich große Sorge an: die ständige Bedrohung der Sicherheit von Journalisten und der freien Meinungsäußerung im OSZE-Raum sowohl online als auch offline. Die Beauftragte für Medienfreiheit hat diese beunruhigenden Trends ausführlich dokumentiert.

Unabhängige Journalisten, Blogger und Aktivisten, die sich der sozialen Medien bedienen, um Korruption oder Menschenrechtsverletzungen aufzudecken oder die Politik der Regierung anzuprangern, sehen sich in einigen Teilen der OSZE-Region zunehmend Bedrohungen ausgesetzt.

Wir werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der OSZE-Region auch in Zukunft fördern und schützen und alles tun, um zu gewährleisten, dass sie einen wichtigen Schwerpunkt in der künftigen Arbeit der OSZE bilden. Wir werden immer wieder auf diese Fragen zurückkommen, die für die Menschen in der ganzen Region von großer Bedeutung sind.

Die Bilanz in der menschlichen Dimension und die bescheidenen Ergebnisse in Bezug auf die Rolle der OSZE in den Langzeitkonflikten sind ein Zeichen der tiefen Spaltung der Teilnehmerstaaten in zahlreichen grundlegenden Fragen. Für uns jedenfalls steht fest, wie es weitergehen soll: Die in der Erklärung von Astana skizzierte Vision einer „Sicherheitsgemeinschaft“ wird nur durch die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen verwirklicht werden können.

In der ersten Dimension brachte Außenministerin Clinton unsere Sorge angesichts der seit einigen Jahren schwindenden militärischen Transparenz in der OSZE-Region deutlich zum Ausdruck. Wir bedauern, dass dieses Jahr in Wien keine wesentlichen Schritte beschlossen wurden, um diesem Trend entgegenzuwirken – und wir registrieren mit Sorge, dass wir uns nicht einmal darauf einigen konnten, unsere Arbeit an der Modernisierung des Wiener Dokuments 2013 fortzusetzen.

Auch in Bezug auf die Internetsicherheit mussten wir enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass die Teilnehmerstaaten keinen Konsens über ein erstes Paket von vertrauensbildenden Maßnahmen für Transparenz erreichen konnten.

Wir begrüßen hingegen, dass die Teilnehmerstaaten auch dem Entwurf zu einem Rahmenbeschluss über grenzüberschreitende Bedrohungen zugestimmt haben.

Wir freuen uns auch über die Einigung zwischen den Teilnehmerstaaten zur Erklärung des Vorsitzes über Good Governance, in der wir ein nützliches Werkzeug und eine Orientierungshilfe für unsere Arbeit in der zweiten Dimension sehen. Sie wird die Feldmissionen bei der schwerpunktmäßigen Ausrichtung ihrer Arbeit unterstützen und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen und Foren erleichtern.

Wir begrüßen die heute herausgegebene Ministererklärung, in der die Fortschritte in den „5+2“-Gesprächen dieses Jahres über eine endgültige Lösung des Transnistrienkonflikts gewürdigt werden.

Dieses Jahr haben die Minister zum ersten Mal eine eigene Erklärung in Unterstützung des „5+2“-Prozesses herausgegeben, in der wir unser kollektives Bekenntnis erneuern, den Konfliktparteien bei der Lösung eines Langzeitkonflikts zu helfen, der schon viel zu lang andauert.

Wir fordern alle am „5+2“-Prozess Beteiligten auf, die Grundprinzipien für eine umfassende Beilegung im Einklang mit den OSZE-Normen, -Prinzipien

und -Verpflichtungen auszuarbeiten und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um unser gemeinsames Ziel einer endgültigen Beilegung, die die Souveränität und territoriale Integrität Moldaus achtet und einen Sonderstatus für Transnistrien vorsieht, zu erreichen.

Neben den in der Ministererklärung zum „5+2“-Prozess behandelten Fragen stehen noch andere Themen zur Erledigung an. Die Verpflichtungen hinsichtlich des Abzugs der Streitkräfte sollten erfüllt werden. Die OSZE hat bei der Erleichterung dieses Vorgangs eine wichtige Rolle zu spielen.

Ferner dringen wir auf intensivere Bemühungen zur Förderung der Entmilitarisierung und zur Schaffung von mehr Vertrauen durch Offenheit in Bezug auf alle Streitkräfte in der Region.

Die Berücksichtigung von Vorschlägen betreffend die Umwandlung der derzeitigen Friedenstruppen kann ebenfalls zu erhöhter Sicherheit beitragen.

Wir begrüßen außerdem, dass die Kovorsitze eine Erklärung auf Ministerebene über die Arbeit der Minsk-Gruppe vereinbart haben, und fordern zu einer breiten Unterstützung ihrer Bemühungen auf.

Zu Georgien erwies sich eine Einigung auf eine regionale Erklärung leider auch dieses Jahr als unerreichbar. Wir sehen Bemühungen um weitere Gedankenanstöße betreffend ein OSZE-Unterstützungsteam in Wien, wie es hier in Dublin erörtert wurde, erwartungsvoll entgegen.

Nächstes Jahr werden wir mit der Arbeit zum „Helsinki+40“-Prozess beginnen. Einige Teilnehmerstaaten meinten, der „Helsinki+40“-Prozess sollte wesentliche Reformen und Veränderungen in der Vorgehensweise der OSZE bei der Durchführung der Wahlbeobachtung, in ihrer Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft oder in ihrer Rechtsform einleiten. Unserer Auffassung nach ist zwar in jeder Organisation Raum für Verbesserungen, doch können wir uns absolut nicht der Einschätzung einiger anschließen, die da meinen, die OSZE brauche „grundlegende Reformen“ oder eine Satzung. Der Schlüssel zu größerer Wirksamkeit der Organisation ist es, sie die Arbeit machen zu lassen, die wir vereinbart haben.

Nun richten wir unseren Blick in die Zukunft und freuen uns auf die Arbeit mit dem designierten ukrainischen Vorsitz, der Troika und allen Teilnehmerstaaten zur Festlegung der Aufgaben, die im Rahmen eines niemanden ausschließenden, transparenten „Helsinki+40“-Prozesses zu erfüllen sein werden, in dem auch Beiträge der Zivilgesellschaft willkommen sind.

Auch heute gilt, was von Beginn an galt: der Wert, die Bedeutung und die Verheißungen des „Helsinki+40“-Prozesses basieren auf seinem umfassenden Sicherheitskonzept, das besagt, dass dauerhafter Frieden zwischen den Staaten untrennbar mit der Achtung der Menschenrechte innerhalb der Staaten verbunden ist.

Wie Außenministerin Clinton gestern feststellte, „ist für die OSZE, am Vorabend des 40. Jahrestags der Schlussakte von Helsinki, die Zeit gekommen, erneut die Führungsrolle zu übernehmen, die Grenzen der Menschenrechte und Menschenwürde aufzubrechen und die Werte und Grundsätze, die diese Organisation seit ihrer Gründung stets geleitet haben, zu bekräftigen.“

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GRIECHENLANDS
(AUCH IM NAMEN ALBANIENS, DEUTSCHLANDS,
DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA, BELGIENS,
BULGARIENS, KANADAS, KROATIENS, DÄNEMARKS, SPANIENS,
ESTLANDS, FRANKREICHS, DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS,
UNGARNS, ISLANDS, ITALIENS, LETTLANDS, LITAUENS,
LUXEMBURGS, NORWEGENS, DER NIEDERLANDE, POLENS,
PORTUGALS, RUMÄNIENS, DER SLOWAKEI, SLOWENIENS,
DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK
UND DER TÜRKEI)**

(Anhang 4 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Herr Vorsitzender,

ich möchte im Namen folgender Länder eine Erklärung abgeben: Albanien, Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Belgien, Bulgarien, Kanada, Kroatien, Dänemark, Spanien, Estland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Ungarn, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Türkei.

Herr Vorsitzender,

wir bleiben der konventionellen Rüstungskontrolle verpflichtet. Die NATO-KSE-Bündnispartner erinnern daran, dass die im November 2011 gefassten Beschlüsse, bestimmten Pflichten aus dem KSE-Übereinkommen in Bezug auf die Russische Föderation nicht mehr nachzukommen, aufgehoben werden können, sollte die Russische Föderation zur vollen Erfüllung zurückkehren. Die NATO-KSE-Bündnispartner werden ihre Pflichten aus dem KSE-Übereinkommen gegenüber allen anderen KSE-Vertragsstaaten weiter vollständig erfüllen. Die Bündnispartner sind entschlossen, das konventionelle Rüstungskontrollregime in Europa auf der Grundlage von zentralen Grundsätzen und Verpflichtungen zu erhalten, zu stärken und zu modernisieren und weiter Ideen für dieses Ziel zu entwickeln. Wir sind entschlossen, auch in Bezug auf das Wiener Dokument und den Vertrag über den offenen Himmel auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Herr Vorsitzender,

die Länder, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um ihre Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MOLDAUS
(Anhang 5 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Herr Vorsitzender,

die Republik Moldau schließt sich vollinhaltlich der Erklärung an, die die Delegation Griechenlands in dieser Sitzung im Namen einer Gruppe von Ländern abgegeben hat.

Ich ersuche sie höflich, Herr Vorsitzender, diese Erklärung als Anhang in das Journal dieses Ministerratstreffens aufzunehmen.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

(Anhang 6 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Herr Vorsitzender,

zu allererst schließt sich die Republik Moldau den Standpunkten der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika zur Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE an.

Herr Vorsitzender, wir begrüßen die Verabschiedung der Ministerratserklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts im „5+2“-Format. Mit dieser Erklärung bringen die 57 Teilnehmerstaaten ihre gemeinsamen Vorstellungen zum Ausdruck, wie die Verhandlungen für eine politische Lösung des nun schon seit zwei Jahrzehnten andauernden Konflikts in meinem Land vorangebracht werden können. Wir glauben, dass mit dieser Erklärung ein wichtiger Schritt hin zur Herstellung günstiger internationaler Rahmenbedingungen gesetzt wird, indem die internationalen Akteure, und vor allem die am „5+2“-Prozess Beteiligten, nach einem gemeinsamen Ansatz suchen und koordinierte Bemühungen fördern. Mit der Verabschiedung dieser Ministerratserklärung bekräftigen wir die Schlüsselrolle der OSZE in diesem Prozess.

Hauptziel dieses Dokuments ist die weitere Unterstützung der „5+2“-Verhandlungen, der wichtigsten Schiene der Beilegung. Zu diesem Zweck bekräftigt die Ministerratserklärung die Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau durch alle OSZE-Teilnehmerstaaten. Sie stellt fest, dass die Erörterungen zu allen drei Körben der Verhandlungsagenda, einschließlich des Korbes betreffend die umfassende Regelung sowie politische und Sicherheitsfragen, vorankommen müssen. Ferner betont die Erklärung die wichtige Rolle der vertrauensbildenden Maßnahmen, darunter auch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen.

Ein Aufruf zur Aufnahme von Gesprächen über die Grundprinzipien einer endgültigen Lösung – die Hauptaufgabe der Verhandlungen im „5+2“ Format – würde diese Erklärung noch zukunftsweisender machen, und wir bedauern, dass er nicht in den Text aufgenommen wurde.

Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, dass der politische Hintergrund des Prozesses zur Beilegung des Transnistrienkonflikts weitaus komplexer ist und dass eine Reihe von Fragen über den Rahmen der „5+2“-Gespräche hinausgehen. Eine breitere Betrachtungsweise schließt Fragen ein, die uns seit Langem Sorge bereiten, wie etwa die unerfüllten Verpflichtungen betreffend den Abzug der russischen Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau und die zunehmend notwendige Umwandlung des derzeitigen friedenserhaltenden Einsatzes in eine multinationale zivile Mission unter einem geeigneten internationalen Mandat. Wie von anderen Rednern bereits festgestellt, stehen diese Fragen nach wie vor auf der Agenda unseres Dialogs, und erwartungsvoll sehen wir diesbezüglichen Fortschritten, die im Einklang mit den OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen stehen, entgegen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Treffens.

Ich danke Ihnen.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI
(Anhang 7 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Herr Vorsitzender,

ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen und Irland herzlich zur vortrefflichen Vorsitzführung und der Sorgfältigkeit gratulieren, mit der es unsere Organisation 2012 gelenkt hat. In diesem Zusammenhang zollen wir Ihrer wichtigen Führungsrolle Anerkennung, durch die Sie die Ergebnisse abgesichert haben, die wir auf diesem Ministerrat erreichen konnten.

Wir glauben, dass der Beschluss zum „Helsinki+40“-Prozess nicht nur bei der Besinnung auf die Errungenschaften der OSZE wichtig sein wird, sondern auch als zukunftsweisende Orientierungshilfe – auf der Basis des bisher Erreichten – für die Rolle unserer Organisation in einem sich ändernden Sicherheitsumfeld. Wir sind zuversichtlich, dass die designierten Vorsitzländer Ukraine, Schweiz und Serbien keine Mühe scheuen werden, um diesen Prozess voranzubringen und für den entsprechenden Beitrag der OSZE zum Erreichen des Ziels einer Sicherheitsgemeinschaft zu sorgen. Wir sind bereit, unseren positiven konstruktiven Beitrag zu diesem Prozess zu leisten und die künftigen Vorsitze zu unterstützen.

Trotz der auf höchster politischer Ebene eingegangenen OSZE-Verpflichtungen sind die Konflikte, mit deren Beilegung unsere Organisation beauftragt ist, bedauerlicherweise nach wie vor ungelöst. Dies hat negative Auswirkungen auf das Vertrauen in die tägliche Arbeit in dieser Organisation und auf die Bemühungen um Aussöhnung auf regionaler Ebene. Darüber hinaus untergraben ungelöste Konflikte die Glaubwürdigkeit unserer Organisation. Somit können wir nur darauf hoffen und darauf setzen, dass die OSZE im Zuge des „Helsinki+40“-Prozesses in der Lage sein wird, diese Konflikte so anzugehen, dass der für ihre Beilegung erforderliche politische Wille entsteht.

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen zu unseren Beschlüssen.

In Bezug auf die Fragen, mit denen sich der Sicherheitsausschuss befasst, freuen wir uns, dass wir heute Morgen den Beschluss über den konsolidierten Rahmen der OSZE für die Bekämpfung des Terrorismus auf der Ebene des Ständigen Rates verabschieden konnten. Mit unseren früheren Beschlüssen in neuen Bereichen wie Internetsicherheit und illegaler Drogenhandel sind wir heute besser gerüstet, den Durchführungsorganen unserer Organisation einen aktualisierten Rahmen an die Hand zu geben, in dem sich die Arbeit der OSZE auf einer soliden und umfassenden Grundlage weiterentwickeln kann.

Auch wenn wir bedauern, dass es in diesem Jahr keinen vom FSK verabschiedeten Beschluss gab, hegen wir weiterhin die Hoffnung, dass die Arbeit dieses wichtigen Organs im nächsten Jahr zu positiveren Ergebnissen führen wird, darunter auch zur Modernisierung des Wiener Dokuments.

In der Wirtschafts- und Umweltdimension wurde auf diesem Ministerrat mit der Verabschiedung der Erklärung über die Stärkung von Good Governance und die Bekämpfung

von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ein wichtiger Schritt gesetzt. Dies wird zu unserer zukünftigen Arbeit in diesem Bereich und zu unserem allgemeinen Ziel, die zweite Dimension zu stärken, beitragen.

Wir bedauern, dass wir bei diesem Ministerratstreffen abermals nicht in der Lage waren, ein ausgewogenes Paket von Beschlüssen in der dritten Dimension zu verabschieden.

Wir sind dem irischen Vorsitz dafür dankbar, Medienfreiheit sowie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als zwei Bereiche erkannt zu haben, in denen auf diesem Ministerrat Ergebnisse möglich gewesen wären. Tendenzen zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirken sich nämlich negativ auf den Zusammenhalt und die Inklusivität unserer Gesellschaften aus, weil sie den interkulturellen Dialog behindern und zu Ausgrenzung führen. Wir unterstützten die Bemühungen des Vorsitzes, die Geißel des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit mit allgemeinen Formulierungen abzuhandeln, obschon wir es vorgezogen hätten, die Schutzbedürftigkeit bestimmter Gruppen hervorzuheben, die während des diesjährigen Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension benannt wurden. Es ist bedauerlich, dass der Ansatz des Vorsitzes nicht genug Befürworter gefunden hat. Es wird dem designierten ukrainischen Vorsitz zukommen, das weitere Engagement in dieser Dimension zu fördern und die bestehenden Auffassungsunterschiede zu überbrücken.

Leider fand der Beschlussentwurf über einen OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum bei diesem Ministerrat keinen Konsens. Als einem der Miteinbringer dieses Beschlussentwurfs ist es meinem Land ein wichtiges Anliegen, die OSZE-Kapazitäten zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung dieser wichtigen UN-Resolution zu verstärken. Wir werden im kommenden Jahr weiterhin gemeinsam mit allen Teilnehmerstaaten und dem OSZE-Sekretariat auf dieses Ziel hinarbeiten. Die von einer überwältigenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck gebrachte Unterstützung ist eine Quelle der Ermutigung für zukünftige Bemühungen.

Herr Vorsitzender,

wie es uns bereits in der Schlusserklärung letztes Jahr ein Anliegen war zu betonen, muss ich nachdrücklich feststellen, dass in unserer Organisation weiterhin offensichtlicher Bedarf an ehrlicher Selbstkritik herrscht. Bei der weiteren Verbesserung unsere Methoden der Konsensfindung dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass unsere Prioritäten auch wirklich die Interessen aller Teilnehmerstaaten weitgehend widerspiegeln. Nur so können wir das politische Verantwortungsbewusstsein und Engagement sicherstellen, das zur Verbesserung der Umsetzung unserer bestehenden Verpflichtungen und zur Entwicklung neuer Verpflichtungen erforderlich ist. Wir hoffen, dass der „Helsinki+40“-Prozess zu unserer Fähigkeit beitragen wird, im Geiste der Zusammenarbeit mit jedem einzelnen Teilnehmerstaat zu kooperieren, um auf diese Weise gewisse Verwerfungen auszumerzen.

Lassen Sie mich zum Abschluss unseren irischen Freunden nochmals unseren Dank und unsere Wertschätzung für ihre hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen und dem designierten ukrainischen Vorsitz viel Erfolg wünschen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke.

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS
(Anhang 8 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Exzellenz,

wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen, dieses Ministerratstreffen zu einem Erfolg zu machen. Wir danken Ihnen und Ihren engagierten Mitarbeitern für Ihren großen Einsatz hier in Dublin.

Mit Befriedigung nehmen wir den Beschluss zu „Helsinki+40“ zur Kenntnis, der es uns ermöglichen sollte, bei unserer Rückkehr nach Wien unsere Organisation voranzubringen.

Ferner stellen wir mit Befriedigung fest, dass es uns gelungen ist, das Paket der Bemühungen zur Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen zu schnüren und auch andere wichtige Themen erfolgreich abzuschließen.

Exzellenz,

trotz Ihrer Bemühungen konnten wir zu keinem der Beschlüsse, die unsere Verpflichtungen in der menschlichen Dimension bekräftigen oder stärken würden, Konsens herstellen.

Wir bedauern, dass kein Konsens zu einem Text zustande kam, der nur eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck brachte, dass nämlich die Grundfreiheiten etwas Grundlegendes sind – unabhängig davon, welcher Technologie man sich bedient.

Wir bedauern, dass kein Konsens zu einem Text zustande kam, der nur eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck brachte, dass wir nämlich angesichts der zunehmenden Hassreden, Hassverbrechen und fundamentalistischen Einstellungen unsere Anstrengungen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verstärken müssen.

Wir bedauern, dass kein Konsens zu einem Text zustande kam, der nur eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck brachte, dass wir nämlich in Anbetracht der Bestrebungen, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einzuschränken, unser Bekenntnis zu diesen Freiheitsrechten bekräftigen müssen.

Und mit Bedauern nehmen wir – wie mein Minister gestern bereits sagte – die Mitteilung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis, dass sie die Kooperationsvereinbarung für Wahlbeobachtung als nicht mehr gültig und praktikabel betrachtet.

Exzellenz,

ich ersuche um Aufnahme meiner Erklärung in das Journal des Tages.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

(Anhang 9 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Herr Vorsitzender,

ich habe die Ehre, diese abschließende Erklärung im Namen des parlamentarischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Robert Dechert abzugeben.

Kanada beglückwünscht Irland in seiner Funktion als Amtierender Vorsitz in diesem Jahr zur effektiven Führung der OSZE und zu seiner großen Anstrengung, um unsere regionale Sicherheitsarbeit in all ihren Dimensionen voranzubringen und die demokratischen Werte und Verpflichtungen, für die unserer Organisation steht, zu fördern.

Wir sind darüber erfreut, dass wir auf diesem Ministerratstreffen den „Helsinki+40“-Prozess in Gang setzen konnten. Ebenso freuen wir uns über den Beitritt der Mongolei zur OSZE-Familie unter dem irischen Vorsitz.

Trotz aller entschlossenen Bemühungen des irischen Vorsitzes und der großen Mehrheit der Teilnehmerstaaten waren wir jedoch abermals nicht in der Lage, Ministerratsbeschlüsse in der menschlichen Dimension zu verabschieden. Kanada bedauert diese verpasste Gelegenheit zutiefst.

Wir sind eigentlich nach Dublin gekommen, um aktiv und konstruktiv an allen Texten der menschlichen Dimension zu arbeiten und Fortschritte bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der Stärkung der Medienfreiheit, bei den Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter und dem Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen, zu erzielen. Das zweite Jahr in Folge konnten keine Ergebnisse auf Ministerebene in der menschlichen Dimension erreicht werden, weil einige Teilnehmerstaaten die Arbeit der OSZE in diesen wichtigen Fragen sowie ihr Konzept der „umfassenden Sicherheit“ mit seinem Kernstück, dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, systematisch infrage stellen und unterminieren.

Wir bedauern ferner, dass wir in Dublin von einem Teilnehmerstaat Mal um Mal daran gehindert wurden, die Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit zu fördern. Dies ist eindeutig ein Thema, bei dem die OSZE eine Rolle spielt und ihre Arbeit machen dürfen sollte.

Ähnliche Sorgen bereitet uns auch die Tatsache, dass wir nicht in der Lage sind, ein erstes Paket von vertrauensbildenden Maßnahmen betreffend Internetsicherheit zu entwickeln.

Auch in Zukunft wird Kanada alle Bemühungen um eine verstärkte Achtung der Menschenwürde überall in der OSZE-Region – ungeachtet von Rasse, Glauben, Geschlecht oder sexueller Ausrichtung – unterstützen. Kanada wird dafür eintreten, dass die Rechte und Grundfreiheiten aller anerkannt und gefördert werden. Die immens wichtige Arbeit der OSZE zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Toleranz und Nichtdiskriminierung muss auch deshalb fortgeführt werden, weil diese Herausforderungen in unserer Region leider im Zunehmen begriffen sind.

Kanada hat die Absicht, mit dem designierten ukrainischen OSZE-Vorsitz 2013 bei der Auseinandersetzung mit diesen Prioritäten und Werten konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Ministerratstreffens beifügen zu lassen.

IV. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

BERICHT AN DEN MINISTERRAT ÜBER DIE STÄRKUNG DER RECHTLICHEN GRUNDLAGE DER OSZE IM JAHR 2012

(MC.GAL/15/12 vom 7. Dezember 2012)

Einleitung

1. 2007 erarbeitete eine Informelle Arbeitsgruppe auf Expertenebene einen Entwurf für ein Übereinkommen über die Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE (Übereinkommensentwurf). Auf Ersuchen von zwei Teilnehmerstaaten wurden drei Fußnoten eingefügt, die eine Einigung vom Vorliegen eines konstituierenden Dokuments der OSZE abhängig machen¹. Obwohl der Übereinkommensentwurf selbst nach wie vor ungeteilt Unterstützung bei den Teilnehmerstaaten findet, war trotz mehrfacher Bemühungen keine Einigung zu erzielen, die eine Verabschiedung des Übereinkommens im Konsensverfahren zuließe, was seinen Status verändern und es von einem bloßen Entwurf zu einem verabschiedeten Text machen würde, den die Teilnehmerstaaten auf einstweiliger Basis anwenden könnten.

Praktische Auswirkungen der fehlenden Rechtspersönlichkeit

2. Aus dem Fehlen eines klaren rechtlichen Status für die OSZE ergeben sich Schwierigkeiten verwaltungstechnischer Art und finanzielle Auswirkungen für die Durchführungsorgane der Organisation in ihrer täglichen Arbeit sowie Probleme betreffend den gleichmäßigen und einheitlichen Schutz und Status des OSZE-Personals insbesondere in Feldoperationen. Mit der Umsetzung des Übereinkommensentwurfs entfielen die derzeit notwendige Aushandlung bilateraler Vereinbarungen mit einzelnen Teilnehmerstaaten, was der OSZE beträchtliche Einsparungen brächte. Der Betrag, der der OSZE jedes Jahr in Ermangelung einheitlicher Vorrechte und Immunitäten unmittelbar entgeht, macht rund ein Prozent ihres Gesamthaushalts aus. Das Fehlen eines Übereinkommens führt zu großen Unterschieden hinsichtlich Status und Behandlung der OSZE und ihrer Mitarbeiter in den einzelnen Teilnehmerstaaten.

3. Die fehlende Rechtspersönlichkeit schadet auch dem Ruf der OSZE, da sie unter Umständen von anderen regionalen oder internationalen Organisationen nicht als regelrechte Organisation ernst genommen wird oder diese in einigen Fällen nicht in der Lage sind, sie als Partner zu behandeln. Darüber hinaus vertreten Völkerrechtsexperten die Auffassung, die OSZE sei insofern Völkerrechtssubjekt, als sie nach dem Völkerrecht Verantwortlichkeit für ihre Handlungen übernehmen kann, auch wenn sie keinen eindeutigen internen Rechtsstatus² besitzt. Wenn die OSZE Verantwortlichkeit übernehmen kann, ohne jedoch Rechte wie etwa Vorrechte und Immunitäten zu haben, könnte sich das unter Umständen negativ auswirken.

1 Die Fußnoten beziehen sich auf eine „Charta“, doch führten spätere Entwicklungen zu der Überlegung, wichtig seien Beschaffenheit und Inhalt dieses Dokuments, nicht so sehr seine Bezeichnung. Daher wird seit 2011 die neutrale Bezeichnung „konstituierendes Dokument“ verwendet, unbeschadet des Ergebnisses der Beratungen.

2 Siehe Entwurf von Artikeln der Völkerrechtskommission über die Verantwortlichkeit internationaler Organisationen, der von der Völkerrechtskommission auf ihrer dreiundsechzigsten Tagung 2011 verabschiedet wurde (A/66/10, Absatz 87).

Am schwersten wiegt möglicherweise, dass der Stillstand in dieser Frage dazu beigetragen hat, dass die Entwicklung der operativen Fähigkeit und die Weiterentwicklung der Ziele der Organisation nicht vorankommen.

Treffen der Informellen Arbeitsgruppe im Jahr 2012

4. 2012 unterbreitete der irische Vorsitz eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten zur Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE und leitete den Teilnehmerstaaten ein Reflexionsdokument (CIO.GAL/63/12 vom 18. Mai 2012) und ein Arbeitsdokument mit einem Entwurf eines konstituierenden Dokuments für die OSZE (CIO.GAL/68/12 vom 12. Juni 2012) zu, die beide als Anhang beigefügt sind. Diese Dokumente wurden in bilateralen Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten und bei den Treffen der offenen Informellen Arbeitsgruppe (IWG) für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE erörtert.

5. 2012 fanden zwei Treffen der IWG für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE statt, am 8. Juni und am 21. September. Bei beiden führte Botschafter John Bernhard, Sonderberater des irischen Vorsitzes für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE, den Vorsitz.

6. Das erste Treffen der IWG wurde am 8. Juni 2012 abgehalten. Im Vorfeld dieses Treffens brachte der irische Vorsitz ein Reflexionsdokument über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE (CIO.GAL/63/12 vom 18. Mai 2012) in Umlauf. Darin wurden den Teilnehmerstaaten mehrere Optionen für die Streichung der drei Fußnoten aus dem Übereinkommensentwurf unterbreitet, was seine Annahme und Auflegung zur Unterzeichnung bei ersterbestmöglicher Gelegenheit ermöglichen würde. Das Reflexionsdokument ging von der Annahme aus, dass man durch die Erörterung eines vom irischen Vorsitz auszuarbeitenden kurzen technischen Entwurfs für ein konstituierendes Dokument der OSZE den Weg für Fortschritte in Richtung der Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs ebnen könnte. Aus den Erörterungen des ersten Treffens der IWG ergab sich Folgendes:

- Alle Teilnehmerstaaten befürworten die Bestimmungen des Übereinkommensentwurfs von 2007 als solche.
- Alle Teilnehmerstaaten sind dafür, die rechtliche Grundlage der OSZE zu stärken.
- Es gibt keinen Konsens in Bezug auf die Notwendigkeit eines konstituierenden Dokuments für die OSZE, wiewohl mehrere Staaten auf ihrem Standpunkt beharren, dass ihre innerstaatlichen rechtlichen und verfassungsmäßigen Verfahren es nicht zulassen, einer internationalen Organisation ohne konstituierendes Dokument Vorrechte und Immunitäten zu gewähren.
- Die Ausarbeitung eines konstituierenden Dokuments wird viel Arbeit erfordern, von deren Sinnhaftigkeit nicht alle Teilnehmerstaaten überzeugt sind.
- Der Vorsitz der IWG schloss mit der Ankündigung, dass der irische Vorsitz vor der nächsten IWG-Sitzung einen kurzen technischen Entwurf eines konstituierenden Dokuments für die OSZE in Umlauf bringen werde.

7. Der irische Vorsitz brachte ein Arbeitsdokument mit dem Entwurf eines konstituierenden Dokuments für die OSZE in Umlauf (CIO.GAL/68/12 vom 12. Juni 2012), in dem ausdrücklich festgehalten wurde, dass die endgültige Form und Art dieses Dokuments noch nicht feststehe und darüber noch diskutiert werden könne. Den Teilnehmerstaaten wurde dringend nahegelegt, das Dokument genau zu prüfen und dem Vorsitz bis Dienstschluss am Freitag, dem 20. Juli 2012, ihre schriftlichen Kommentare zugehen zu lassen. Eine Zusammenstellung der Kommentare der Teilnehmerstaaten, die als Anhang beigefügt ist, wurde vom irischen Vorsitz in Umlauf gebracht (CIO.GAL/117/12 vom 6. September 2012).

8. Am 21. September 2012 trat die IWG zum zweiten Mal zusammen. Diesmal wurde der Entwurf eines konstituierenden Dokuments für die OSZE (CIO.GAL/68/12 vom 12. Juni 2012) diskutiert. Dem Vorsitz der IWG ging es darum, zwischen den Teilnehmerstaaten Vertrauen zu schaffen, und er legte zu diesem Zweck dar, wie ein konstituierendes Dokument abgefasst sein könnte, damit es den *acquis* der Organisation unberührt lässt. Aus den Debatten dieser zweiten Sitzung der IWG ging Folgendes hervor:

- Die Teilnehmerstaaten befürworteten nach wie vor mehrheitlich die umgehende Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs – ohne Fußnoten – und dessen Auflage zur Unterzeichnung, sind jedoch offen für die Fortsetzung der Debatte über einen Entwurf für ein konstituierendes Dokument.
- Eine Gruppe von Teilnehmerstaaten betonte, dass die Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs Hand in Hand mit der Verabschiedung eines konstituierenden Dokuments gehen müsse und dass Fortschritte bei einem ohne entsprechende Fortschritte beim anderen nicht möglich seien.
- Ein Teilnehmerstaat sagte, er könne sich nicht mit dem Inhalt des in Umlauf gebrachten konstituierenden Dokuments auseinandersetzen, da er keinen Bedarf für ein derartiges Dokument sehe und die Erörterung eines solchen für die Organisation kontraproduktiv sein könnte.
- Der Vorsitz des Ständigen Rates kam zu dem Schluss, dass die Standpunkte einiger Teilnehmerstaaten nach wie vor weit auseinander liegen und der irische Vorsitz sich weiterhin um eine Lösung der Frage bemühen werde, wie weiter vorzugehen sei.

Schlussfolgerung

9. Obwohl der Entwurf für ein Übereinkommen über die Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE (Übereinkommensentwurf) von 2007 selbst nach wie vor die volle Unterstützung der Teilnehmerstaaten genießt, war es nicht möglich, zu einem Konsens bezüglich der Streichung der drei Fußnoten zu gelangen, die seine Verabschiedung von der Verabschiedung eines konstituierenden Dokuments abhängig machen. Der irische Vorsitz bemühte sich um einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation, um der OSZE das Instrumentarium an die Hand zu geben, das sie braucht, damit sie wirksam und effizient arbeiten kann, räumte jedoch zugleich ein, dass die legitimen Interessen aller Teilnehmerstaaten berücksichtigt werden müssen. Für den irischen Vorsitz ist klar, dass die unbefriedigende aktuelle Situation solange keine Lösung finden wird, als es keinen Fortschritt bei der Streichung der Fußnoten aus dem Übereinkommensentwurf gibt.

10. Der irische Vorsitz ist fest davon überzeugt, dass die Verabschiedung des Entwurfs für ein Übereinkommen über die Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE von 2007 für diese Organisation unerlässlich ist. Dem irischen Vorsitz ist aber auch klar, dass es ohne Debatte über ein konstituierendes Dokument für die OSZE keinen Fortschritt geben kann. Es kam also in diesem Jahr zu keinem Durchbruch, doch waren die Anstrengungen unter Botschafter John Bernhard nicht vergeblich, da sie weitere Klarheit in die Standpunkte der Teilnehmerstaaten und die Lösungsmöglichkeiten brachten. Die 2012 vorgestellten Lösungsmöglichkeiten sollten weiter ausgelotet werden. Die Unklarheit in Bezug auf den rechtlichen Status der OSZE schadet der Organisation. Es muss den Teilnehmerstaaten auch weiterhin ein vorrangiges Anliegen sein, die OSZE mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit und den Vorrechten und Immunitäten auszustatten, die sie braucht, um wirksam und effizient arbeiten zu können.

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER DIE LAUFENDE UMSETZUNG DES
OSZE-DOKUMENTS ÜBER KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN**
(MC.GAL/5/12 vom 27. November 2012)

Zusammenfassung

Dieser Fortschrittsbericht enthält umfassende sachbezogene Informationen über den Stand der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) für den Zeitraum November 2011 bis November 2012.

Im genannten Zeitraum setzte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) seine Tätigkeit zur Verhütung der Verbreitung von illegalen SALW fort. Dabei konzentrierte sich das Forum auf die weitere Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen in Bezug auf SALW sowie auf die Prüfung von Möglichkeiten zur Erleichterung der vollständigen Umsetzung des im Mai 2010 verabschiedeten SALW-Aktionsplans der OSZE.

Konkret hielt das Forum vom 22. bis 24. Mai 2012 das Treffen zur Überprüfung des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen und die Sitzung auf Expertenebene über die Verwaltung von SALW-Lagerbeständen sowie über die Reduzierung und Zerstörung überschüssiger Bestände ab, bei denen unter anderem der OSZE-Beitrag zur Zweiten Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen zum Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, die vom 27. August bis 7. September 2012 in New York stattfand, besprochen wurde. Nach dem OSZE-Treffen gab der FSK-Vorsitz ein anhand der auf dem Treffen und bei anderen Veranstaltungen gemachten Vorschläge aktualisiertes Dokument mit möglichen weiteren Schritten zur Umsetzung des Aktionsplans heraus. Die OSZE beteiligte sich aktiv an der Überprüfungskonferenz und organisierte unter anderem eine Parallelveranstaltung über erfolgreiche Maßnahmen der OSZE im Kampf gegen illegale SALW.

Die Beteiligung am jährlichen SALW-Informationsaustausch blieb 2011 – 2012 konstant. Nach der Herausgabe einer aktualisierten Vorlage für die einmalige Übermittlung von SALW-Informationen außerhalb des regulären Informationsaustauschs (FSC.GAL/38/11) hatten bis 16. November 2012 26 Teilnehmerstaaten Informationen im neuen Format übermittelt, das die Vergleichbarkeit und die Überprüfung der ermittelten Informationen auf Vollständigkeit erleichtert.

Gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 6/11 ergänzte das FSK das SALW-Dokument der OSZE um alle seit 2000 verabschiedeten weiteren Beschlüsse und gab es neu heraus. Dass nun alle einschlägigen Beschlüsse in einem Dokument zusammengefasst sind, wird die Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen erleichtern.

Die praktische Unterstützung für die OSZE-Teilnehmerstaaten durch die Durchführung von SALW-Projekten ist und bleibt eine Schlüsselkomponente in der Arbeit zur Verbesserung der Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum.

Der vorliegende Bericht informiert über die Aufnahme von Projektaktivitäten in der Kirgisischen Republik und über eine Reihe von praktischen Ausbildungsaktivitäten für Strafverfolgungsbehörden in Tadschikistan zu SALW und konventioneller Munition (CA).

Die Teilnehmerstaaten sagten im Zeitraum 2011/2012 insgesamt 361.480 EUR für SALW-Projekte der OSZE zu. Außerbudgetäre Beiträge und die Mittelbeschaffung stellen auch weiterhin ein Kernproblem dar.

Schließlich erweiterte das OSZE-Sekretariat auftragsgemäß seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die sich mit SALW-Fragen befassen. Ergänzend zu den bereits getroffenen offiziellen Kooperationsvereinbarungen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) traf das OSZE-Sekretariat 2012 eine Vereinbarung mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), die eine effektive Planung und den effizienten Einsatz von Ressourcen weiter erleichtern wird.

1. Einleitung

Auf dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats in Wilna wurde das FSK beauftragt, dem Neunzehnten Treffen des Ministerrats über seinen Vorsitz einen Fortschrittsbericht über die laufende Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE vorzulegen (MC.DEC/6/11/Corr.1).

Das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen wurde am 24. November 2000 verabschiedet und am 20. Juni 2012 neu herausgegeben (FSC.DOC/1/00/Rev.1). Es legt Normen, Prinzipien und Maßnahmen im Umgang mit der Bedrohung der internationalen Gemeinschaft durch die übermäßige und destabilisierende Anhäufung und unkontrollierte Verbreitung von SALW fest. Das wurde auch in der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert bestätigt, in der das SALW-Dokument der OSZE als wichtiges Instrument im Vorgehen gegen die Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität bezeichnet und die Bedeutung von dessen verstärkter Umsetzung unterstrichen wird. Gemäß Abschnitt VI Absatz 2 des Dokuments wird die Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE im Rahmen des Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung regelmäßig überprüft.

Das SALW-Dokument der OSZE trägt auch wesentlich zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit SALW unter allen Aspekten bei (im Folgenden SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen).

2. Zielsetzung

Dieser Bericht soll einen Überblick über die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf SALW geben und beschreibt die Fortschritte bei der Umsetzung von SALW-Hilfsprojekten der OSZE. Er soll in erster Linie als Grundlage für die Erhebung des aktuellen Standes der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf SALW dienen

und skizziert die schwierigsten zukünftigen Herausforderungen. Der Bericht umfasst den Zeitraum November 2011 bis November 2012¹.

3. Das Treffen zur Überprüfung des SALW-Aktionsplans der OSZE und die Sitzung auf Expertenebene über die Verwaltung von SALW-Lagerbeständen sowie über die Reduzierung und Zerstörung überschüssiger Bestände

Zur Förderung der Umsetzung des SALW-Aktionsplans der OSZE wurden vom 22. bis 24. Mai 2012 unmittelbar hintereinander zwei Fachtagungen unter Beteiligung von über 150 nationalen offiziellen Vertretern, Vertretern internationaler Organisationen und ausgewählter NGOs abgehalten. Das Treffen zur Überprüfung des SALW-Aktionsplans der OSZE (22. und 23. Mai 2012) sollte Aufschluss darüber geben, wie schnell der SALW-Aktionsplan der OSZE umgesetzt wird und mit welchen Maßnahmen die OSZE die internationalen Bemühungen in Zukunft ergänzen könnte, ohne diese zu duplizieren. Es wurden auch der OSZE-Beitrag zum SALW-Prozess der Vereinten Nationen und der weitere Weg erörtert. Der Bericht über die beiden Veranstaltungen ist öffentlich zugänglich.²

Das Treffen zeigte, dass in einigen Bereichen, die für die Umsetzung des Aktionsplans von Belang sind, beachtliche Fortschritte gemacht wurden. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass weitere Anstrengungen vonnöten sind, um die Umsetzung der vereinbarten Normen, Maßnahmen und Prinzipien zu steigern. Deshalb gab der FSK-Vorsitz am 9. Oktober 2012 ein sogenanntes Implementierungsdokument mit den auf den Treffen vorgebrachten Anregungen zur Erleichterung der Umsetzung des Aktionsplans heraus.

Die Sitzung auf Expertenebene über die Verwaltung von SALW-Lagerbeständen sowie über die Reduzierung und Zerstörung überschüssiger Bestände (24. Mai 2012) gab den Experten Gelegenheit zur Erörterung vorbildlicher nationaler Praktiken im OSZE-Raum in Bezug auf die Verwaltung von SALW-Lagerbeständen, die Reduzierung überschüssiger Bestände und die Zerstörung von SALW, auch unter Berücksichtigung bewährter OSZE- und internationaler Praktiken, und von gemeinsamen Herausforderungen. Ferner wurden Empfehlungen zur künftigen Arbeit formuliert. Auf der Sitzung wurde insbesondere auch die Möglichkeit diskutiert, die in den OSZE-Teilnehmerstaaten vorhandenen Ausbildungskapazitäten für die Verwaltung und Sicherung von Beständen weiter auszubauen. Anhand von Fallstudien aus OSZE-Hilfsprojekten und anderen Beispielen wurden Fragen erörtert, in denen es Gemeinsamkeiten mit anderen OSZE-Teilnehmerstaaten geben könnte.

4. Teilnahme an der Zweiten Überprüfungskonferenz zum SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen

Die OSZE beteiligte sich aktiv an der Zweiten Überprüfungskonferenz zum UN-Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, die vom 27. August bis 7. September 2012 in New York abgehalten wurde. Zweck der Überprüfungskonferenz war

1 Inhaltliches wurde bis zum 16. November 2012 berücksichtigt.

2 Der Bericht kann unter <http://www.osce.org/fsc/92811> abgerufen werden.

es, die bisher bei der Umsetzung des Aktionsprogramms gemachten Fortschritte zu bewerten und die Richtung für die weitere Arbeit vorzugeben. Die Staaten machten sich auch ein Bild von den Fortschritten bei der Umsetzung des Internationalen Rechtsinstrumentes zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten (ITI).

Der FSK-Vorsitzende berichtete in einer auf der Konferenz gehaltenen Rede über die Bemühungen der OSZE zur Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen und des ITI. Außerdem organisierte die OSZE eine Parallelveranstaltung, die ihrer Arbeit zum Thema SALW gewidmet war und an der auch der FSK-Vorsitzende und Vertreter des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) teilnahmen. Bei dieser Sitzung mit rund 30 Teilnehmern präsentierte die OSZE ihre praktischen Initiativen betreffend die Kontrolle der Ausfuhr und der Vermittlungsgeschäfte sowie das im Rahmen des OSZE/UNDP-Projekts zum Aufbau von Kapazitäten für SALW-Fragen in Belarus entwickelte elektronische Registrierungssystem.

Der Bericht der OSZE über die Umsetzung des Aktionsprogramms wurde dem UNODA im Voraus zugeleitet.

5. Aspekte der Normsetzung

Das SALW-Dokument der OSZE bildet die normative Grundlage der OSZE für die Entwicklung und Umsetzung nationaler Rechtsvorschriften, Regeln und Verfahren. Die Überprüfung dieser Normen und die Ausarbeitung zusätzlicher beziehungsweise ergänzender Beschlüsse durch das FSK sind ein zentraler Punkt in der täglichen Arbeit des FSK, die 2012 hauptsächlich folgenden Fragen galt:

5.1 Informationsaustausch zu den OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften

Mit Ministerratsbeschluss Nr. 15/09 wurde das FSK ersucht, bis Ende 2010 Schritte zur Überprüfung der Durchführung von Beschluss Nr. 11/08 des Ministerrats im Hinblick auf die Schaffung oder Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die legale Vermittlungstätigkeit innerhalb des nationalen Zuständigkeitsbereichs der Teilnehmerstaaten zu unternehmen.

Im Sinne dieses Ersuchens verabschiedete das Forum am 24. November 2010 den FSK-Beschluss Nr. 17/10 über einen Informationsaustausch zu den OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften. In diesem Beschluss kamen die Teilnehmerstaaten überein, bis 30. Juni 2011 einen einmaligen Informationsaustausch über ihre derzeitigen Regelungen betreffend SALW-Vermittlungsgeschäfte durchzuführen. Ferner wurde das KVZ beauftragt, bis spätestens 1. September 2011 einen Kurzbericht über die Antworten zu verfassen und auf die öffentliche Website zu stellen.

Mit Stand 16. November 2012 lagen die Antworten von 47 Teilnehmerstaaten gemäß FSK-Beschluss Nr. 17/10 vor. Das KVZ verteilte am 1. September 2011 einen Kurzbericht

über die Durchführung (FSC.GAL/95/11). Im Auftrag des FSK-Vorsitzes verteilte das KVZ am 3. August 2012 einen aktualisierten zusammenfassenden Bericht (FSC.GAL/98/12).³

6. Umsetzung bestehender Verpflichtungen

6.1 SALW-Informationsaustausch

Das SALW-Dokument der OSZE verpflichtet die Teilnehmerstaaten zur Einhaltung einer Reihe von Normen, die bei vollständiger Umsetzung den Staaten in ihren Bemühungen um Einhaltung vieler Bestimmungen betreffend die nationale Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen helfen werden. Unter anderem wurde mit dem SALW-Dokument ein Mechanismus von Transparenzmaßnahmen eingeführt, durch den die Sicherheit erhöht und das Vertrauen unter den OSZE-Teilnehmerstaaten gefördert werden soll.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten tauschen jährlich bzw. einmalig Informationen über verschiedene Aspekte der Kontrolle über Transfers von SALW und konventionellen Waffen im Allgemeinen aus. Dieser Informationsaustausch zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten ist vertraulich und Gegenstand regelmäßiger Erörterungen auf FSK-Sitzungen, Fachseminaren und Konferenzen. Insgesamt kam es bei der Umsetzung 2011/2012 zu einer leichten Verbesserung gegenüber den Vorjahren. Allerdings musste wieder häufig vom Ankündigungs- und Mahnmechanismus des FSK-Vorsitzes Gebrauch gemacht werden.

Der Informationsaustausch im Rahmen der OSZE über die Kontrolle von SALW-Transfers umfasst

- den Informationsaustausch über den Transfer konventioneller Waffen (FSC.DEC/13/97 und FSC.DEC/8/98),
- den Fragebogen über Transfers konventioneller Waffen (FSC.DEC/20/95) und
- den Informationsaustausch über die im abgelaufenen Kalenderjahr durchgeführten Kleinwaffenausfuhren in andere Teilnehmerstaaten und Kleinwaffeneinfuhren aus diesen (FSC.DOC/1/00, Abschnitt III (F) 1).

Darüber hinaus haben die Teilnehmerstaaten vereinbart, einander bei Bedarf aktualisierte Informationen zu folgenden Themen zu übermitteln:

- Informationsaustausch über ihre bei der Herstellung bzw. Einfuhr von SALW verwendeten innerstaatlichen Kennzeichnungssysteme (FSC.DOC/1/00, Abschnitt II (D) 1)
- Informationsaustausch über nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung von SALW (FSC.DOC/1/00, Abschnitt II (D) 1)
- Informationsaustausch über innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle von

3 Der Bericht ist öffentlich zugänglich und unter <http://www.osce.org/fsc/92596> abrufbar.

Vermittlungsgeschäften in Bezug auf Kleinwaffen (FSC.DOC/1/00, Abschnitt III (F) 2)

6.1.1 Einmaliger Informationsaustausch

Im SALW-Dokument der OSZE kamen die Teilnehmerstaaten überein, bei Bedarf aktualisierte Informationen zu folgenden Punkten auszutauschen: innerstaatliche Kennzeichnungssysteme, nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung, innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften, Methoden zur Zerstörung von Kleinwaffen sowie Programme zur Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen.

Gemäß FSK-Beschluss Nr. 11/08 haben die Teilnehmerstaaten Informationen über nationale Praktiken zur Verhütung der illegalen Verbreitung von SALW auf dem Luftweg auszutauschen.

Im FSK-Beschluss Nr. 12/08 wurden die Teilnehmerstaaten aufgefordert, ein Musterformular ihrer nationalen Endnutzerbescheinigungen bzw. anderer einschlägiger Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Nähere Informationen zur Anzahl der Teilnehmerstaaten, die sich an diesem einmaligen Informationsaustausch beteiligt haben, finden sich in Anhang A.

Im März 2011 gab das KVZ eine überarbeitete Vorlage für die Bekanntgabe einmalig zu übermittelnder Informationen zu SALW (FSC.GAL/38/11) heraus, die gemäß der im SALW-Dokument der OSZE vorgesehenen Abgabefrist für aktualisierte Informationen erstmals am 30. Juni 2011 verwendet werden sollte. Mit Stand 16. November 2012 hatten 26 Teilnehmerstaaten aktualisierte Beiträge zum einmaligen SALW-Informationsaustausch im neuen Format geliefert.

6.1.2 Jährlicher Informationsaustausch

Neben dem Informationsaustausch über bestehende Normen und Vorschriften sind die Teilnehmerstaaten laut SALW-Dokument verpflichtet, jährlich Daten über SALW-Ausfuhren in andere OSZE-Teilnehmerstaaten und SALW-Einfuhren aus diesen sowie über die im abgelaufenen Kalenderjahr in ihrem Hoheitsgebiet als überschüssig eingestuft bzw. beschlagnahmten und vernichteten Kleinwaffen auszutauschen. Anhang B gibt einen Überblick über diesen Informationsaustausch.

Aus den im Zeitraum 2001 bis 2011 übermittelten Informationen geht hervor, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten 12.739.907 Stück SALW vernichtet haben. Nähere Angaben dazu finden sich in Anhang C.

6.2 Neuausgabe des SALW-Dokuments der OSZE

Im Juni 2012 gab das FSK gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 6/11 und zwecks Förderung der vollständigen Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen das SALW-Dokument der OSZE neu heraus, nachdem dieses durch alle einschlägigen Beschlüsse, die seit der Verabschiedung des ursprünglichen Dokuments 2000 gefasst wurden,

ergänzt worden war.⁴ Die Zusammenführung der umfassenden SALW-Dokumentation der OSZE zu einem einzigen Dokument wird die Umsetzung durch die politischen Entscheidungsträger in den OSZE-Hauptstädten erleichtern.

6.3 Bewusstseinsbildung

Da der Posten des Vorsitzes der informellen SALW-Freundesgruppe 2012 vakant blieb, unternahm die Freundesgruppe keinerlei Aktivitäten in diesem Jahr.

Das KVZ der OSZE veranstaltete mehrere Ausbildungsseminare und Arbeitstagen. Ein Überblick über diese Aktivitäten sowie andere Aktivitäten zur Förderung von SALW-Initiativen der OSZE finden sich in Anhang D.

7. Praktische Unterstützung bei SALW-Projekten

7.1 Übersicht

Die Umsetzung jener Teile des SALW-Dokuments der OSZE, die sich auf Ersuchen von Teilnehmerstaaten um Hilfe bei der Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen beziehen, machen einen wesentlichen Teil der Bemühungen des FSK in diesem Bereich aus.

Seit 2003 gingen bei der OSZE 43 Hilfeersuchen aus 17 Ländern ein, die die Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von SALW- bzw. CA-Lagerbeständen, einschließlich Mélange, oder die Vernichtung von Überschüssen betrafen. Die Ersuchen der Teilnehmerstaaten um Hilfe bei der Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen machen einen wesentlichen Teil der Bemühungen des FSK in diesem Bereich aus. Als Beispiel für diese Aktivitäten im Jahr 2012 sei insbesondere auf die Hilfsprojekte in Belarus und der Kirgisischen Republik verwiesen.

7.2 Nationale Koordinierungsgremien

2008 verabschiedete das FSK den Beschluss Nr. 4/08, mit dem ein OSZE-Verzeichnis von Kontaktstellen für SALW und SCA als zusätzliches Instrument für die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Teilnehmerstaaten bei SALW- und SCA-Hilfsprojekten geschaffen wurde. Im Einklang mit diesem Beschluss legte das KVZ eine Datenbank an, in der die von den OSZE-Teilnehmerstaaten und anderen Teilnehmern des Verzeichnisses angegebenen Kontaktstellen gespeichert werden, und verwaltet sie auch. 2012 übermittelte das KVZ anhand des Kontaktstellenverzeichnisses aktualisierte Informationen über SALW- und SCA-Projekte. Die Kontaktstellen wurden 2012 jedoch nur in geringem Ausmaß für Mitteilungen zwischen den Staaten beziehungsweise den Staaten und dem KVZ in Anspruch genommen.

4 Die Neufassung des SALW-Dokuments der OSZE kann unter <http://www.osce.org/fsc/20783> abgerufen werden.

7.3 Unterstützung bei der Ausfuhrkontrollgesetzgebung

2012 begann die OSZE gemeinsam mit dem deutschen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), interessierten Teilnehmerstaaten bei der Überarbeitung ihrer Gesetze zur Kontrolle von SALW-Ausfuhren zu helfen. 2011/2012 traten die OSZE und das BAFA in weiterer Zusammenarbeit mit UNODA, UNODC, UNDP und dem Ausschuss nach Resolution 1540 und dessen Expertengruppe in einen landesspezifischen Dialog mit Moldau zu verschiedenen SALW-Themen ein, darunter auch die Rechtsvorschriften zur Ausfuhrkontrolle. Derzeit arbeiten die OSZE und das BAFA eng mit den moldauischen Behörden an der innerstaatlichen Überprüfung der Ausfuhrkontrollgesetze, die in Einklang mit den internationalen Anforderungen gebracht werden sollen.

7.4 Praktische Hilfsprojekte

7.4.1 Republik Belarus

Auf Grundlage der Vereinbarung zwischen dem OSZE-Sekretariat und UNDP setzten die beiden Organisationen die Umsetzung ihres gemeinsamen Projekts zum Aufbau von Kapazitäten für SALW in Belarus fort, das sich mit Fragen der physischen Sicherung und der Verwaltung von Lagerbeständen in staatlichen SALW-Lagerstätten befasst. Die erste Phase des Programms zur Verstärkung der Kapazitäten des belarussischen Verteidigungsministeriums für die sichere Verwahrung von SALW in fünf Lagerstätten wurde im Sommer 2010 erfolgreich abgeschlossen. Ferner wurde die Anzahl der von diesem Projekt erfassten Lagerstätten auf 13 reduziert, da die SALW in größeren Lagerstätten zusammengeführt werden sollten. Das UNDP, die für die Durchführung des Projekts verantwortliche Organisation, führt zurzeit gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium die zweite Projektphase durch, in deren Mittelpunkt zwei große Lagerstätten in Gomel und Kolossowo sowie zwei kleinere Stätten in Baroŭka und Saslonawa stehen.

Der aktuelle Stand und der Arbeitsplan für 2012/2013 wurden dem FSK im Oktober 2011 vom UNDP und dem Verteidigungsministerium im Rahmen des Sicherheitsdialogs vorgestellt.

7.4.2 Kirgisische Republik

Im Februar 2008 richtete die Kirgisische Republik ein Ersuchen an das FSK um Hilfe bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung der SALW- und CA-Lagerbestände im südlichen Teil des Landes, wo zunehmende Aktivitäten radikaler Extremistengruppen eine Gefahr für die bestehenden Lagereinrichtungen darstellen. Kirgisistan ist mit großen Mengen an veralteter Munition konfrontiert, die nach der Auflösung der Sowjetunion zurückblieben. Die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen müssen in den Lagerstätten für SALW und SCA erheblich verstärkt werden; zum Problem der zum Teil instabilen Munition kommt hinzu, dass einige dieser Lagerstätten sich in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten befinden und eine ernst zu nehmende Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen. Da einige Lagergebäude zudem baufällig und in manchen Fällen nicht witterungsbeständig sind, besteht die Gefahr, dass der Boden um die Lagerstätten durch Rückstände der zerfallenden Munition verseucht wird.

Im Juli 2008 wurden anhand des Fragebogens, der im Zusammenhang mit Hilfeersuchen verwendet wird, detaillierte Angaben zu dem Ersuchen nachgereicht. Vom 14. bis

18. März 2011 führte das OSZE-Team einen zweiten Beurteilungsbesuch durch, um Schutz und Sicherheit der SALW- und CA-Lagerbestände einer Bewertung zu unterziehen und das Ausmaß der gegebenenfalls zu leistenden Unterstützung abzuschätzen und den für das zukünftige Hilfsprojekt erforderlichen technischen Aufwand festzustellen. Nach dieser Beurteilung wurde ein Hilfsprojekt zur Unterstützung der Regierung von Kirgisistan in den folgenden Bereichen ausgearbeitet:

- Ausbildung in der Verwaltung und Sicherung von SALW- und CA-Lagerbeständen
- bauliche Ergänzung und Sanierung von Munitionslagerstätten
- Vernichtung überschüssiger und unbrauchbarer SALW, einschließlich tragbarer Luftverteidigungssysteme (MANPADS)

Die Projektumsetzung begann 2012. In den Lagereinrichtungen Buschum, Gulcha und Koi-Tasch befindet sich ein Drittel sämtlicher Bestände des Verteidigungsministeriums. Das Projekt wurde inzwischen bis 31. Dezember 2014 verlängert.

Im August 2012 wurden die Mitglieder des Teams rekrutiert, das das Projekt auf Schiene bringen und durchführen soll. Im September 2012 begab sich das Projektteam zu Kurzbesuchen an alle drei Standorte, um sich ein genaueres Bild von der tatsächlichen Situation vor Ort und vom Zustand der vorhandenen Bestände zu machen und Verbindung zu Kommandanten der Militärstützpunkte des Verteidigungsministeriums und den Verantwortlichen für die Lagerhäuser an den betreffenden Standorten aufzunehmen.

Die OSZE und die kirgisische Regierung werden voraussichtlich noch vor Jahresende 2012 eine Vereinbarung über die praktische Umsetzung des SALW- und SCA-Programms (für 5 Jahre) unterzeichnen.

Gleichzeitig erstellte das Projektteam gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium den technischen Anforderungskatalog für die Projektarbeiten im Einklang mit den innerstaatlichen Vorschriften, internationalen Normen und den bewährten Praktiken der OSZE für SALW und SCA. Dem Ersuchen des Verteidigungsministeriums entsprechend wurde vereinbart, in Buschum mit der Arbeit zu beginnen. Angesichts der vorhandenen Mittel wurde beschlossen, als erste Priorität die Arbeiten in Buschum (Provinz Batken) fertigzustellen. Die Bauarbeiten am Standort Buschum werden voraussichtlich im April/Mai 2013 beginnen.

2010 ersuchten die kirgisischen Behörden die OSZE um Hilfe bei der Einsammlung von SALW, die während der Unruhen im Frühjahr und Sommer 2010 bei Plünderungen entwendet wurden, und um Unterstützung bei den bisher unternommenen nationalen Bemühungen. Dementsprechend führte die OSZE gemeinsam mit dem UNDP vom 7. bis 12. Februar 2011 einen Besuch zur Beurteilung der Lage vor Ort und zur Einschätzung der Machbarkeit und des Umfangs eines künftigen Hilfsprojekts durch. Das Beurteilungsteam gab folgende Empfehlungen ab:

- Durchführung einer umfassenden Erhebung in Bezug auf SALW und Sicherheit
- Erstellung eines überarbeiteten SALW-Einsammelungsprogramms

Derzeit sind OSZE und UNDP im Begriff, die Erhebung im Einvernehmen mit den Behörden der Kirgisischen Republik einzuleiten.

7.4.3 Tadschikistan

Das OSZE-Büro in Tadschikistan setzte seine Unterstützung für die Bemühungen der tadschikischen Regierung in Bezug auf den Schutz und die Sicherheit der SALW-Bestände und die Vernichtung überschüssiger SALW fort.

Das OSZE-Büro in Tadschikistan widmete sich insbesondere folgenden Aktivitäten:

- A. Entwicklung eines computergestützten Systems für SALW- und SCA-Schulungskurse und für die Ausbildung von Kursleitern für die Strafverfolgungsbehörden des Landes

In enger Zusammenarbeit mit den Ausbildungseinrichtungen der Strafverfolgungsbehörden wurde ein computergestütztes Ausbildungssystem für physische Sicherung und Verwaltung von SALW- und CA-Lagerbeständen (PSSM) erstellt, wobei die Partner mit Ausrüstung und Peripheriegeräten ausgestattet wurden. Im November werden Kursleiter für die Verwendung einer Schulungssoftware auf CD-Basis ausgebildet.

- B. Feldübung für das Notfallinterventionszentrum

Die OSZE startete 2010 eine Initiative zur Einführung eines kohärenten Mechanismus für den Umgang mit Zwischenfällen mit SALW und SCA. Damals bildete das OSZE-Büro in Tadschikistan eine Arbeitsgruppe bestehend aus Experten aus allen zuständigen Dienststellen des Landes, um auf Zwischenfälle mit SALW und SCA reagieren zu können und das Land bei der Schaffung eines einheitlichen Koordinierungsmechanismus bei Zwischenfällen mit SALW und SCA zu unterstützen. Das war notwendig, weil das bestehende Notfallgesetz nur Notfälle aufgrund verschiedenster Naturkatastrophen erfasst. Es bezog sich nicht auf durch Waffen und Munition bedingte Notfälle und sah auch keine Koordination der Maßnahmen im Katastrophenfall vor.

Nach eingehendem Studium der maßgeblichen Dokumente gab die Gruppe den Anstoß zur Ausarbeitung eines Dokuments über die Schaffung eines Beirates für Notfallintervention, der als kohärenter Mechanismus die Maßnahmen bei Notfällen mit SALW und SCA koordinieren soll. Daraufhin gab die tadschikische Regierung im April 2011 die EntschlieÙung Nr. 230 mit dem Titel „Schaffung eines Beirates zur Intervention und Koordination der Maßnahmen zwischen den zuständigen Organen der Republik Tadschikistan in Notfällen und anderen Zwischenfällen mit SALW-Bezug“ heraus.

2012 setzte sich das OSZE-Büro für die weitere Stärkung der Kapazitäten des Beirates ein. Im Sinne der in der EntschlieÙung Nr. 230 getroffenen Verfügungen und nach Festlegung der Geschäftsordnung des Beirats wurde zur Koordinierung der Reaktionen der beteiligten Dienststellen auf derartige Notfälle beschlossen, eine Stabsübung (CPX) vorzubereiten und durchzuführen und 2013 eine Feldeinsatzübung (FTE) abzuhalten, um die Wirksamkeit des Mechanismus und die Kohärenz der bei Eintritt eines Zwischenfalls ergriffenen Maßnahmen zu testen. Die Szenarien und der Ort der CPX und FTE wurden 2012 festgelegt.

Ziel und Zweck dieser Initiative ist es, durch die Schaffung einer Dienststelle, die unter anderem zur Notfallintervention, Ausbildung und Bewertung befähigt ist, die langfristige Stabilität der SALW und SCA in Tadschikistan zu gewährleisten.

C. Vernichtung überschüssiger SALW/SCA-Bestände

Das OSZE-Büro unterstützte das tadschikische Innenministerium bei der Vernichtung von mehr als 600 Schusswaffen, die größtenteils nach dem Waffeneinziehungsprozess in Chorong in der autonomen Oblast Berg-Badachschan eingesammelt worden waren. Der Vorgang fand in einer SALW-Zerstörungsstätte statt, die die OSZE im Zuge ihres SALW-Programms in Tadschikistan (2005 – 2009) mitfinanziert hatte.

7.4.4 Turkmenistan

Im November 2011 unterstützte die OSZE in Kooperation mit der *Joint Arms Control Implementation Group* des Verteidigungsministeriums des Vereinigten Königreichs und der britischen Botschaft in Aschgabat einen fachspezifischen Beobachtungsbesuch im Vereinigten Königreich für Vertreter der Präsidialverwaltung und des Verteidigungsministeriums Tadschikistan, die für militärische Belange bzw. Katastrophenschutz zuständig sind. Die Teilnehmer besichtigten mehrere Waffen- und Munitionslager sowie Zerstörungsstätten und erörterten Fragen der effizienten Beständeverwaltung und Notfallreaktion, etwa Lagerung und Rotation, Registrierungs- und Ausgabeverfahren, periodische Prüfroutinen und Reagieren bei Zwischenfällen wie etwa unbefugtem Eindringen in Lagereinrichtungen, Verlust und Beschädigung von Waffen sowie Brand und Explosionen in Munitionsdepots.

8. **Öffnung und Zusammenarbeit**

8.1 **Partnerschaft und Kooperationsabkommen mit anderen internationalen Organisationen**

8.1.1 Vereinbarung mit dem UNDP

Im Einklang mit dem SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das regionale Organisationen zur Zusammenarbeit sowie zur Bildung und Stärkung von Partnerschaften ermutigt, um die Ressourcen zur Bekämpfung illegaler SALW gemeinsam zu nutzen, entwickelte die OSZE einen allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit dem UNDP. In einer 2006 unterzeichneten Vereinbarung wurde ein nicht exklusiver Rahmen für die technische Zusammenarbeit bei der Umsetzung von SALW- und SCA-Projekten festgelegt. Seit 2007 wurden auf der Grundlage dieser Vereinbarung fünf gemeinsame Großprojekte – in Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Montenegro und Serbien – in Angriff genommen. Nachdem die Vereinbarung im Juni 2012 endete, erörtern die Parteien derzeit die Modalitäten für eine Verlängerung.

8.1.2 Gemeinsamer Aktionsplan mit dem UNODC

Im Oktober 2011 unterzeichneten die OSZE und das UNODC einen gemeinsamen Aktionsplan, durch den verstärkt Synergien in den Aktivitäten der beiden Organisationen erzielt werden sollen. Der Plan sieht konkret die gemeinsame Entwicklung von Strategien und Programmen in folgenden Bereichen vor:

- Vermeidung von Doppelarbeit in verschiedenen Regionen bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Schusswaffen/SALW
- Konsultationen auf Expertenebene zu Fragen der Bekämpfung illegaler Schusswaffen/SALW und gegenseitige Information über wichtige Pläne und Entwicklungen in diesem Bereich
- Einladung einschlägiger Experten der anderen Seite zu Veranstaltungen über die Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW und gegebenenfalls gegenseitige Rücksprache, durch die sichergestellt wird, dass neue Initiativen gemeinsam überprüft werden
- Zusammenarbeit bei Aufklärungsaktivitäten und bei der Anwendung und Umsetzung der einschlägigen Instrumente und Dokumente über Schusswaffen/SALW in Gebieten wie dem Kaukasus, Zentralasien, Osteuropa und Südosteuropa
- Steigerung der innerstaatlichen Kapazitäten der OSZE-Teilnehmerstaaten zur wirksamen Gewährleistung der Nichtverbreitung von SALW, unter anderem durch gemeinsame Arbeitstagen und die gemeinsame Erarbeitung von Lehrplänen

Im März 2012 ergriff die OSZE im Rahmen des gemeinsamen Aktionsplans und in Zusammenarbeit mit dem UNODC und dem BAFA die Initiative für einen Expertenbesuch in Moldau, bei dem die Ausfuhrkontrollbestimmungen für militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck, einschließlich SALW, und die Umsetzung des UN-Schusswaffenprotokolls einer Überprüfung unterzogen werden sollten. Die beiden Organisationen luden einander auch zu verschiedenen SALW-Veranstaltungen ein.

8.1.3 Vereinbarung mit dem UNODA

Im Oktober 2012 unterzeichneten das OSZE-Sekretariat und das UNODA eine Vereinbarung zur Verbesserung der Synergien zwischen ihren Aktivitäten.

Darin kamen sie überein, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Regelungen in Bezug auf konventionelle Waffen sowie in der Vertrauensbildung und damit zusammenhängenden Fragen durch folgende Maßnahmen zu vertiefen:

- (a) Informationsaustausch und Koordinierung ihrer Strategien und Aktivitäten
- (b) Organisation gemeinsamer Aktivitäten
- (c) Mobilisierung von Ressourcen für gemeinsame Aktivitäten
- (d) Austauschprogramme
- (e) Gemeinsame Profilierungsstrategie zur Unterstützung und Förderung gemeinsamer Aktivitäten
- (f) Synergien bei der Planung von Treffen

8.2 Operative Unterstützung und Informationsaustausch

Das OSZE-Sekretariat veranstaltet jährlich Gespräche auf Mitarbeitererebene mit den Vereinten Nationen, um über die jüngsten Entwicklungen und neue Initiativen sowohl in Bezug auf Normsetzung und Standards also auch auf praktische Unterstützung in SALW-Angelegenheiten zu informieren.

8.2.1 Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit anderen internationalen Organisationen

Seit 2010 hält das KVZ regelmäßig informelle Konsultationen mit dem Koordinierungsmechanismus der Vereinten Nationen für Maßnahmen gegen Kleinwaffen (CASA) ab, in dem über 20 mit SALW-Fragen befasste UN-Organisationen und -Programme vertreten sind, darunter das UNODA, das UNODC, das UNDP und das UN-Institut für Abrüstungsforschung. 2012 wurden zwei Treffen (per Videokonferenz) abgehalten, um Informationen über laufende und geplante Initiativen auszutauschen, Maßnahmen zu koordinieren und Synergien zu schaffen.

Das OSZE-Sekretariat hat seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) im Hinblick auf die Finanzierung von SALW-Aktivitäten der OSZE ausgeweitet. Für den ersten Projektvorschlag betreffend die Finanzierung mehrerer normsetzender und projektbezogener Aktivitäten über einen Zeitraum von 36 Monaten bewilligte die EU am 25. Oktober 2012 einen Betrag von 890.000 EUR.

Die OSZE hält auch regelmäßig Kontakt zum Wassenaar-Arrangement, mit dem sie sich abstimmt und Informationen austauscht. Im Februar 2012 berichtete der Leiter des Sekretariats des Wassenaar-Arrangements dem FSK über die jüngste Arbeit seiner Organisation, und im Mai 2012 informierte der Direktor des KVZ die Allgemeine Arbeitsgruppe des Wassenaar-Arrangements über die SALW-Aktivitäten der OSZE. Die Sekretariate der beiden Organisationen halten auch engen Kontakt auf Arbeitsebene. Sie stimmen dabei ihre Veranstaltungstermine ab und sind bemüht, Synergien zu erzeugen. Ferner führt das OSZE-Sekretariat alle zwei Jahre Gespräche auf Mitarbeitererebene mit der NATO, bei denen Fragen der Umsetzung von SALW- und SCA-Projekten eingehend erörtert werden. Diese Gespräche dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch, der Vermeidung möglicher Doppelgleisigkeiten, der Schaffung von Synergien und der Steigerung der Wirksamkeit der Projekte.

Schließlich hält das Sekretariat alle zwei Jahre Gespräche auf Mitarbeitererebene mit der EU ab, bei denen Informationen ausgetauscht und die verschiedensten Themen diskutiert werden.

Das KVZ tauscht mit anderen internationalen Organisationen Informationen über die Projektaktivitäten sowie über die normsetzende Tätigkeit der OSZE in Bezug auf Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) aus. Seit 2008 fanden informelle Treffen mit anderen internationalen Organisationen statt, durch die die Koordination bei SALW- und SCA-Projekten verbessert werden soll. Bei diesen Treffen wird eine Bestandsaufnahme der von internationalen Organisationen durchgeführten SALW- und SCA-Projekte vorgenommen, es werden Erfahrungen und vorbildliche Verfahren ausgetauscht und laufende und künftige Aktivitäten koordiniert. Für diese Treffen gelten folgende Modalitäten:

- zweimal im Jahr finden eintägige informelle Koordinierungstreffen statt;
- gegebenenfalls kann der Themenbereich dieser Treffen auf einschlägige Projekte und Fragen ohne SALW- oder SCA-Bezug ausgeweitet werden.

9. Schlussfolgerungen

9.1 Normsetzende Tätigkeit zum Thema SALW

Das SALW-Dokument der OSZE erfüllt im OSZE-Raum auch weiterhin eine wichtige Funktion als normsetzendes Dokument.

Seit der Verabschiedung des SALW-Aktionsplans der OSZE im Jahr 2010 konzentriert sich die Arbeit auf die vollständige Umsetzung des Plans. So wurde etwa intensiv an der Verbesserung des Formats, der Qualität und der Vergleichbarkeit der einmaligen und der jährlichen Übermittlung von SALW-Informationen gearbeitet, um die Aussagekraft der bereitgestellten Informationen zu erhöhen und die Beantwortung der Fragen zur Gesetzeslage zu erleichtern.

Ferner wurden konkrete Initiativen betreffend die Kontrolle der SALW-Ausfuhren und -Vermittlungsgeschäfte unternommen. Genannt seien hier insbesondere mehrere Schulungsveranstaltungen des KVZ in Zusammenarbeit mit der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen zur Verbesserung der Koordination und des Informationsaustauschs zwischen den für die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen zuständigen Behörden und den Zollbehörden in Bezug auf militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck.

Darüber hinaus wurde in Form von gemeinsam mit anderen maßgeblichen internationalen Organisationen organisierten Besuchen der Dialog mit bestimmten Ländern aufgenommen, die um einen solchen Besuch ersucht hatten, da sie Unterstützung bei der Überarbeitung ihrer Rechtsvorschriften über die Ausfuhrkontrolle benötigen. Die Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen wichtigen internationalen Organisationen, die sich mit SALW-Fragen befassen, hat sich erheblich verbessert, was dazu führte, dass formelle Kooperationsverträge unterzeichnet und gemeinsame Aktivitäten aufgenommen wurden.

In den letzten zwei Jahren widmete sich das FSK aktiv der Umsetzung des normativen Besitzstandes der OSZE in SALW-Fragen. Die Umsetzung des SALW-Aktionsplans hinsichtlich der Überprüfung der Umsetzung der Prinzipien, Normen und Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazität und Effizienz lässt allerdings nach wie vor zu wünschen übrig.

9.2 Praktische Hilfe bei SALW-Problemen

Eine der wichtigsten OSZE-Aktivitäten im Hinblick auf die praktische Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE sind unverändert die Maßnahmen im Anschluss an die Hilfeersuchen von einer zunehmenden Zahl von Teilnehmerstaaten. Es werden weitere Schritte unternommen, um die Effektivität der Arbeit im SALW-Bereich durch regelmäßige regionale Zusammenarbeit und informelle Koordination mit anderen internationalen Organisationen zu steigern.

Weitere regelmäßige Veranstaltungen zur Information bzw. Unterrichtung über Projekte durch den jeweiligen Koordinator oder die beteiligten Akteure sollen die Teilnehmerstaaten auf diese Aktivitäten aufmerksam machen und zur Bereitstellung von Mitteln veranlassen.

Mangels berechenbarer mehrjähriger Finanzierungsstrategien für SALW- und SCA-Projekte durch die Teilnehmerstaaten sind außerbudgetäre Beiträge und die Mittelbeschaffung auch weiterhin ein zentrales Problem.

10. Anhänge

- Anhang A: Überblick über den einmaligen Austausch von SALW-Informationen über Verfahren zur Kennzeichnung, Ausfuhrkontrolle, Lagerverwaltung und Vernichtung sowie über Vermittlungsgeschäfte, Musterformulare für Endnutzerbescheinigungen und den illegalen Transport auf dem Luftweg
- Anhang B: Überblick über den jährlichen Austausch von Informationen über die Ein- und Ausfuhr von SALW sowie überschüssige bzw. beschlagnahmte und vernichtete SALW
- Anhang C: Vernichtung von SALW im OSZE-Raum
- Anhang D: Von der OSZE im Zeitraum November 2011 bis November 2012 organisierte SALW-Tagungen, -Seminare und -Konferenzen
- Anhang E: Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen und an gemeinsam organisierten Veranstaltungen
- Anhang F: Geber für SALW-Projekte

Anhang A: Überblick über den einmaligen Austausch von SALW-Informationen über Verfahren zur Kennzeichnung, Ausfuhrkontrolle, Lagerverwaltung und Vernichtung sowie über Vermittlungsgeschäfte, Musterformulare für Endnutzerbescheinigungen und den illegalen Transport auf dem Luftweg

Referenz (Absatz)	Für die betreffende Umsetzungsmaßnahme maßgebliche Textstelle	Aktueller Stand		
		Austausch bisher	Aktualisierung 2011	Aktualisierung 2012
Abschnitt II (D) 1 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, einen Informationsaustausch über ihre bei der Herstellung bzw. der Einfuhr von Kleinwaffen verwendeten innerstaatlichen Kennzeichnungssysteme durchzuführen.	54 Teilnehmerstaaten	16 Teilnehmerstaaten	13 Teilnehmerstaaten
Abschnitt II (D) 1 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, vorhandene Informationen über nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung von Kleinwaffen untereinander auszutauschen.	54 Teilnehmerstaaten	19 Teilnehmerstaaten	16 Teilnehmerstaaten
Abschnitt III (F) 2 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten werden vorhandene Informationen über einschlägige innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle internationaler Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen untereinander austauschen, damit durch einen derartigen Austausch das Bewusstsein für „Best Practice“ in diesen Bereichen gestärkt wird.	54 Teilnehmerstaaten	17 Teilnehmerstaaten	14 Teilnehmerstaaten

Referenz (Absatz)	Für die betreffende Umsetzungsmaßnahme maßgebliche Textstelle	Aktueller Stand		
		Austausch bisher	Aktualisierung 2011	Aktualisierung 2012
Abschnitt IV (E) 2 (seit 30. Juni 2002)	Die Teilnehmerstaaten werden Informationen allgemeiner Art über ihre innerstaatlichen Verfahren zur Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen austauschen. Das FSK wird die Frage der Erstellung eines Praxisleitfadens prüfen, dessen Zweck es sein soll, eine effiziente Verwaltung und Sicherung der Lager zu fördern.	54 Teilnehmerstaaten	17 Teilnehmerstaaten	16 Teilnehmerstaaten
Abschnitt IV (E) 3 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, Informationen über ihre Methoden und Verfahren zur Vernichtung von Kleinwaffen auszutauschen. Das FSK wird die Frage der Erstellung eines Praxisleitfadens für die Methoden und Verfahren zur Vernichtung von Kleinwaffen prüfen.	53 Teilnehmerstaaten	14 Teilnehmerstaaten	14 Teilnehmerstaaten
FSK-Beschluss Nr. 11/07 (bis 25. Januar 2008)	Das FSK ersucht die Teilnehmerstaaten, Informationen über ihre derzeit geltenden Vorschriften für Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen auszutauschen.	48 Teilnehmerstaaten	–	–
FSK-Beschluss Nr. 11/08 (bis 30. Juni 2009)	Das FSK beschließt, dass die Teilnehmerstaaten zur Aktualisierung des einmaligen Informationsaustauschs laut Abschnitt III Buchstabe F Absatz 2 des SALW-Dokuments der OSZE zusätzliche Informationen über nationale Praktiken übermitteln werden.	45 Teilnehmerstaaten	3 Teilnehmerstaaten	2 Teilnehmerstaaten

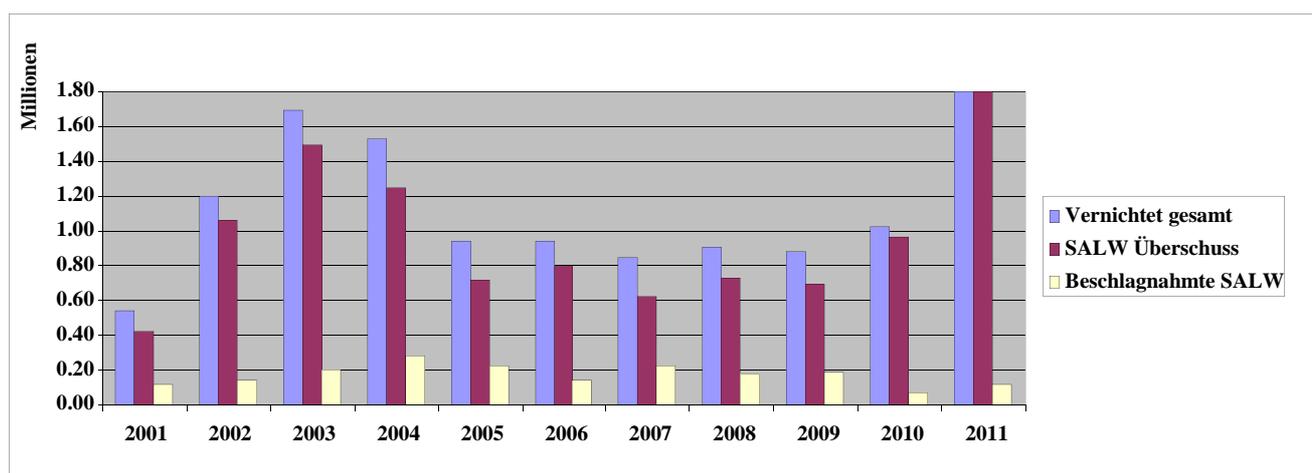
Referenz (Absatz)	Für die betreffende Umsetzungsmaßnahme maßgebliche Textstelle	Aktueller Stand		
		Austausch bisher	Aktualisierung 2011	Aktualisierung 2012
FSK-Beschluss Nr. 12/08 (bis 27. März 2009)	Das FSK ersucht die Teilnehmerstaaten, ein Musterformular ihrer nationalen Endnutzerbescheinigung bzw. anderer einschlägiger Dokumente zu übermitteln.	49 Teilnehmerstaaten	2 Teilnehmerstaaten	1 Teilnehmerstaat
FSK-Beschluss Nr. 17/10 (bis 30. Juni 2011)	Das FSK ersucht die Teilnehmerstaaten, Informationen über ihre derzeitigen Regelungen betreffend SALW-Vermittlungsgeschäfte auszutauschen.	entfällt	39 Teilnehmerstaaten	15 Teilnehmerstaaten

Anhang B: Überblick über den jährlichen Austausch von Informationen über die Ein- und Ausfuhr von SALW sowie überschüssige bzw. beschlagnahmte und vernichtete SALW

Referenz (Absatz)	Für die betreffende Umsetzungsmaßnahme maßgebliche Textstelle	Stand 2012	
		2011	2012
Abschnitt III (F) 1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, einen gegenseitigen Informationsaustausch über die im jeweils abgelaufenen Kalenderjahr durchgeführten Kleinwaffenausfuhren in andere Teilnehmerstaaten und Kleinwaffeneinfuhren aus diesen vorzunehmen. Sie vereinbaren ferner, Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung des Informationsaustauschs in Bezug auf den Transfer von Kleinwaffen zu prüfen.	44 Teilnehmerstaaten	40 Teilnehmerstaaten

Referenz (Absatz)	Für die betreffende Umsetzungsmaßnahme maßgebliche Textstelle	Stand 2012	
		2011	2012
Abschnitt IV (C) 1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, dass Kleinwaffen vorzugsweise durch Vernichtung zu beseitigen sind.	40 Teilnehmerstaaten	32 Teilnehmerstaaten
Abschnitt IV (E) 1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, verfügbare Informationen über Kategorie, Unterkategorie und Anzahl der auf ihrem Hoheitsgebiet im jeweils abgelaufenen Kalenderjahr für überschüssig erklärten bzw. beschlagnahmten und vernichteten Kleinwaffen zu übermitteln.		

Anhang C: Vernichtung von SALW im OSZE-Raum⁵



Anhang D: Von der OSZE im Zeitraum November 2011 bis November 2012 organisierte SALW-Tagungen, -Seminare und -Konferenzen

Regionaler Workshop über Zollverfahren und die Erteilung von Genehmigungen: Abstimmung der einzelstaatlichen Verfahren in Bezug auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck und konventionelle Waffen durch Informationsaustausch

Die OSZE veranstaltete von Oktober 2011 bis März 2012 eine Serie bestehend aus drei regionalen Workshops für Beamte der Genehmigungs- und Zollbehörden aus Ländern Südosteuropas und Zentralasien sowie der OSZE-Kooperationspartner im Mittelmeerraum, an dem mehr als 100 nationale Vertreter aus 27 Ländern teilnahmen. Zu den Workshops

5 Hinweis: Hat ein Teilnehmerstaat nicht zwischen überschüssigen und beschlagnahmten Waffen unterschieden, wurden diese in der Statistik als überschüssig ausgewiesen.

kamen auch Experten aus anderen internationalen Organisationen und aus der Welt der Wissenschaft. Während der jeweils dreitägigen Veranstaltungen tauschten die Genehmigungs- und Zollexperten Erfahrungen und Informationen aus, um die Risikobewertung und das Aufspüren im Hinblick auf die Verhinderung des unerlaubten Transfers regulierter Güter und von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck einschließlich SALW zu erleichtern. Die Schlussveranstaltung dieser Reihe regionaler Workshops fand vom 9. bis 11. Oktober 2012 in Kiew (Ukraine) für die Länder Ost- und Mitteleuropas und des Kaukasus statt.

Anhand der Ergebnisse der Beurteilung der Workshop-Serie und der Auswertung der Angaben der Teilnehmer planen die Abteilung FSK-Unterstützung und das Grenzteam Folgeveranstaltungen zu verwandten Themen in ähnlichem Rahmen, zum Beispiel integrierte Ausbildung für Warenerkennung bei militärischen Gütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck.

Sonstige Veranstaltungen

Vorträge zu SALW im Rahmen des Sicherheitsdialogs des FSK

Der FSK-Vorsitz lädt regelmäßig Gastredner ein, die im Forum Vorträge, unter anderem auch zu SALW-Fragen, halten. 2012 wurden folgende Vorträge zu Themen mit SALW-Bezug gehalten:

- Vortrag des Leiters des Sekretariats des Wassenaar-Arrangements, Botschafter Sune Danielsson, über Aktivitäten im Rahmen des Wassenaar-Arrangements
- Vorträge des Beigeordneten Verteidigungsministers von Bosnien und Herzegowina, Zoran Sajinović; des Direktors der Abteilung für Sicherheit und Zusammenarbeit der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, Brigadegeneral (a. D.) Victor von Wilcken; des Referenten für Rüstungskontrollumsetzung der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, Juri Padun; sowie der Nationalen Programmkoordinatorin des UNDP, Amna Berbić
- Vortrag über die Umsetzung des OSZE/UNDP-Entmilitarisierungsprogramms für Montenegro (MONDEM)
- Vorträge des Koordinators für die Entwicklung internationaler Kontrollnormen für Kleinwaffen (ISACS), Patrick McCarthy

Ausstellungen anlässlich des Seminars auf hoher Ebene zur Militärdoktrin und der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz

Am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz vom 26. bis 28. Juni 2012 stellte die Abteilung FSK-Unterstützung Fotos von SALW- und SCA-Hilfsprojekten des FSK aus. Die Ausstellung zeigte verschiedene Phasen der Projektbewertung und -umsetzung in den unterstützten Ländern, darunter Belarus, Georgien, Kasachstan, Montenegro, Tadschikistan und die Ukraine.

Anhang E: Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen und an gemeinsam organisierten Veranstaltungen

Die OSZE setzte ihre aktive externe Koordinierung und Zusammenarbeit mit anderen regionalen und internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft fort und nahm unter anderem auch an Veranstaltungen teil, die von anderen Akteuren organisiert wurden.

2012 setzten Vertreter des KVZ ihre Aktivitäten zur Förderung der Öffnung der OSZE fort und nahmen zu diesem Zweck an Veranstaltungen teil, die von anderen internationalen und regionalen Organisationen organisiert wurden. Im Folgenden sind die Seminare und Arbeitstagen angeführt, bei denen Vorträge gehalten wurden.

Teilnahme des FSK der OSZE an SALW-bezogenen Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen im Jahr 2012		
Datum	Titel	Ort
27. – 29. Februar 2012	Treffen mit dem UNDP und dem Verteidigungsministerium am 28. und 29. Februar 2012 in Minsk zum SALW-Projekt; Teilnahme an einer Arbeitssitzung zum illegalen Handel mit SALW auf dem Luftweg	Minsk (Belarus)
1. und 2. März 2012	SIPRI-Tagung über den illegalen Handel mit SALW auf dem Luftweg	Kiew (Ukraine)
20. und 21. März 2012	Arbeitstagen über Ausfuhrkontrollgesetze sowie über die Umsetzung des Schusswaffenprotokolls der Vereinten Nationen und von UNSCR 1540	Chişinău (Moldau)
11. und 12. April 2012	Seminar über Ausfuhrkontrolle für GUS-Länder	Moskau (Russische Föderation)
18. – 20. April 2012	UNIDIR-Regionalseminar über den Waffenhandelsvertrag	Belgrad (Serbien)
10. und 11. Mai 2012	Saferworld-Seminar: Vorbereitung auf den Waffenhandelsvertrag – Die wichtigsten Prioritäten und Herausforderungen für seine Umsetzung	London (Vereinigtes Königreich)
5. – 8. Juni 2012	5. Internationales Seminar über Ausfuhrkontrolle	Berlin (Deutschland)
27. August bis 7. September 2012	Zweite Konferenz zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten	New York (Vereinigte Staaten von Amerika)

Anhang F: Geber für SALW-Projekte

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von SALW-Projekten im Zeitraum 2005 bis 2012.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2005		
Finnland	100.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	Sachleistung (Entsendung des leitenden technischen Beraters)	Tadschikistan, Phase I (SALW und SCA)
Schweden	170.575	Tadschikistan, Phase I
Slowenien	40.000	Tadschikistan, Phase I
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs in physischer Sicherung und Lagerverwaltung)	Tadschikistan, Phase I
Vereinigte Staaten von Amerika	164.000	Tadschikistan, Phase I
2005 gesamt	504.575	
2006		
Belgien	50.000	Tadschikistan, Phase II
Belgien	55.331	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Finnland	100.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	Sachleistung (Entsendung des leitenden technischen Beraters)	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	60.000	Tadschikistan, Phase II (SALW und CA)
Schweden	100.000	Tadschikistan, Phase II
Schweden	524.846	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Spanien	100.000	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Vereinigtes Königreich	145.000	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs in physischer Sicherung und Lagerverwaltung)	Tadschikistan, Phase II
Vereinigte Staaten von Amerika	235.800	Tadschikistan, Phase II
2006 gesamt	1.370.977	
2007		
Norwegen	309.006	Belarus, Phase I
Norwegen	Entsendung des leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase II
Schweden (über UNDP)	200.000	Tadschikistan, Phase II
Spanien	150.000	Tadschikistan, Phase II
2007 gesamt	659.006	

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2008		
Dänemark	7.000	Tadschikistan, Phase II
Finnland	345.000	Tadschikistan, Phase II
Luxemburg	40.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase II
Österreich	30.000	Tadschikistan, Phase II
2008 gesamt	452.000	
2009		
Finnland	80.000	Belarus, Phase II
Frankreich	15.000	Belarus, Phase II
Griechenland	30.000	Belarus, Phase II
Norwegen	213.253	Belarus, Phase II
Spanien	100.000	Belarus, Phase I
2009 gesamt	438.253	
2010		
Vereinigtes Königreich	15.000	Kirgisistan, Ausbildung in physischer Sicherung und Lagerverwaltung sowie SALW-Vernichtung
Deutschland	50.000	Belarus, Phase II
2010 gesamt	65.000	
2011		
Frankreich	15.000	Belarus
Italien	10.000	Belarus
Vereinigte Staaten von Amerika	100.500	Kirgisistan, Ausbildung in physischer Sicherung und Lagerverwaltung sowie SALW-Vernichtung
2011 gesamt	125.500	
2012		
Europäische Union	260.478	Kirgisistan – PSSM
Europäische Union	27.800	Belarus – SALW-Vernichtung
Europäische Union	73.202	Kirgisistan – SALW-Vernichtung
2012 gesamt	361.480	
2005 – 2012 gesamt	3.976.791	

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER DIE LAUFENDE UMSETZUNG DES
OSZE-DOKUMENTS ÜBER LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION**

(MC.GAL/6/12 vom 27. November 2012)

Zusammenfassung

Seit 2003 gingen bei der OSZE 34 Ersuchen aus 17 Teilnehmerstaaten um Hilfeleistung hinsichtlich ihrer Lagerbestände an konventioneller Munition (SCA) ein. Konkret handelte es sich um acht Ersuchen um Unterstützung bei der Sicherung und dem Schutz von Munitionslagerbeständen, elf Ersuchen um Unterstützung bei der Vernichtung von Munition, zehn Ersuchen um Unterstützung bei der Entsorgung der Raketentreibstoffkomponente Mélange und fünf Ersuchen um Unterstützung bei der Entsorgung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel (UXO) und explosiver Kampfmittelrückstände (ERW).

Dieser Fortschrittsbericht enthält umfassende und sachbezogene Informationen über den aktuellen Stand der Umsetzung des SCA-Dokuments der OSZE im Zeitraum November 2011 bis November 2012. Der Bericht greift auch jene konkreten Bereiche heraus, in denen der dringendste Handlungs- bzw. Unterstützungsbedarf besteht. Im Berichtszeitraum waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

2012 war ein dynamisches Jahr. Die OSZE führte weiter Projekte aufgrund von Hilfeersuchen der Teilnehmerstaaten zum Thema konventionelle Munition (CA) durch. In diesem Jahr kam man bei der Durchführung vieler Projekte gut voran. Laufende Projekte in Albanien und Moldau wurden zum Teil abgeschlossen. In Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Serbien und Zypern wurden neue Projekte in Angriff genommen. Im Oktober 2012 ging bei der OSZE ein Ersuchen um Unterstützung bei der Entsorgung und Vernichtung überschüssiger Spezialraketreibstoffe der bulgarischen Armee ein. Dazu soll 2012/2013 ein Projekt ausgearbeitet und durchgeführt werden, sofern die dafür nötigen Mittel vorhanden sind.

Nach einem entsprechenden Hilfeersuchen Kirgisistans arbeitete das OSZE-Zentrum in Bischkek gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) ein SALW- und SCA-Projekt der OSZE für Kirgisistan aus.

Die OSZE befasste sich auch 2012 mit der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Projekte mit dem UNDP. Zusätzlich zu den beiden 2007 begonnenen gemeinsamen Projekten in Belarus und Montenegro wurden seit Jahresende 2011 drei neue gemeinsame Projekte in Georgien, Bosnien und Herzegowina und Serbien in Angriff genommen.

Im Sinne einer Empfehlung aus den Fortschrittsberichten des FSK-Vorsitzes an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats 2011 über die laufende Umsetzung des SALW- bzw. des SCA-Dokuments der OSZE (MC.GAL/4/11/Corr.2) wurde im Mai 2012 der Posten eines Beraters für Sicherheitskooperation für SALW- und SCA-Projekte auf dem westlichen Balkan eingerichtet.

Das Zentrum in Bischkek veranstaltete im November 2011 gemeinsam mit dem Internationalen Treuhandfonds und dem OSZE-Büro in Tadschikistan eine Regional-konferenz zum Thema „Verringerung der Explosionsgefahr in Zentralasien und richtiges Verhalten“ in Bischkek. Das OSZE-Büro in Tadschikistan organisierte seinerseits im November 2012 eine Veranstaltung über „Technische Zusammenarbeit zur Verringerung der Explosionsgefahr in Zentralasien und richtiges Verhalten“.

Im April 2012 absolvierten Angehörige der turkmenischen Streitkräfte erfolgreich von der OSZE unterstützte Ausbildungsseminare in Aschgabat über die physische Sicherung und die Verwaltung von SALW- und CA-Lagerbeständen. In Kirgisistan führte das OSZE-Zentrum in Bischkek zwischen 27. Februar und 16. März 2012 mit Unterstützung des kirgisischen Verteidigungsministeriums und in Zusammenarbeit mit der *Defense Threat Reduction Agency* (DTRA) der Vereinigten Staaten eine dreiwöchige Ausbildung in der physischen Sicherung und der Verwaltung von Lagerbeständen durch.

2012 war im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Zunahme der von Gebern für SCA-Projekte bereitgestellten Mittel zu verzeichnen. Im Berichtszeitraum sagten die Teilnehmerstaaten für SCA-Projekte 1.889.804 EUR zu. Für die *Mélange*-Projekte in der Ukraine und in Kasachstan wurden 3.002.000 EUR bereitgestellt. Darüber hinaus stellten die Vereinigten Staaten von Amerika den für den Abschluss des *Mélange*-Projekts in der Ukraine 2013 erforderlichen vollen Betrag in Höhe von über 10 Millionen EUR zur Verfügung. Der Bericht spricht zwar von einem insgesamt erfolgreichen Berichtsjahr, unterstreicht aber auch den Bedarf an weiteren Geldmitteln. Projekte zur Unbrauchbarmachung oder zur sicheren Lagerung von Munition und Waffen gehören zu den konkretesten und sichtbarsten Erfolgen der Arbeit der OSZE. SCA-Projekte sind von großem Wert in der Öffentlichkeitsarbeit und für die Organisation daher sehr wichtig. In der OSZE stehen einige wichtige Projekte an, die dringend finanziert werden müssen. Die Teilnehmerstaaten werden daher ersucht, Beiträge zu diesen Projekten ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

1. Einleitung

Auf dem Achtzehnten Ministerratstreffen in Wilna wurde das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK) ersucht, über seinen Vorsitz dem Neunzehnten Treffen des Ministerrats einen Fortschrittsbericht über die laufende Umsetzung des SCA-Dokuments der OSZE vorzulegen (MC.DEC/6/11/Corr.1). Im vorliegenden Bericht werden die laufenden Bemühungen in Bezug auf Probleme mit Munitionslagerbeständen beschrieben. Der Bericht enthält Schlussfolgerungen und schlägt Schwerpunktbereiche vor.¹

Man ist sich darüber im Klaren, dass überschüssige SCA-Lagerbestände, darunter auch die Raketentreibstoffkomponente *Mélange*, die Sicherheit und Stabilität von Ländern und Regionen beeinträchtigen. Seit 1995 wurden weltweit mindestens 376 Fälle von ungeplanten Explosionen in Munitionslagern bekannt.² Allein 2011/2012 kam es in mindestens zwölf Teilnehmerstaaten zu ungeplanten Munitionsexplosionen, bei denen im

1 Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 21. November 2012.

2 Quelle: „Unplanned Explosions at Munitions Sites“. Genf: Small Arms Survey, am 19. Oktober 2012 auf die Seite <http://www.smallarmssurvey.org/weapons-and-markets/stockpiles/unplanned-explosions-at-munitions-sites.html#c5998> gestellt.

OSZE-Raum Menschen ums Leben kamen oder verletzt wurden. Das unterstreicht die dringende Notwendigkeit, zum Thema SCA-Lagerbestände verstärkt zusammenzuarbeiten. Die OSZE hat eine solide Grundlage für den Umgang mit Problemen von Lagerbeständen konventioneller Munition entwickelt, deren Lagerbedingungen nicht den Mindestsicherheitsstandards entsprechen. Derzeit ist das Forum mit Ersuchen zu dieser Frage aus zehn Ländern befasst.

Mangels einer Rechtspersönlichkeit der OSZE muss bei der Durchführung dieser Projekte ganz besonders auf die erhöhten Risiken und möglichen Haftungsfragen geachtet werden. Es ist jedoch keine Option, nichts zu tun, denn das könnte Menschenleben kosten, schwere Schäden an der sozioökonomischen Infrastruktur verursachen und möglicherweise zu einer Umweltkatastrophe führen. Daher erachtet das Forum Präventivmaßnahmen wie die Unbrauchbarmachung von Munition und die Verbesserung der Lagereinrichtungen als die insgesamt vernünftigeren und weniger kostspielige Lösung.

2012 setzte die OSZE ihre praktische Hilfe für die Teilnehmerstaaten fort. Wie in dem Bericht ausgeführt, konnte die OSZE den Ersuchen von Teilnehmerstaaten nachkommen und sie bei der Beseitigung der Gefahr und beim Aufbau bzw. der Stärkung ihrer nationalen Kapazitäten unterstützen, indem sie ihnen Fachwissen zur Verfügung stellte, technische und finanzielle Ressourcen aufbot und, teils in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, Projekte durchführte.

2. Zielsetzung

Dieser Bericht soll über den neuesten Stand der Umsetzung der von allen Teilnehmerstaaten im SCA-Dokument vereinbarten allgemeinen Grundsätze für konventionelle Munition informieren. Er beschreibt auch, wie die aufgrund von Hilfeersuchen von Teilnehmerstaaten durchgeführten SCA-Projekte vorankamen. Der Bericht behandelt den Zeitraum November 2011 bis November 2012.

Der Bericht soll vor allem einen Überblick über den Stand der Projekte und die Praxisleitfäden bieten und auf Probleme aufmerksam machen, die in naher Zukunft die erfolgreiche Umsetzung der im Rahmen des SCA-Dokuments durchgeführten OSZE-Projekte gefährden könnten.

3. Nationale Maßnahmen

3.1 Nationale Maßnahmen in Bezug auf CA-Lagerbestände

Das SCA-Dokument der OSZE definiert Bereiche, in denen alle Teilnehmerstaaten ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Dazu zählen die Verwaltung und Sicherung nationaler CA-Lagerbestände, die Verwaltung von Sprengstoffen und Zündmitteln und die Ermittlung und Reduzierung von Überschüssen.

4. Hilfestellung durch die OSZE gemäß dem SCA-Dokument

Seit 2003 gingen bei der OSZE 34 Ersuchen um Hilfestellung im SCA-Bereich aus 17 Teilnehmerstaaten ein. Konkret handelte es sich um acht Ersuchen um Hilfestellung bei der Sicherung und dem Schutz von Munitionslagerbeständen, elf Ersuchen um Hilfe bei der Vernichtung von Munition, zehn Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung der Raketentreibstoffkomponente Mélange und fünf Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel (UXO) und explosiver Kampfmittelrückstände (ERW).

In Beantwortung der Hilfeersuchen von Teilnehmerstaaten setzte die OSZE 2012 die Durchführung von SCA-Projekten fort. Bei vielen Projekten lag der Schwerpunkt der Aktivitäten in diesem Jahr auf der Durchführungsphase.

4.1 Ersuchen um Hilfestellung bei der Vernichtung und Verwaltung von SCA-Lagerbeständen sowie bei deren Sicherung³

4.1.1 Ersuchen in der Beurteilungs- bzw. Projektentwicklungsphase

Nach dem Ersuchen Kirgisistans um Hilfestellung sowie nach den 2008 und 2011 durchgeführten Beurteilungsbesuchen schloss das OSZE-Zentrum in Bischkek gemeinsam mit dem KVZ vor Kurzem die Ausarbeitung des SALW- und SCA-Programms der OSZE für Kirgisistan ab. Das Programm umfasst:

- Ausbildung in der physischen Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen
- bauliche Ergänzung bzw. Sanierung von drei SALW- und CA-Lagerstätten (Buschum, Gulcha und Koi-Tasch)
- Vernichtung von überschüssigen oder unbrauchbaren SALW, einschließlich MANPADS, sowie von überschüssiger oder unbrauchbarer Munition

Ende 2011 begann das Zentrum in Bischkek mit Aktivitäten zu diesem Projekt, das mit einem Gesamtbudget in Höhe von 1.160.564 EUR ausgestattet ist. Der einzige Geber, die Regierung der Vereinigten Staaten, hat für die SCA-Komponente des Projekts bisher 376.612 EUR bereitgestellt. In den Lagereinrichtungen Buschum, Gulcha und Koi-Tasch befindet sich ein Drittel sämtlicher Bestände des Verteidigungsministeriums. Das Projekt wurde inzwischen bis 31. Dezember 2014 verlängert.

Im August 2012 wurden die Mitglieder des Teams rekrutiert, das das aus außerbudgetären Mitteln finanzierte Projekt auf Schiene bringen und durchführen soll. Im September 2012 begab sich das Projektteam zu Kurzbesuchen an alle drei Standorte, um sich ein genaueres Bild von der Situation vor Ort und vom Zustand der vorhandenen Bestände zu machen und Verbindung zu den Kommandanten der Militärstützpunkte des Verteidigungsministeriums und den Verantwortlichen für die Lagerhäuser an den betreffenden Standorten aufzunehmen.

Gleichzeitig erstellte das Projektteam gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium den technischen Anforderungskatalog für die Projektarbeiten im Einklang mit den inner-

3 Nähere Informationen zu den Finanzierungsquellen finden sich in Anhang B.

staatlichen Vorschriften, internationalen Normen und bewährten Praktiken der OSZE für SALW und SCA. Dem Ersuchen des Verteidigungsministeriums entsprechend wurde vereinbart, in Buschum mit der Arbeit zu beginnen. Da die finanzielle Ausstattung des Projekts noch nicht ausreicht, um sämtliche Arbeiten an allen drei Standorten durchzuführen, wurde beschlossen, mit den von den Vereinigten Staaten zugesagten Mitteln die Arbeiten in Buschum (Provinz Batken) fertigzustellen. Die Bauarbeiten am Standort Buschum werden voraussichtlich Ende April/Anfang Mai 2013 beginnen.

4.1.2 Zusammenarbeit innerhalb der OSZE

Im Mai 2012 wurde entsprechend einer Empfehlung aus den Fortschrittsberichten des FSK-Vorsitzes über die laufende Umsetzung des SALW- bzw. des SCA-Dokuments an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats 2011 der Posten eines Beraters für Sicherheitskooperation betreffend SALW- und SCA-Projekte auf dem Westbalkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien) geschaffen.⁴

Unter Beachtung der Grundsätze der Kosteneffektivität, der Effizienz und des ergebnisorientierten Managements und unter Berücksichtigung der auf dem Westbalkan bereits vorhandenen OSZE-Kapazitäten wurde der Berater für Sicherheitskooperation der OSZE-Mission in Serbien zugeteilt. Er wird über das KVZ dem FSK über Fragen der Umsetzung der Verpflichtungen und Projekte betreffend SALW und SCA berichten.

Seit Mai 2012 kam der Berater für Sicherheitskooperation betreffend SALW- und SCA-Projekte seinem Auftrag durch folgende Aktivitäten nach: (1) Er leistete Beiträge zum EXPLODE-Programm für Bosnien und Herzegowina und übernahm die Funktion des Projektmanagers für den Teil des gemeinsamen OSZE/UNDP-Projekts, das sich mit der Verwaltung von SALW- und CA-Lagerbeständen befasst. (2) Er sorgte in Zusammenarbeit mit der Südost- und osteuropäischen Clearingstelle für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) für die Qualitätssicherung der 2012 durchgeführten ersten Verbesserungen der Schutz- und Sicherungsvorkehrungen. (3) Er unterstützte den Start des Projekts zur Entsorgung von Napalmpulver in Serbien (die Komponente eines umfangreichen Programms zur Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition (CASM) mit der höchsten Priorität).

In Zentralasien veranstaltete das Zentrum in Bischkek am 22. und 23. November 2011 gemeinsam mit dem Internationalen Treuhandfonds und dem OSZE-Büro in Tadschikistan eine Regionalkonferenz in Bischkek über die Reduzierung der Explosionsgefahr in Zentralasien und richtiges Verhalten. Die Konferenz bot eine regionale Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch über die mit Explosionsrisiken verbundenen Herausforderungen. Die Teilnehmer diskutierten die Chancen und Modalitäten eines regionalen Ansatzes zur Verhütung der möglichen Risiken und Bedrohungen durch Explosionsgefahr. Sie besprachen bewährte nationale und internationale Methoden und Beispiele aus nationalen/regionalen Programmen zur Reduzierung von Explosionsgefahr und richtiges Verhalten.

Am 21. und 22. November 2012 wurde in Astana (Republik Kasachstan) die Regionalkonferenz über „Risikominderung von Explosionsgefahr und richtiges Verhalten“

4 Fortschrittsbericht des FSK-Vorsitzes über die laufende Umsetzung des SCA-Dokuments der OSZE an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats (MC.GAL/4/11/Corr.2).

abgehalten. Veranstalter waren das OSZE-Büro in Tadschikistan, *ITF Enhancing Human Security*, das OSZE-Zentrum in Astana und das kasachische Verteidigungsministerium. Sie gab Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Techniken zur Verringerung der Explosionsgefahr und über richtiges Verhalten. Es gab Arbeitssitzungen über nationale Kapazitäten, die Ermittlung von Bereichen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Initiativen und die Förderung der technischen Zusammenarbeit zwischen interessierten Staaten und anderen Akteuren.

4.1.3 Projekte in der Durchführungsphase

Im Februar 2012 begann mit der Fertigstellung des Rahmendokuments für das Programm zum Ausbau der Kapazitäten für die Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition in der Republik Serbien das gemeinsame Programm des Verteidigungsministeriums, der OSZE und des UNDP.⁵ Das Projekt, ein Teil der ersten Komponente des CASM-Programms zur Entsorgung von Napalmpulver und mit weißem Phosphor gefüllter Munition wurde bis Ende des Frühjahrs 2012 von allen beteiligten Akteuren ausgearbeitet und vereinbart. Es ist geplant, das Napalmpulver und die mit weißem Phosphor gefüllte Munition in getrennten Phasen zu behandeln. Nach einer internationalen Ausschreibung sollen in Serbien bis Ende 2012 110 Tonnen Napalmpulver beseitigt werden. Zu Jahresende soll auch mit der Vorbereitung der nächsten internationalen Ausschreibung für die Entsorgung der mit weißem Phosphor gefüllten Munition begonnen werden.

Das gemeinsame Projekt der montenegrinischen Regierung, der OSZE und des UNDP zum Ausbau von Kapazitäten für die Unbrauchbarmachung und sichere Lagerung von SALW (CA) in Montenegro mit der Bezeichnung MONDEM trug weiter zur Sicherheit in Montenegro bei.⁶ Die zweite Phase der MONDEM-Komponente zur Unbrauchbarmachung von Munition wurde im November 2012 abgeschlossen, nachdem über 700 Tonnen instabiler und überschüssiger Munition zerstört worden waren.

Die MONDEM-Partner sind entschlossen, auch die beiden noch nicht erledigten Vorhaben im Rahmen des MONDEM-Programms – die Zerstörung der verbliebenen instabilen und überschüssigen Munition und die Aufrüstung von Brezovik – zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.⁷ Die Koordination und die Synergie zwischen diesen beiden Vorhaben sind wesentliche Voraussetzungen für die bessere Sicherung der Bestände insgesamt, indem die instabile und überschüssige Munition aus den Lagern entfernt und

5 Im Juni 2011 ersuchte Serbien die OSZE um Unterstützung bei der Vernichtung überschüssiger Munition und bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Munitionslagerbeständen. Vom 11. bis 14. September 2011 führten OSZE und UNDP Serbien gemeinsam einen Beurteilungsbesuch durch.

6 Dank MONDEM wurde bisher Folgendes erreicht: die Zerlegung und Verschrottung von rund 3.500 Tonnen T-55-Panzern und verschiedenen Stücken von schwerer Artillerie, die sichere und umweltschonende Entsorgung von über 100.000 Litern des Oxydationsmittels Mélange und anderer toxischer Substanzen, die Aufrüstung der Infrastruktur und des Perimeterschutzes des Munitionsdepots Taras entsprechend den international anerkannten Normen für die sichere Verwaltung von Lagerbeständen und sichere und effiziente Vernichtung von 480 Tonnen instabiler und überschüssiger Munition in Phase I des Projekts zur Unbrauchbarmachung von Munition. Das Programm wird unter der Federführung des UNDP durchgeführt.

7 Der Konstruktionsentwurf und die Aufstellung der Projektarbeiten für die Aufrüstung der Infrastruktur und des Perimeterschutzes für das größte militärische Munitionsdepot in Montenegro, in dem sich der Großteil der Lagerbestände befindet, nämlich Bezovik, wurden Gebern im November 2011 vorgelegt. Am 30. Oktober 2012 wurden aktualisierte Pläne präsentiert.

vernichtet wird. Wenn diese beiden Vorhaben verwirklicht sind, werden die durch die derzeit in Montenegro vorhandenen Bestände bestehenden Sicherheitsrisiken in naher Zukunft dank der weiteren Unterstützung von Gebern, unter anderem für das MONDEM-Programm, weitgehend beseitigt sein.

Das 2009 begonnene SALW- und SCA-Programm der OSZE in Moldau setzt sich aus acht Hauptprojekten zusammen. Was die Vernichtung von Waffensystemen anbelangt, sind drei Projekte nahezu abgeschlossen: die Vernichtung von 78 Streubomben, 48 Boden-Luft-Raketen und 105 250-kg-Fliegerbomben.

Die 2010 in Angriff genommene endgültige Entsorgung der Boden-Luft-Raketen wurde durch die Beseitigung der in einigen Raketen enthaltenen Rückstände von Samin und Mélange im Frühjahr 2012 möglich gemacht.

Die Vernichtung der restlichen 19 Boden-Luft-Raketen, die seit 1992 in Georgien lagern, ist derzeit Gegenstand von Gesprächen mit den Projektpartnern der OSZE in Georgien.

Die Kapazitäten und die Fachkompetenz des moldauischen Verteidigungsministeriums für die Entsorgung verschiedener Munitionstypen wurden durch diese wichtigen Projekte spürbar erhöht.

Das Projekt zur Sanierung von SALW- und Munitionslagerstätten in Florești, Cahul, Bălți und Chișinău ist abgeschlossen. Zusätzlich wird derzeit im Depot Florești eine Alarmanlage zur Einbruchssicherung installiert.

Nachdem diese Verbesserungen durchgeführt wurden, arbeitet die OSZE gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium an der Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Systeme für die Verwaltung von SALW und SCA im Einklang mit den Standards der bewährten Praktiken der OSZE, um die Grundlagen für eine nachhaltige Ausbildung von Munitionsspezialisten zu schaffen.

Über den Erfolgen mit den genannten Projekten darf nicht vergessen werden, dass die Durchführung des größten Projekts des Programms noch aussteht. Der Bedarf an der Errichtung eines neuen Munitionsdepots steht fest. Dieses neue Depot sollte in jeder Hinsicht den internationalen Sicherheitsnormen entsprechen. Bei einem ersten Beurteilungsbesuch durch einen französischen Experten wurde das moldauische Verteidigungsministerium darüber informiert, dass der Betrieb am Standort Bulboaca nicht den Sicherheitsvorschriften für derartige Depots entspricht. Es musste ein anderer Standort ausgewählt werden. Bei einem weiteren Beurteilungsbesuch stellte der französische Experte fest, dass dafür der Militärstützpunkt Danceni infrage kommt. Außerdem muss für das Depot ein neuer Konstruktionsentwurf erstellt werden, wenn es den Erfordernissen der internationalen Normen entsprechen soll. Ein neues Projekt, in dem diese Änderungen berücksichtigt werden, wird Mitte 2013 vorliegen.

Im März 2011 richtete Bosnien und Herzegowina an die OSZE ein Ersuchen um Hilfe bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung der Lagerstätten des Verteidigungsministeriums, in denen dessen SCA (fünf Stätten) und SALW (zwei Stätten) untergebracht sind. Bei ihrer Beurteilung 2011 bestätigte die OSZE den Bedarf an Unterstützung bei der Verbesserung der Sicherheit und Verwaltung der SALW- und CA-Lagerstätten.

Konkret wurde die Sanierung der SALW-Lagerstätten in Teufik Buza und Rabic empfohlen, deren Sicherung und Schutz verbessert und in Einklang mit dem OSZE-Handbuch „Praxisleitfäden für Kleinwaffen und leichte Waffen“ gebracht werden müssen, sowie die Sanierung der CA-Lagerstätten in Kula 1 und Krupa, die an den OSZE-Praxisleitfäden für Verfahren zur Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition anzupassen seien.

Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die OSZE in Bosnien und Herzegowina auf die Unterstützung der jeweils zuständigen Institutionen und Vertreter Bosniens und Herzegowinas bei der Beurteilung, Organisation, Planung und Mittelbeschaffung für die Erhöhung der Sicherheit und des Schutzes künftiger Munitions- und Waffenlagerstätten des Landes. Dazu legten die OSZE und das UNDP der EU-Delegation in Bosnien und Herzegowina am 1. Juni 2012 einen gemeinsamen Projektvorschlag (für die EU EXPLODE-Projekt genannt) zur Prüfung zwecks Finanzierung durch ihr Stabilisierungsinstrument (IfS) vor. Das Programm ist in drei Komponenten untergliedert:

- Komponente I – Vernichtung und Unbrauchbarmachung von Munition
- Komponente II – Entwicklung von Kapazitäten für Munitionskontrolle
- Komponente III – Verwaltung von Lagerbeständen

Die Federführung für die Komponenten I und II des Projekts wird das UNDP-Länderbüro in Bosnien und Herzegowina übernehmen, während die Komponente III gemeinsam von UNDP und OSZE durchgeführt werden soll. Das EXPLODE-Projekt wird sich aufgrund einer EU/IfS-Vorschrift ausschließlich auf die Aktivitäten zur Verringerung der Gefahr einer unbeabsichtigten Explosion durch verbesserte „Sicherheit“ der künftigen Munitions-/Waffenlagerstätten in Bosnien und Herzegowina erstrecken.

Gleichzeitig hat die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina in Ergänzung zum EXPLODE-Projekt ein Projekt ausgearbeitet, das die Aspekte des „Sicherheit“ abdeckt und Aktivitäten zur Verbesserung der Infrastruktur in den Munitions-/Waffenlagern zur Verhinderung möglicher Diebstähle und der illegalen Verbreitung der gelagerten Waffen und Munition vorsieht.

Dieses Vorhaben, das in voller Übereinstimmung mit den OSZE-Praxisleitfäden für SALW bzw. SCA steht, wird nicht nur die künftigen Munitions- und Waffenlagerstätten in Bosnien und Herzegowina verbessern, sondern auch zur Einführung einschlägiger nationaler Normen für die physische Sicherung und die Verwaltung von Lagerbeständen (PSSM) beitragen und somit das Land in die Lage versetzen, seine SALW- und CA-Lagerbestände auf lange Sicht effizient zu verwalten.

Nach der Schließung der OSZE-Mission in Georgien im Jahr 2009 führten das OSZE-Sekretariat, UNDP Georgien und das georgische Verteidigungsministerium 2010 eine Reihe technischer Beurteilungen mit dem Ziel durch, die Entmilitarisierungsaktivitäten in Georgien wieder aufzunehmen. Das Ergebnis war die Entwicklung eines gemeinsamen Programms von OSZE und UNDP zur Unbrauchbarmachung von Munition und zur Verbesserung der Sicherheit für die Bevölkerung. Das vor Kurzem gestartete Pilotprojekt des

Programms sieht die Vernichtung der Lagerbestände Georgiens an Flugzeug-Streubomben – 1085 RBK-250 und RBK-500 – innerhalb von weniger als zwei Jahren vor.

Im Berichtszeitraum wurden die Rahmenbedingungen für die Durchführung des Projekts zur gefahrlosen, umweltverträglichen und kosteneffektiven Vernichtung der vorgesehenen Menge an Flugzeug-Streubomben festgelegt (es wurde eine Vereinbarung über die Aufteilung der Kosten zwischen OSZE und UNDP unterzeichnet). Die Vernichtung geht planmäßig und im geschätzten Kostenrahmen vor sich. Bisher wurden mehr als 60 Prozent der Streubomben abtransportiert und auf dem Sprengplatz Vaziani vernichtet.

Seit 2008 arbeitet die OSZE-Präsenz in Albanien mit dem Verteidigungsministerium an der Umsetzung von dessen Aktionsplan zur Unbrauchbarmachung von Munition. Mit den Beiträgen verschiedener Geber konnte die OSZE 11 Bandsägen und einen Dampfgenerator für die Militärbetriebe (zur Vernichtung überschüssiger CA) zur Verfügung stellen und zur Vernichtung von 60 Tonnen des Raketentreibstoffs Mélange und 120 Tonnen Ethylen-dichlorid beitragen. 2012 verblieben rund 80 Tonnen zur Entsorgung anstehender gefährlicher Chemikalien in den militärischen Anlagen.

Dazu hat das Verteidigungsministerium um Unterstützung durch die Präsenz ersucht. Im Hinblick darauf wurde ein einjähriges, aus außerbudgetären Mitteln zu finanzierendes Projekt mit einem Finanzierungsbedarf von 232.785 EUR erstellt, für das zwei Teilnehmerstaaten (die Tschechische Republik und die Türkei) bereits einen Teil des benötigten Betrags zur Verfügung gestellt haben. Es wurde eine Vereinbarung zwischen der Präsenz und dem Verteidigungsministerium unterzeichnet, und es soll so bald wie möglich mit der ersten Phase des Projekts begonnen werden. Gleichzeitig (2012) hat das Verteidigungsministerium die Präsenz um Hilfe bei der Beschaffung einiger Ausrüstungsgüter zur Vernichtung von Munition ersucht. Ein Teilnehmerstaat (Deutschland) hat sich bereiterklärt, Mittel für den Ankauf weiterer Bandsägeblätter bereitzustellen. Damit kann das Verteidigungsministerium seinen Aktionsplan zur Unbrauchbarmachung von Munition (es stehen noch rund 20.000 Tonnen zur Vernichtung an) fristgerecht abschließen.

Im November 2011 ersuchte die Republik Zypern um technische Unterstützung bei der Vernichtung abgelaufener und veralteter CA. Die OSZE-Teilnehmerstaaten reagierten prompt auf dieses Ersuchen und konnten bereits am 20. und 21. Dezember 2011 ein Beurteilungsteam zur Begutachtung der betreffenden Lagereinrichtungen nach Zypern entsenden. Der Beurteilungsbericht wurde dem FSK am 1. Februar 2012 vorgelegt. Die Erkenntnisse und Empfehlungen des Beurteilungsteams wurden von Zypern bei der Vernichtung von 40-mm-Bofors-Munition durch offene Sprengung berücksichtigt.

Ein anderes OSZE-Team bestehend aus einem OSZE-Experten sowie Experten aus Bulgarien, Serbien und den Vereinigten Staaten war vom 7. bis 25. Mai 2012 an der praktischen Zerstörung der erwähnten Bofors-Munition beteiligt. Der OSZE-Experte half außerdem bei der Festlegung der für Genehmigungen geltenden Explosionsgrenzen. Am 15. Juni 2012 wurde die letzte Bofors-Munition vernichtet.

4.2 Ersuchen um Unterstützung bei der Beseitigung flüssiger Raketentreibstoffkomponenten (Mélange und Samin) sowie gefährlicher militärischer Chemikalien

Das Mélange-Projekt in der Ukraine hat sich zum größten außerbudgetären Projekt entwickelt, das die OSZE je durchgeführt hat. Dieses Projekt hat insofern erhebliche positive Auswirkungen auf die Umwelt, als dadurch die Kontaminations- und Unfallrisiken beseitigt werden, die von den unter sich zunehmend verschlechternden Bedingungen gelagerten gefährlichen Chemikalien ausgehen. Darüber hinaus hat es langfristige positive sozio-ökonomische Auswirkungen auf lokaler Ebene, da die militärischen Standorte mit ihrer Infrastruktur und ihren wirtschaftlich nutzbaren Objekten nach der Mélange-Beseitigung geschlossen und nach einer Sanierung der Umweltschäden für zivile Verwendungszwecke neu erschlossen werden.

Am 31. Mai 2012 brachte das OSZE-Sekretariat mit Unterstützung des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine die Phasen III-A und III-B zur Gänze und Phase III-C zum Teil erfolgreich zum Abschluss. Seit Beginn des Projekts im November 2009 konnte die OSZE insgesamt 9000 Tonnen Mélange aus fünf Lagerstätten in der West- und Zentralukraine sowie aus Teilen der Ostukraine entfernen und diese toxische Gefährdung somit in der gesamten West- und Zentralukraine beseitigen, wo die Menschen nun wieder gefahrlos leben können. Die gefährliche Substanz wurde in zwei Chemiewerke in der Russischen Föderation gebracht, die über umfangreiche Erfahrung in der Mélange-Entsorgung verfügen. Dort wurde die gesamte Mélange auf sichere Art und Weise zu Salpetersäure verarbeitet und in der Folge in der Herstellung chemischer Stoffe für zivile Zwecke wie Treibstoffzusätze und industrielle Sprengstoffe eingesetzt.

Von November 2011 bis März 2012 musste das Projekt wegen fehlender Finanzierung ausgesetzt werden. Im Zeitraum März bis Mai 2012 war die OSZE dank der finanziellen Unterstützung durch den Kongress der Vereinigten Staaten aus dem Fonds der Vereinigten Staaten für Nichtverbreitung und Abrüstung in der Lage, noch vor der UEFA-Fußballweltmeisterschaft im Juni 2012 weitere 2000 Tonnen Mélange aus den gefährlichsten Lagertanks in Schewtschenkowe (Charkiw) zu entfernen. Derzeit befinden sich noch rund 7000 Tonnen Mélange in zwei Lagerstätten in Schewtschenkowe und Ljubaschiwka (Odessa). Die Vereinigten Staaten von Amerika stellten außerdem die für den Abschluss des Mélange-Projekts in der Ukraine 2013 erforderlichen Mittel in Höhe von über 10 Millionen EUR zur Verfügung.

Die gesamte in Kasachstan zu entsorgende Menge an Mélange wurde vom kasachischen Verteidigungsministerium und der OSZE auf 410 Tonnen geschätzt. 2012 bestätigte Kasachstan außerdem seinen finanziellen und technischen Beitrag zur Beseitigung von Mélange, das von demselben Unternehmen in der Russischen Föderation entsorgt werden soll. Das Projekt wird vom OSZE-Zentrum in Astana mit Unterstützung des OSZE-Sekretariats durchgeführt.

Am 10. Oktober 2012 ersuchte die Republik Bulgarien auf der 694. Sitzung des FSK um OSZE-Unterstützung bei der Entsorgung und Vernichtung überschüssiger Spezialraketen-treibstoffe der bulgarischen Armee, namentlich Mélange AK-20K, Samin TG-02 und Produkt TM-185. Das Projekt soll 2012/2013 ausgearbeitet und durchgeführt werden, sofern die erforderliche Finanzierung sichergestellt werden kann.

4.3 Ausbildung

Im April 2012 absolvierten 38 Angehörige der Streitkräfte Turkmenistans erfolgreich die von der OSZE unterstützten Kurse in Aschgabat für physische Sicherung und Verwaltung von SALW- und CA-Beständen. Die vom OSZE-Zentrum in Aschgabat in enger Zusammenarbeit mit der DTRA der Vereinigten Staaten organisierten zweiwöchigen Kurse waren den internationalen Standards und bewährten Praktiken für die Sicherung und Verwaltung von Waffen- und Munitionslagern gewidmet.

Kursleiter waren internationalen Experten aus Deutschland, Kanada, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, die gemeinsam die Multinationale Kleinwaffen- und Munitionsgruppe (MSAG) bilden. Die an den Seminaren teilnehmenden Leiter und Verwalter von Munitionslagern des turkmenischen Verteidigungsministeriums erörterten die von der SALW-Verbreitung ausgehenden Bedrohungen, Risikomanagement, Notfallplanung und -vorsorge, Fragen des illegalen Waffenhandels und der Grenzsicherung sowie Mechanismen betreffend die Lagerung, Verträglichkeit, Überwachung und den Transport von Munition und das Management der inneren und äußeren Sicherheitsvorkehrungen in Munitionsdepots.

In Kirgisistan veranstaltete das OSZE-Zentrum in Bischkek mit Unterstützung des kirgisischen Verteidigungsministeriums und in Zusammenarbeit mit der DTRA der Vereinigten Staaten vom 27. Februar bis 16. März 2012 eine dreiwöchige PSSM-Ausbildung in Koi-Tasch, Bischkek und Osch. Ausbilder der DTRA und aus Schweden unterrichteten die Teilnehmer in Theorie und Praxis unter anderem in internationalen bewährten Praktiken zur Sicherung von Munitionsbeständen, zur Lagerung und Verträglichkeit von Munitionstypen, in Risikomanagement sowie in Fragen des Transports und der Entsorgung von Munition.

4.4 Geber

Eine Liste mit allen Gebern für SCA-Projekte der OSZE, einschließlich *Mélange*, findet sich in Anhang D. 2012 leisteten folgende Teilnehmerstaaten (einschließlich nationaler Agenturen) Beiträge zu den genannten Projekten: Dänemark, Deutschland, Irland (*Irish Aid*), Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Schweden (SIDA), die Schweiz, Spanien, die Tschechische Republik, die Türkei, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika.

5. Zusammenarbeit und Informationsaustausch

5.1 Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Im Einklang mit dem SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das regionale Organisationen zur Zusammenarbeit sowie zum Aufbau und zur Stärkung von Partnerschaften ermutigt, um die Ressourcen zur Bekämpfung unerlaubter SALW gemeinsam zu nutzen, widmete sich die OSZE weiter der Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Projekte mit dem UNDP. Zusätzlich zu den beiden 2007 gestarteten gemeinsamen Projekten in Belarus und Montenegro wurden seit Ende 2011 drei neue Projekte in Georgien, Bosnien und Herzegowina und Serbien initiiert.

Von 2009 bis 2011 beteiligte sich das OSZE-Sekretariat an der in den Vereinten Nationen laufenden Arbeit an technischen Leitlinien für die Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Waffen und Munition, durch die die UN-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung eines adäquaten Lagerverwaltungssystems unterstützt werden sollen. Diese 2012 fertiggestellten technischen Leitlinien⁸ geben den UN-Mitgliedstaaten nun die Möglichkeit, nach und nach eine Reihe von immer umfassenderen Lagerverwaltungssystemen einzuführen, und sind gleichzeitig ein nützliches Hilfsmittel für diejenigen, die auf internationaler Ebene Hilfe bei der Lagerverwaltung leisten. Die Leitlinien basieren unter anderem auf dem OSZE-Handbuch über Lagebestände konventioneller Munition.

5.2 Informationsaustausch mit anderen internationalen Organisationen

Die OSZE tauscht seit 2008 mit internationalen Partner-Organisationen Informationen über ihre Projektaktivitäten und die Ergebnisse ihrer normativen Tätigkeit im SCA-Bereich aus. Diese Abstimmung ermöglicht eine Bestandsaufnahme der SALW- und SCA-Projekte, die von internationalen Organisationen und einzelnen Gebern durchgeführt werden, mögliche Synergien bei den Projektaktivitäten zu ermitteln, Erfahrungen zu nutzen und unnötige Arbeitsüberschneidungen zu vermeiden.

6. Schlussfolgerungen

Das OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition ist nach wie vor ein wirksames und nützliches Instrument für die Auseinandersetzung mit SCA-Problemen. Es leistet unverändert gute Dienste als wichtiger Rahmen für den Umgang mit Munitionsüberschüssen und -lagerbeständen im Hinblick auf die Verringerung des Risikos, das von einer destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung ausgeht.

Hinsichtlich der normativen Aspekte des SCA-Dokuments ist als bemerkenswerte Entwicklung die Einführung der Vernichtung als bevorzugte Entsorgungsmethode für Munition im abgelaufenen Jahr zu erwähnen. Gleichzeitig gibt es aber noch Spielraum für die Erweiterung der anderen normativen Aspekte dieses Dokuments, zum Beispiel für die Entwicklung eindeutiger Kriterien für die Definition überschüssiger konventioneller Munition in den Bemühungen, eine sichere Lagerung von Munition zu gewährleisten. Die OSZE sollte sich diesem Bereich sowohl auf normsetzender als auch auf praktischer Ebene weiterhin widmen.

Am dynamischsten wird das SCA-Dokument der OSZE nach wie vor im Bereich der Hilfeersuchen von Teilnehmerstaaten in den Bereichen Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen umgesetzt.

Diesbezüglich war das Jahr 2012 ein dynamisches Jahr. Projekte in Albanien und Moldau wurden teilweise abgeschlossen. Neue Projekte wurden in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Serbien und Zypern in Angriff genommen.

Damit wird einerseits die Glaubwürdigkeit der OSZE in der Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei ihren Problemen im SCA-Bereich bestätigt. Von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, lässt das aber auch die Erwartung entstehen, dass die OSZE auch

8 <http://www.un.org/disarmament/convarms/Ammunition/IATG/>.

in Zukunft in der Lage sein wird, technische und finanzielle Hilfe im gleichen oder in noch höherem Ausmaß zu leisten.

2012 war mit Mittelzusagen für SCA-Projekte in Höhe von 1.889.804 EUR im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Zunahme der von Gebern bereitgestellten Mittel zu verzeichnen.

Für die Mélange-Projekte in der Ukraine und in Kasachstan wurden letztes Jahr 3.002.000 EUR aufgebracht, was einen wesentlichen Teil sämtlicher Geberbeiträge ausmachte. Darüber hinaus stellten die Vereinigten Staaten von Amerika den für den Abschluss des Mélange-Projekts in der Ukraine 2013 erforderlichen Gesamtbetrag von über 10 Millionen EUR zur Verfügung.

Andererseits gibt es, und dies schon seit einiger Zeit, andere Projekte, für die Gebermittel benötigt werden, wie das Projekt zur Errichtung einer neuen Lagerstätte in Moldau.

Projekte zur Unbrauchbarmachung oder zur sicheren Lagerung von Munition und Waffen gehören zu den konkretesten und sichtbarsten Erfolgen der Arbeit der OSZE. Sie sind von großem Wert in der Öffentlichkeitsarbeit und für die Organisation daher sehr wichtig.

Dennoch bleiben in Anbetracht fehlender prognostizierbarer mehrjähriger Finanzierungsstrategien für SALW- und SCA-Projekte durch die Teilnehmerstaaten die außerbudgetären Beiträge und Spendenaufrufe weiterhin eine zentrale Herausforderung.

7. Anhänge

Anhang A: Aktive Hilfeersuchen und derzeitiger Stand

Tabelle I. Aktueller Stand
(Liste der Ersuchen in alphabetischer Reihenfolge der Teilnehmerstaaten)

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Albanien	Datum des Ersuchens: 20. Februar 2008 Beseitigung von 30 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: abgeschlossen Datum des Ersuchens: September 2008 Projekt zur Unbrauchbarmachung von Munition durch Bereitstellung entsprechender Ausrüstung (Bandsägen) Stand: abgeschlossen Datum des Ersuchens: Dezember 2011 Projekt zur Entsorgung von 72 Tonnen gefährlicher Chemikalien Stand: in der Beginnphase Datum des Ersuchens: Januar 2012 Projekt zur Unbrauchbarmachung von Munition durch Bereitstellung zusätzlicher Ausrüstung Stand: begonnen

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Bosnien und Herzegowina	Datum des Ersuchens: 29. März 2011 Verbesserung der Sicherung und Verwaltung von SALW- und CA-Lagerbeständen Stand: Zwei Munitionslagerstätten wurden als die geeignetsten Kandidaten für eine Sanierung mit OSZE-Unterstützung ausgewählt. Das Projekt hat 2012 begonnen.
Bulgarien	Datum des Ersuchens: 10. Oktober 2012 Beseitigung von Mélange AK-20K, Samin TG-02 und Produkt TM-185 Stand: OSZE-Beurteilungsbesuch am 21. und 22. November 2012 durchgeführt, Bericht in Vorbereitung
Georgien	Datum des Ersuchens: 25. Juli 2007 Unbrauchbarmachung von 4300 Tonnen überschüssiger Munition (Artilleriegeschosse, gelenkte und ungelenkte Flugkörper, Fliegerbomben, Signalmunition und Geschosse verschiedenen Kalibers) Sanierung des Erdreichs auf fünf ehemaligen Militärflugplätzen Entsorgung von 9000 Gefechtsköpfen durch Einschmelzen Vernichtung von 4705 Stück Munition durch offene Sprengung Stand: begonnen
Kasachstan	Datum des Ersuchens: 15. Dezember 2004 Hilfe bei der Entsorgung transportfähiger CA unter Verwendung der Industrieanlagen in Arys und Kapschagai Hilfe bei der Entsorgung nicht transportfähiger CA am Ort ihrer Lagerung (Ajagus, Utsch-Aral, Semipalatinsk und Ust-Kamenogorsk) Wiedererrichtung eines Testlabors zur regelmäßigen Kontrolle von CA Einrichtung eines CA-Verwaltungssystems als Bestandteil eines allgemeinen Beschaffungs- und Verwaltungssystems der Streitkräfte Beseitigung von 410 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: Kasachstan hat bei der Entsorgung von Munition und der Schaffung eines Munitionsverwaltungssystems die Federführung übernommen. Die OSZE wird bei der Entsorgung von Mélange in Verbindung mit dem Mélange-Projekt in der Ukraine Unterstützung leisten. Das Projekt soll Ende 2012/Anfang 2013 beginnen. Der Projektvorschlag für das CA-Testlabor wurde erstellt, die Finanzierung steht jedoch noch aus.
Kirgisische Republik	Datum des Ersuchens: 5. Februar 2008 Verbesserung der Sicherung und Verwaltung von SALW- und CA-Lagerbeständen Stand: Zwei Beurteilungsbesuche wurden durchgeführt. Ein OSZE-Programm für SALW und CA wurde ausgearbeitet; es umfasst fünf in sich geschlossene, aber miteinander verbundene Projekte betreffend verschiedene Aspekte der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen. Der Projektvorschlag wurde Ende 2011 ausgearbeitet und die Umsetzung begann im Februar 2012.

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Moldau	<p>Datum des Ersuchens: 20. Dezember 2006</p> <p>Errichtung einer neuen Munitionslagereinrichtung in Danceni (vorbehaltlich der Zustimmung des moldauischen Verteidigungsministeriums)</p> <p>Aufrüstung von SALW- und Munitionslagereinrichtungen (Florești, Cahul, Bălți, Chișinău)</p> <p>Beschaffung und Ausrüstung eines mobilen Systems für die Sichtkontrolle von CA</p> <p>Vernichtung von Streubomben</p> <p>Vernichtung von Fliegerbomben</p> <p>Beseitigung von 19 R60-Luft-Boden-Raketen</p> <p>Beseitigung von fünf V28-Boden-Luft-Raketen</p> <p>munitionstechnische Ausbildung</p> <p>Stand: Vier Projekte (2, 4, 5 und 7) sind bereits abgeschlossen. Das Konzept für Projekt 1 wird derzeit anhand eingetretener Änderungen überarbeitet. Es müssen noch Geber gefunden werden. Die anderen Projekte sind in der Entwicklungsphase.</p>
Montenegro	<p>Datum des Ersuchens: 28. Februar 2007</p> <p>Zerstörung schwerer Waffensysteme</p> <p>Vernichtung von 9900 Tonnen überschüssiger konventioneller Munition</p> <p>Beseitigung von 160 Tonnen gelagerter Raketentreibstoffkomponenten (Mélange, Samin) und Napalmpulver</p> <p>Verbesserung der Sicherung und Verwaltung von Lagerbeständen</p> <p>Stand: Die Projekte 1 und 3 sind abgeschlossen. Ebenfalls abgeschlossen wurde die erste Phase der Vernichtung von CA (Projekt 2), und die erste der beiden Munitionslagerstätten wurde saniert (Projekt 4). Beide Projekte werden vorbehaltlich der Verfügbarkeit weiterer finanzieller Mittel fortgesetzt.</p>
Serbien	<p>Datum des Ersuchens: 1. Juni 2011</p> <p>Bereitstellung von Ausrüstung für die Unbrauchbarmachung von Munition und Ausbildung in der Handhabung dieser Ausrüstung</p> <p>Entsorgung von 1133 Tonnen Munition auf der Basis von weißem Phosphor und Napalmpulver</p> <p>Verwaltung und Sicherung von CA-Lagerbeständen (zwei Munitionslagerstätten)</p> <p>Stand: Ein gemeinsamer Beurteilungsbesuch der OSZE und des UNDP wurde im September 2011 durchgeführt. Es wurde eine Rahmenvereinbarung für ein CASM-Programm zwischen UNDP, Verteidigungsministerium und OSZE unterzeichnet. Das Projektkonzept für die erste Komponente des Programms (Entsorgung der mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllten Munition) wurde fertiggestellt und wird bereits durchgeführt.</p>

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Ukraine	<p>Datum des Ersuchens: 29. September 2004, weiteres Ersuchen am 2. Oktober 2007</p> <p>Neue Kapazitäten für die Vernichtung von RDX-Ladungen in der Westukraine</p> <p>Verbesserung des Sicherheitssystems für Munitionslager</p> <p>Entsorgung von 16.764 Tonnen der flüssigen Raketentreibstoffkomponente Mélange. Nach Konsultationen zwischen der ukrainischen Regierung und der OSZE sollen als Pilotprojekt 3168 Tonnen Mélange beseitigt werden.</p> <p>Hilfe bei der Beseitigung der Unfallfolgen in der Lagerstätte Nowobohdaniwka (Vernichtung der restlichen Munition, Säuberung des Geländes)</p> <p>Hilfe bei der Beseitigung der auf ukrainischem Hoheitsgebiet verbliebenen nicht zur Wirkung gelangten Munition</p> <p>Stand: Das Projekt zur UXO/ERW-Räumung wurde abgeschlossen. Das Mélange-Projekt ist in der Durchführungsphase; rund 9000 Tonnen Mélange wurden aus der West-, Zentral- und Teilen der Ostukraine abtransportiert.</p>
Zypern	<p>Datum des Ersuchens: 2. November 2011</p> <p>Technische Unterstützung zur Verbesserung der Vernichtungskapazitäten. Alle einschlägigen Arbeiten wird die zyprische Nationalgarde durchführen.</p> <p>Stand: abgeschlossen</p>

Anhang B: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende CA-Projekte

Albanien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
Dänemark	120.000	Unbrauchbarmachung von Munition
2010		
Deutschland	78.000	Vernichtung von Munition, Phase II
2012		
Deutschland	41.000	Unbrauchbarmachung von Munition
Tschechische Republik	14.753	Entsorgung gefährlicher Chemikalien
Türkei	50.000	Entsorgung gefährlicher Chemikalien
Gesamt	303.753	
Benötigte Mittel: Entsorgung gefährlicher Chemikalien	168.032	

Georgien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
Dänemark	29.991	Entsorgung von Streubomben
2010		
Irland	50.000	Entsorgung von Streubomben
2011		
Dänemark	59.308	Entsorgung von Streubomben
Österreich	15.083	Entsorgung von Streubomben
Dänemark	89.300	Entsorgung von Streubomben
Schwedische Internationale Entwicklungsagentur (SIDA)	132.473	Entsorgung von Streubomben
2012		
Schweiz	55.000	Entsorgung von Streubomben
Spanien	40.000	Entsorgung von Streubomben
Gesamt	471.155	
Benötigte Mittel:		105.560

Kasachstan (Munitionslabor)

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009 – 2012		
–	–	
Gesamt	–	
Benötigte Mittel:		302.500

Kirgisische Republik

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2012		
Kasachstan	10.000	SALW- und CA-Programm in Kirgisistan
Vereinigte Staaten von Amerika	376.612	SALW- und CA-Programm in Kirgisistan
Gesamt	386.612	
Benötigte Mittel:		773.952

Moldau

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2009		
Finnland	62.000	Sanierung von SALW- und CA-Lagereinrichtungen
Spanien	61.000	Vernichtung von Streubomben

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2010		
Deutschland	210.000	Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen
Deutschland	25.420	Entsorgung von Boden-Luft-Raketen
Irland	7.400	Vernichtung von Fliegerbomben
Luxemburg	14.000	Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca
Norwegen	Sachleistung	Vernichtung von Streubomben
Österreich	15.500	Entsorgung von Boden-Luft-Raketen
Russland	Sachleistung	Entsorgung von Boden-Luft-Raketen
Spanien	19.000	Vernichtung von Fliegerbomben
2012		
Luxemburg	14.000	Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca
Schweiz	41.006	Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca
Schweiz	33.204	Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca
Spanien	5.000	Sanierung von SALW- und CA-Lagereinrichtungen
Spanien	10.000	Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca
Gesamt	517.530	
Benötigte Mittel: Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca		787.098
Sanierung von SALW- und CA-Lagereinrichtungen		27.294

Montenegro

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2009		
Spanien	100.000	Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen (Taras)
2010		
Dänemark	20.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Luxemburg	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2010		
Norwegen	63.194	Vernichtung überschüssiger Munition
Ungarn	10.000	Vernichtung überschüssiger Munition, später umgewandelt in Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen (Taras)
Liechtenstein	20.000	Vernichtung überschüssiger Munition, später umgewandelt in Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen (Taras)
Luxemburg	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition
2011		
Slowenien	15.000	Vernichtung überschüssiger Munition, später umgewandelt in Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen (Brezovik)
Ungarn	20.000	Vernichtung überschüssiger Munition, später umgewandelt in Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen (Taras)
2012		
Dänemark	1.600	Vernichtung überschüssiger Munition – MONDEM Verwaltungskosten
Deutschland	200.000	Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen (Brezovik)
Luxemburg	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition – MONDEM Phase II – Unbrauchbarmachung von Munition
Türkei	50.000	Vernichtung überschüssiger Munition – MONDEM Phase II – Unbrauchbarmachung von Munition
Gesamt	574.794	
Benötigte Mittel: MONDEM-Programmkomponente Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen (BREZOVİK)		300.000
Benötigte Mittel: Verbesserung der Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände		2.200.000

Ukraine

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2009		
Dänemark	50.000	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
2010		
Deutschland	52.650	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (im Gegenwert von 79.100)	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
2011		
Irland	10.000	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
2012		
–	–	Unterwasserräumung von explosiven Kampfmittelrückständen
Gesamt	191.750	
Benötigte Mittel:		
Unterwasserräumung von explosiven Kampfmittelrückständen		70.000
Räumung explosiver Kampfmittelrückstände		88.445

Bosnien und Herzegowina

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2011		
Liechtenstein	1.674	Erneuerung der Öffnungen in SALW- und SCA-Lagergebäuden
Schweiz	41.006	Erneuerung der Öffnungen in SALW- und SCA-Lagergebäuden
SEESAC	212.000	Erneuerung der Öffnungen in SALW- und SCA-Lagergebäuden
Tschechische Republik	20.000	Erneuerung der Öffnungen in SALW- und SCA-Lagergebäuden
2012		
Schweiz	166.022	
Gesamt	440.702	
Benötigte Mittel: Aufrüstung der Sicherheitsinfrastruktur in Munitions- und Waffenlagerstätten in Bosnien und Herzegowina		272.538

Serbien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2012		
Dänemark	30.063	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Deutschland	94.200	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Luxemburg	25.000	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Norwegen	30.000	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Schweiz	41.583	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition (50 Prozent für Verwaltung von Lagerbeständen)
Schweiz	83.011	CASM/Verwaltung von Lagerbeständen
Spanien	100.000	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Tschechische Republik	30.000	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Türkei	41.087	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Vereinigtes Königreich	59.890	CASM/Entsorgung von mit Napalmpulver und weißem Phosphor gefüllter Munition
Gesamt	534.834	
Benötigte Mittel:		344.466

Anhang C: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende/jüngst abgeschlossene Mélange-Projekte

Kasachstan

Das Projekt zur Entsorgung der Mélange-Bestände Kasachstans soll Ende 2012/Anfang 2013 beginnen.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2011	
Spanien	150.000
2012	
Kasachstan	605.000
Gesamt	755.000

Ukraine

Von 2006 bis 2008 sagten die Geberländer (Dänemark, Finnland, Norwegen, Polen, Schweden, Spanien und die Tschechische Republik) insgesamt 3.197.080 EUR zu. Einzelheiten dazu finden sich im Fortschrittsbericht von 2009 (MC.GAL/8/09). Die nachstehende Tabelle zeigt die Mittelzusagen von 2009 bis 2012.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2009	
Dänemark	500.000
Deutschland	250.000
2010	
Dänemark	140.000
Schweden	1.736.220
Vereinigte Staaten von Amerika	1.846.821
2011	
Norwegen	193.906
2012	
Vereinigte Staaten von Amerika	2.247.000
Gesamt	6.913.947
Benötigte Mittel (Schätzung):	
Mélange-Projekt	7.200.000
Räumung explosiver Kampfmittelrückstände	273.600

Anhang D: Für alle SCA-Projekte insgesamt bereitgestellte Mittel

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten betreffend konventionelle Munition, Sprengstoffe und Zündmittel im Zeitraum 2009 bis 2012 (ohne Mélange).

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2009		
Dänemark	30.000	Umfassendes SALW- und SCA-Programm (Aufgabe: Georgien – Entsorgung von Streubomben)
Dänemark	50.000	Ukraine, Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
Dänemark	120.000	Albanien (Unbrauchbarmachung von Munition)
Finnland	62.000	Moldau, Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2009		
Spanien	61.000	Moldau, Vernichtung von Streubomben
Spanien	100.000	Montenegro, bessere Sicherung von CA-Lagerbeständen
2009 gesamt	423.000	
2010		
Dänemark	20.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Deutschland	78.000	Albanien, Vernichtung von Munition, Phase II
Deutschland	210.000	Moldau, Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen
Deutschland	25.420	Moldau, Entsorgung von Boden-Luft-Raketen
Deutschland	52.650	Ukraine, Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
Irland	50.000	Umfassendes SALW- und SCA-Programm (Aufgabe: Georgien – Entsorgung von Streubomben)
Irland	7.400	Moldau, Vernichtung von Fliegerbomben
Luxemburg	14.000	Moldau, Bau einer neuen Lager-einrichtung
Luxemburg	25.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Norwegen	63.194	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Spanien	19.000	Moldau, Vernichtung von Fliegerbomben
Ungarn	10.000	Montenegro, Verbesserung der Sicherung von CA-Lagerbeständen
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (im Gegenwert von 79.100)	Ukraine, Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
2010 gesamt	653.764	
2011		
Dänemark	59.325	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Irland	10.000	Ukraine, Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
Liechtenstein	20.000	Montenegro
Liechtenstein	1.674	Bosnien und Herzegowina, SALW/SCA
Luxemburg	25.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2011		
Österreich	15.500	Moldau, Entsorgung von Boden-Luft-Raketen
	15.083	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Vereinigte Staaten von Amerika	250.000	Kirgisistan, SALW- und SCA-Programm, Bau und Sanierung von Lagerstätten
2011 gesamt	396.582	
2012		
Dänemark	1.600	MONDEM
Dänemark	89.300	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Dänemark	30.063	Serbien, CASM-Programm
Deutschland	41.000	Albanien, Unbrauchbarmachung von Munition
Deutschland	200.000	MONDEM
Deutschland	94.200	Serbien, CASM-Programm
Kasachstan	10.000	Kirgisistan, SALW- und SCA-Programm, Bau und Sanierung von Lagerstätten
Luxemburg	14.000	Bau einer neuen Lagerstätte in Bulboaca
Luxemburg	25.000	MONDEM
Luxemburg	25.000	Serbien, CASM-Programm
Norwegen	30.000	Serbien, CASM-Programm
Schweden (SIDA)	132.473	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Schweiz	166.022	Bosnien und Herzegowina, SALW/SCA
Schweiz	41.006	Moldau, SALW/SCA
Schweiz	33.204	Moldau, Sanierung von SCA-Lagereinrichtungen
Schweiz	41.583	Serbien, CASM-Programm
Schweiz	83.011	Serbien, CASM-Programm
Schweiz	55.000	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Spanien	40.000	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Spanien	10.000	Moldau, Sanierung von SCA-Lagereinrichtungen
Spanien	5.000	Bau einer neuen Lagerstätte in Bulboaca
Spanien	100.000	Serbien, CASM-Programm
Tschechische Republik	14.753	Albanien, Entsorgung gefährlicher Chemikalien
Tschechische Republik	30.000	Serbien, CASM-Programm

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2012		
Türkei	50.000	Albanien, Entsorgung gefährlicher Chemikalien
Türkei	41.087	Serbien, CASM-Programm
Türkei	50.000	MONDEM
Vereinigtes Königreich	59.890	Serbien, CASM-Programm
Vereinigte Staaten von Amerika	376.612	Kirgisistan, SALW/SCA
2012 gesamt	1.889.804	
Konventionelle Munition 2009 – 2012 gesamt	3.363.150	

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten zur Beseitigung der Raketentreibstoffkomponente Mélange im Zeitraum 2009 bis 2012.⁹

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2009		
Dänemark	500.000	Ukraine, Mélange
Deutschland	250.000	Ukraine, Mélange
2009 gesamt	750.000	
2010		
Dänemark	140.000	Ukraine, Mélange
Schweden	1.736.220	Ukraine, Mélange
Vereinigte Staaten von Amerika	1.846.821	Ukraine, Mélange
2010 gesamt	3.723.041	
2011		
Norwegen	193.906	Ukraine, Mélange
2011 gesamt	193.906	
2012		
Kasachstan	605.000	Kasachstan, Mélange
Spanien	150.000	Kasachstan, Mélange
Vereinigte Staaten von Amerika	2.247.000	Ukraine, Mélange
2012 gesamt	3.002.000	
Mélange 2009 – 2012 gesamt	7.668.947	
Konventionelle Munition und Mélange 2009 – 2012 gesamt	11.032.097	

⁹ Darüber hinaus stellten die Vereinigten Staaten von Amerika den für die Fertigstellung des Mélange-Projekts in der Ukraine 2013 erforderlichen Gesamtbetrag in Höhe von über 10 Millionen EUR zur Verfügung.

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER DIE BEMÜHUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG
DER UMSETZUNG DER RESOLUTION 1540 (2004) DES
SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN
IN DER OSZE-REGION**

(MC.GAL/7/12 vom 27. November 2012)

1. Einleitung und Zielsetzung

Dieser Bericht gibt einen Rückblick auf die Bemühungen der OSZE im Bereich der Nichtverbreitung. Ausgehend von den Diskussionen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und den Berichten über nationale Fortschritte geht er im Einzelnen auf die Bemühungen der OSZE zur Erleichterung der regionalen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) ein.

Der Bericht erfasst den Zeitraum November 2011 bis November 2012.¹

2. Mandat

2004 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1540 (2004) über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme. Die Teilnehmerstaaten der OSZE beschlossen unter Hinweis auf ihre diesbezüglichen Verpflichtungen, insbesondere jene aus den 1994 verabschiedeten OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung, alle Teilnehmerstaaten aufzufordern, UNSCR 1540 vollständig umzusetzen, und verabschiedeten einen Beschluss zur Unterstützung der wirksamen Umsetzung (FSC.DEC/7/05).

Die OSZE kam überein, in geeigneter Form und in Abstimmung mit den einschlägigen Foren der Vereinten Nationen auf der Grundlage des OSZE-Konzepts der umfassenden und kooperativen Sicherheit und des Mandats der Organisation als regionale Organisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen einen Beitrag zu leisten.

Auf dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats in Athen wurde ein Ministerratsbeschluss über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität (MC.DEC/2/09) verabschiedet.

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) hat im Rahmen seines Mandats den OSZE-Teilnehmerstaaten gegebenenfalls die Umsetzung der Bestimmungen der UNSCR 1540 (2004) zu erleichtern (MC.DEC/16/09).

Mit der Verabschiedung der Ministererklärung zur Nichtverbreitung sagten die Teilnehmerstaaten auch zu, die Umsetzung von UNSCR 1540 durch wirksame Hilfestellung für jene Staaten, die dieser bedürfen, zu erleichtern (MC.DOC/5/09/Corr.1).

¹ Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 21. November 2012.

In der Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft von 2010 bezeichneten die Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen als eine neue grenzüberschreitende Bedrohung, die ihren Ursprung innerhalb und außerhalb der OSZE-Region haben kann (SUM.DOC/1/10/Corr.1).

Die Teilnehmerstaaten der OSZE brachten im Ministerratsbeschluss Nr. 7/11 von Wilna über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen (MC.DEC/7/11/Corr.1) ihre Verpflichtung zum Ausdruck, Möglichkeiten zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 zu prüfen und die laufenden Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung von UNSCR 1540 zu fördern, unter anderem durch die Beibehaltung des Informationsaustauschs über diesbezügliche Fortschritte und Erkenntnisse auf nationaler Ebene.

Im Rahmen des Ministerratsbeschlusses Nr. 8/11 von Wilna (MC/DEC/8/11) wird das FSK beauftragt, weiterhin zu ermitteln, in welcher Form die OSZE konkret dazu beitragen kann, den Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der weiteren Umsetzung von UNSCR 1540 in enger Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe zur Ergänzung von dessen Bemühungen zu helfen und diese gegebenenfalls entsprechend auszubauen. UNSCR 1977 (2011) ermutigt die Staaten, auf freiwilliger Grundlage nationale Aktionspläne zur Durchführung auszuarbeiten und fordert die Staaten und die zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen nachdrücklich auf, gegebenenfalls Hilfe bereitzustellen. Sie verlängert auch das Mandat des 1540-Ausschusses für einen Zeitraum von zehn Jahren bis 2021.

3. Maßnahmen des FSK

3.1 Beschluss über Kontaktstellen für UNSCR 1540 (2004) und dessen Umsetzung

Am 14. Dezember 2011 verabschiedete das FSK einen Beschluss über Kontaktstellen für die Resolution 1540 (2004) (FSC.DEC/19/11) des UN-Sicherheitsrats, dem zufolge ein Verzeichnis nationaler und OSZE-Kontaktstellen angelegt werden soll, mit dem Zweck, zwischen den Teilnehmerstaaten zu Fragen der innerstaatlichen Umsetzung von UNSCR 1540 die Informationsweitergabe zu erleichtern, bewährte Praktiken zu fördern und gegebenenfalls einschlägige internationale Informationsnetze zu stärken. In dem Beschluss wird auch angestrebt, den Kapazitätsaufbau zu verbessern und alle Nichtverbreitungsaktivitäten aufeinander abzustimmen, um Doppelarbeit, auch durch Dritte, zu vermeiden.

Bisher haben 46 Teilnehmerstaaten der OSZE detaillierte Informationen über ihre nationalen Kontaktstellen für UNSCR 1540 bereitgestellt.

Im Einklang mit FSK-Beschluss Nr. 19/11 wurde das Konfliktverhütungszentrum mit den Aufgaben einer Koordinationsstelle für UNSCR 1540 betraut, und Informationen über das Kontaktstellen-Netz wurden im Hinblick auf die Einbindung in das weltweite 1540-Netz an den 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe weitergeleitet. Dies wurde vom Vorsitzenden des 1540-Ausschusses bei der gemeinsamen Unterrichtung des Sicherheitsrats

durch die drei (gemäß den Resolutionen 1267/1989, 1373 (2001) und 1540 (2004) eingesetzten) einschlägigen Ausschüsse am 10. Mai 2012 anerkennend vermerkt.

Das Netz wurde bisher zur Weitergabe von Dokumenten betreffend die Nichtverbreitung sowie von Informationen über mehrere vom KVZ organisierte Veranstaltungen verwendet, darunter der im Juli 2012 unter dem Vorsitz des litauischen Botschafters abgehaltene Sicherheitsdialog über Bemühungen zur Umsetzung von UNSCR 1540.

3.2 Jahresarbeitsprogramm 2012 des KVZ zur Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540

In seinem zweiten Jahr ging das vom KVZ geleitete außerbudgetäre Projekt zur Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540 von der Bewusstseinsbildung zur konkreten Hilfestellung über, etwa durch ergebnisorientierte Ausbildungsveranstaltungen und die Erleichterung der Hilfestellung an interessierte Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Aktionspläne (NAP) zu UNSCR 1540. Das Jahresarbeitsprogramm 2012 des KVZ zur Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540 war als Hilfe für interessierte Teilnehmerstaaten beim Aufbau ihrer nationalen Kapazitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung von UNSCR 1540 gedacht, ausgehend vom Grundsatz eindeutiger nationaler Zustimmung und kooperativer Bemühungen und basierend auf dem Fachwissen und der Erfahrung der internationalen Gemeinschaft. Darüber hinaus sollte durch die Schaffung eines starken Netzes von Akteuren zur Koordinierung des Bedarfs und der Anforderungen in Bezug auf die Umsetzung von UNSCR 1540 und zur Förderung des Bewusstseins dafür auch die regionale Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Umsetzung von UNSCR 1540 verbessert werden.

3.3 Bestellung eines Koordinators des FSK-Vorsitzes für Fragen der Nichtverbreitung

Am 4. Juli 2012 wurde unter lettischem FSK-Vorsitz ein Koordinator des FSK-Vorsitzes für Fragen der Nichtverbreitung bestellt (FSC.DEL/86/12).

In den OSZE-Ministerratsbeschlüssen Nr. 7/11 und 8/11 wurde das FSK konkret beauftragt,

- (a) Möglichkeiten zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 zu prüfen,
- (b) die laufenden Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung von UNSCR 1540 zu fördern, unter anderem durch die Beibehaltung des Informationsaustauschs über diesbezügliche Fortschritte und Erkenntnisse auf nationaler Ebene, und
- (c) weiterhin zu ermitteln, wie die OSZE dazu beitragen kann, den Teilnehmerstaaten bei der weiteren Umsetzung von UNSCR 1540 zu helfen, und diesen Beitrag gegebenenfalls entsprechend auszubauen.

Der Koordinator des FSK-Vorsitzes für Fragen der Nichtverbreitung wurde damit beauftragt, die FSK-Vorsitze bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und sich mit den Delegationen, dem Sekretariat und den Institutionen der OSZE und anderen Organisationen darüber zu beraten, wie die Umsetzung bestmöglich erleichtert werden kann.

4. Vorschläge und Initiativen

Im Zuge der Arbeit des FSK wurde eine Reihe konkreter Vorschläge und Initiativen vorgestellt und erörtert, darunter:

- Diskussionen über die Abfassung weiterer Kapitel des Praxisleitfadens zu UNSCR 1540
- ein Vorschlag betreffend die Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 (FSC.DEL/65/10/Rev.2)
- praktische Unterstützung der Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen, unter anderem Unterstützung bei der Ausarbeitung von NAP/Strategien und innerstaatlichen Rechtsvorschriften
- zielgerichtete Sensibilisierungs- und Ausbildungsprogramme (FSC.DEL/25/12)

Die Diskussionen, durch die Konsens zu den jeweiligen Vorschlägen erzielt werden soll, gehen weiter.

5. Praktische Unterstützung

5.1 Überblick

Die Hilfestellung für OSZE-Teilnehmerstaaten bei der uneingeschränkten Umsetzung von UNSCR 1540 unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Bemühungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene machte im Berichtszeitraum einen wesentlichen Teil der Bemühungen des FSK aus.

Seit dem OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 im Jahr 2011 trafen bei der OSZE über zehn Ersuchen um Hilfestellung bei der Ausarbeitung von NAP oder Strategien gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ein.

Konkret wurden die NAP bzw. strategischen Planungsdokumente von Belarus, Kirgisistan und Serbien mit Unterstützung der Durchführungsorgane der OSZE und unter Federführung der Sachverständigen des 1540-Ausschusses fertiggestellt.

Nun wird vorgeschlagen, dass die Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung von UNSCR 1540 auf umfassende und koordinierte Weise im Wege eines länderspezifischen Dialogs erörtert werden. Daran sollen alle interessierten nationalen Behörden des Teilnehmerstaats, Sachverständige als Vertreter des 1540-Ausschusses sowie Vertreter einschlägiger internationaler Organisationen und von NGO, die sich mit verschiedenen Aspekten der Umsetzung von UNSCR 1540 befassen, beteiligt sein. Die OSZE erleichtert die Organisation und Durchführung dieser Aktivitäten. Konkrete Beispiele für die Unterstützung interessierter Teilnehmerstaaten durch die OSZE im Bereich der Nichtverbreitung sind insbesondere die laufenden länderspezifischen Dialoge mit Bosnien und Herzegowina,

Kasachstan, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Tadschikistan und Usbekistan sowie die Vorgespräche mit Georgien und der Ukraine, bei denen es unter anderem um die Ausarbeitung eines NAP für die Umsetzung von UNSCR 1540 geht.

Mehrere Teilnehmerstaaten haben im Zusammenhang mit den länderspezifischen Dialogen und den fertiggestellten NAP um Ausbildungsveranstaltungen und den Aufbau von Kapazitäten für Zoll- und Grenzbeamte sowie für Strafverfolgungsbehörden und politische Entscheidungsträger ersucht. Insbesondere werden Kurse zum Erkennen von chemischem, biologischem, radiologischem und nuklearem Material gewünscht. Als Reaktion darauf plant das KVZ in enger Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Akteuren 2013 und 2014 eine Reihe von Schulungsveranstaltungen zur Warenerkennung.

5.2 Unterstützung der OSZE bei der nationalen Umsetzung von UNSCR 1540

5.2.1 Belarus

Im Anschluss an die gemeinsame FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung vom Juli 2011 und die Expertenkonsultationen vom Oktober 2011 in Minsk entwickelte Belarus 2012 mit Unterstützung durch das KVZ und den 1540-Ausschuss sowie dessen Sachverständigengruppe ein nationales Rahmendokument über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Während der zweiten Phase fand im März 2012 in Wien unter Beteiligung verschiedener belarussischer Behörden, des KVZ, eines Sachverständigen des 1540-Ausschusses sowie von Vertretern des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) und der NGO VERTIC ein einwöchiges Redaktionstreffen statt. Bei diesem Treffen wurde das Nationale Rahmendokument der Republik Belarus über zusätzliche Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats fertiggestellt.

Im Juni 2012 genehmigte die dem Sicherheitsrat der Republik Belarus unterstehende Überbehördliche Kommission für militärtechnische Zusammenarbeit und Ausfuhrkontrolle das Nationale Rahmendokument (den „Fahrplan“); dieses abschließende Dokument wurde im Zuge des Sicherheitsdialogs in der Plenarsitzung des FSK vom 4. Juli 2012, die der Umsetzung von UNSCR 1540 gewidmet war, vorgestellt.

5.2.2 Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina meldete Interesse an einer Aktualisierung seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Anpassung an die Verpflichtungen aus UNSCR 1540 an und nahm dazu informelle Gespräche mit der OSZE auf. Im Zuge des Sicherheitsdialogs in der Plenarsitzung des FSK vom 4. Juli 2012, die der Umsetzung von UNSCR 1540 gewidmet war, bekräftigte ein Vertreter des Außenministeriums von Bosnien und Herzegowina die Bereitschaft seines Landes, mit Unterstützung der OSZE, des 1540-Ausschusses und seiner Sachverständigengruppe und des UNODA einen NAP für die Umsetzung von UNSCR 1540 auszuarbeiten.

Die Durchführungsorgane der OSZE unterstützen eine informelle Arbeitsgruppe bei der Ausarbeitung eines NAP für UNSCR 1540. Die Arbeitsgruppe steht unter dem Vorsitz

des Außenministeriums von Bosnien und Herzegowina; sie hat auch den Länderbericht von Bosnien und Herzegowina an den 1540-Ausschuss überarbeitet.

5.2.3 Kasachstan

Im Mai 2012 fand auf Einladung der Regierung der Republik Kasachstan in Astana ein nationales Treffen am Runden Tisch zur Umsetzung von UNSCR 1540 statt.

Am 4. Juli 2012 informierte ein Vertreter der Republik Kasachstan im Zuge des Sicherheitsdialogs in der Plenarsitzung des FSK, die der Umsetzung von UNSCR 1540 gewidmet war, die Delegationen über die kasachische Initiative betreffend die Ausarbeitung eines NAP für die Umsetzung von UNSCR 1540, die direkt aus dem nationalen Runden Tisch in Astana vom Mai hervorgegangen war.

Derzeit werden die ersten Vorschläge der OSZE für einen möglichen NAP in Astana geprüft.

5.2.4 Kirgisistan

Im Anschluss an die Empfehlungen eines nationalen Runden Tisches, der im Dezember 2011 in der OSZE-Akademie in Bischkek (Kirgisistan) stattgefunden hatte, erarbeitete die von der kirgisischen Regierung eingesetzte überbehördliche Gruppe einen Entwurf für einen NAP zu UNSCR 1540. Der Aktionsplan sollte Kirgisistan die Optimierung der von Gebern unterstützten Hilfsprogramme ermöglichen und dem Land als Fahrplan für die Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen in den Bereichen Nichtverbreitung, Sicherheit und Terrorismusbekämpfung dienen.

Im März 2012 hielten Dienststellen verschiedener kirgisischer Ministerien, Vertreter der Durchführungsorgane der OSZE, ein Sachverständiger des 1540-Ausschusses, das UNODA und die IAEO in Wien ein einwöchiges Redaktionstreffen ab, um die nationalen Prioritäten Kirgisistans festzulegen, die in einem NAP zusammengefasst werden sollten, der in der Folge den OSZE-Teilnehmerstaaten in einer Plenarsitzung des FSK im März 2012 vorgestellt wurde.

Der kirgisische NAP für die Umsetzung von UNSCR 1540 liegt derzeit bei der Regierung zur Genehmigung.

Die kirgisischen Behörden haben ferner in der zweiten Ausgabe des *1540 Compass*, der vom *Center for International Trade and Security* der University of Georgia (Vereinigte Staaten von Amerika) in Zusammenarbeit mit dem UNODA herausgegeben wird, den Beitrag der OSZE zu Form und Inhalt ihres NAP anerkannt. Außerdem kann der Aktionsplan nach Ansicht Kirgisistans zu einem wichtigen Instrument für die Koordinierung zwischen einschlägigen Ministerien und Behörden werden und als Nebeneffekt zu einer wirksameren Regierungsführung insgesamt beitragen.

5.2.5 Moldau

Im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus Resolution 1540 ersuchte Moldau die OSZE im September 2011 um Unterstützung bei der Stärkung seiner nationalen Kapazitäten in Bezug auf die Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die

Bekämpfung von Bedrohungen durch CBRN (chemisches, biologisches, radiologisches und nukleares Material). Die OSZE leistet derzeit Unterstützung bei der Ausarbeitung eines umfassenden moldauischen NAP.

Darüber hinaus haben die Durchführungsorgane der OSZE gemeinsam mit dem deutschen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und in Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss, dessen Sachverständigengruppe und dem UNODA einen länderspezifischen Dialog mit Moldau aufgenommen, in dessen Verlauf dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften für die Ausfuhrkontrolle betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck und militärische Güter überprüft werden sollen.

5.2.6 Montenegro

Montenegro meldete Interesse an einer Aktualisierung seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Anpassung an die Verpflichtungen aus UNSCR 1540 an, und im Oktober 2012 fand auf Einladung der Regierung von Montenegro ein nationales Treffen am runden Tisch zur Erörterung der Umsetzung von UNSCR 1540 statt.

An dem Treffen in Podgorica nahmen 16 Vertreter verschiedener Ministerien und der Durchführungsorgane der OSZE sowie ein Sachverständiger des 1540-Ausschusses und ein Vertreter der Delegation der Europäischen Union in Montenegro teil.

Montenegro zieht in Erwägung, die Minderung des CBRN-Risikos in seinen NAP für UNSCR 1540 aufzunehmen.

5.2.7 Serbien

In Beantwortung des Hilfeersuchens der Republik Serbien aus dem Jahr 2011 und in Fortführung der bisherigen gemeinsamen Bemühungen der serbischen Behörden, der Durchführungsorgane der OSZE, eines Sachverständigen des 1540-Ausschusses und des UNODA wurde der serbische NAP für die Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme (2012 – 2016) erstellt und anschließend am 19. April 2012 von der serbischen Regierung beschlossen. Das nationale Dokument (FSC.EMI/252/12) wurde von einer Vertreterin des serbischen Außenministeriums im Zuge des Sicherheitsdialogs in der Plenarsitzung des FSK vom 4. Juli 2012, die UNSCR 1540 gewidmet war, offiziell verteilt und vorgestellt.

Das KVZ beginnt derzeit gemeinsam mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe sowie mit dem UNODA mit Folgeaktivitäten in Bezug auf die Umsetzung dieses nationalen Dokuments.

5.2.8 Tadschikistan

In Beantwortung eines weiteren Ersuchens um Organisation eines nationalen Treffens am runden Tisch zur Umsetzung von UNSCR 1540 koordinierten die Durchführungsorgane der OSZE, ein Sachverständiger des 1540-Ausschusses und das UNODA im Oktober 2012 in Duschanbe einen länderspezifischen Dialog mit den zuständigen nationalen Behörden zur Überprüfung der bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften, bei dem auch andere UNSCR 1540 betreffende Angelegenheiten im Rahmen der Aufgabenstellung einer neu

eingesetzten nationalen Arbeitsgruppe erörtert wurden. Es ist vorgesehen, dass die Arbeitsgruppe Anfang nächsten Jahres den NAP für die Umsetzung von UNSCR 1540 ausarbeitet.

5.2.9 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

In der Eröffnungserklärung des mazedonischen FSK-Vorsitzes äußerte die Regierung die Absicht, in Zusammenarbeit mit Partnern aus den Durchführungsorganen der OSZE und den Vereinten Nationen einen NAP für die Umsetzung von UNSCR 1540 erstellen zu wollen.

In der Folge gab der Vorsitzende des FSK im Oktober 2012 in einer Plenarsitzung des FSK in seiner Eigenschaft als Vertreter Mazedoniens eine Erklärung ab, in der die mazedonischen Verpflichtungen und nationalen Prioritäten angeführt wurden und die Verpflichtung des Landes erklärt wurde, die Einhaltung der internationalen und regionalen Standards zur Erleichterung der konsequenten Umsetzung der UNSCR 1540 sicherzustellen.

In dieser Erklärung wurde auch die Rolle des KVZ, des 1540-Ausschusses und seiner Sachverständigengruppe sowie von UNODA und VERTIC bei dem im Juni 2012 in Skopje abgehaltenen nationalen Runden Tisch positiv vermerkt.

5.2.10 Usbekistan

Die Regierung von Usbekistan bekundete Interesse an der Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung einer nationalen Arbeitsgruppe mit den Durchführungsorganen der OSZE und den Vereinten Nationen, bei der die bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Landes vor dem Hintergrund der Verpflichtungen aus UNSCR 1540 überprüft werden sollen.

Auf Einladung der Regierung von Usbekistan fand im Mai 2012 in Taschkent ein nationales Treffen am runden Tisch zur Umsetzung von UNSCR 1540 statt, in dessen Folge beschlossen wurde, 2013 den usbekischen NAP für die Umsetzung der Resolution zu erarbeiten.

Derzeit werden in Taschkent die ursprünglichen Vorschläge der OSZE, in denen ein möglicher NAP skizziert wird, geprüft.

5.2.11 Nationale Runde Tische

Nationale Treffen am runden Tisch haben sich als nützliche Plattform für die Aufnahme länderspezifischer Dialoge erwiesen, bei denen Regierungsbehörden unterstützt von OSZE und einschlägigen internationalen Sachverständigen unter der Federführung des 1540-Ausschusses und seiner Sachverständigengruppe ihre nationalen Prioritäten und den derzeitigen Stand der Umsetzung der Resolution 1540 erörtern und eine tragfähige Basis für die weitere Zusammenarbeit und ein ergebnisorientiertes Vorgehen, eventuell mit Hilfe nationaler Aktionspläne, schaffen können.

5.3 Umsetzung der Vereinbarung zwischen der OSZE und dem UNODA

In Übereinstimmung mit der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats und der darin zum Ausdruck gebrachten Erkenntnis, dass die Anstrengungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene stärker koordiniert werden müssen, hat die OSZE einen

allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit dem UNODA entwickelt. Im Oktober 2011 unterzeichneten beide Parteien eine Vereinbarung, durch die die Kapazitäten beider Organisationen zur Förderung der Umsetzung der Resolution 1540 erhöht werden sollen.

Die OSZE und das UNODA arbeiten zusammen und koordinieren ihre Bemühungen um Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten (auf deren Ersuchen) bei der Entwicklung ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen und technischen Möglichkeiten. Mehrere erfolgreiche nationale Runde Tische, kontinuierliche länderspezifische Dialoge und drei nationale Aktionspläne bzw. Strategien (Belarus, Kirgisistan und Serbien) sind das Ergebnis dieser gemeinsamen Bemühungen unter der Federführung des 1540-Ausschusses und seiner Sachverständigengruppe.

Darüber hinaus wurden im gesamten Berichtszeitraum regionale Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung und Schulungskurse abgehalten, die von den beiden Organisationen gemeinsam organisiert wurden.

5.4 Schulungskurs zur Umsetzung von UNSCR 1540

Vom 3. bis 6. April 2012 veranstaltete das KVZ in Duschanbe (Tadschikistan) in Zusammenarbeit mit dem UNODA und mit Unterstützung der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement einen Schulungskurs zur Umsetzung von UNSCR 1540.

Während des umfassenden viertägigen Schulungskurses mit Modellcharakter wurden alle maßgeblichen Aspekte von UNSCR 1540 behandelt. Unter den Teilnehmern waren Sachverständige aus verschiedenen internationalen Organisationen und Wissenschaftler, die sich mit der Umsetzung der Resolution befassen, darunter der 1540-Ausschuss, das BAFA (EU), die IAEO, die OPCW, das UNODC, die WHO, die University of Georgia und andere.

An dem Schulungskurs nahmen 26 leitende Beamte aus 11 Ländern der OSZE-Region und der Kooperationspartner, wie etwa der Mongolei und Thailand, teil, von politischen Entscheidungsträgern bis hin zu Strafverfolgungsbeamten.

Abgesehen von den einschlägigen Vorträgen beteiligten sich die Teilnehmer aktiv an Diskussionen und Übungsszenarien und berichteten über ihre nationalen Erfahrungen in Bezug auf Erfolge und Hindernisse bei der Umsetzung der Resolution.

5.5 Regionaler Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 (2004) im Ostseeraum

Das KVZ veranstaltete gemeinsam mit dem UNODA einen regionalen Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 im Ostseeraum. Er wurde vom litauischen Außenministerium ausgerichtet und fand im Juni 2012 in Wilna (Litauen) statt.

Gegenstand des Workshops waren die Hauptelemente der Grenz- und Ausfuhrkontrollen – Verhütung, Aufdeckung und Bekämpfung des unerlaubten Handels mit CBRN-Material. Seine Zielgruppe waren Grenz-, Zoll- und Aufsichtsbeamte aus den Teilnehmerstaaten sowie politische Entscheidungsträger und Sachverständige aus den zuständigen Ministerien. Er förderte den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Methoden in einschlägigen Bereichen zwischen den Teilnehmerstaaten und führte

zur Identifizierung konkreter kapazitätsaufbauender Maßnahmen nach Maßgabe regionaler und landesspezifischer Erfordernisse.

Darüber hinaus wurden Programme zum Aufbau von Kapazitäten, darunter die Bereitstellung von Unterstützung, ausführlich erörtert. Viele Länder aus der Region gaben ebenso wie internationale Organisationen einen Überblick über ihre bereits vorhandenen Unterstützungsmechanismen.

Das KVZ wiederum sprach sich für den NAP aus, der sich als ein flexibles Format nicht nur für die Optimierung der innerstaatlichen Umsetzung verschiedener operativer Absätze der Resolution, sondern auch für die Bereitstellung von Unterstützung an jene Staaten, die sie eventuell benötigen, eignet.

5.6 Regionale Workshops für Zollverfahren und die Erteilung von Genehmigungen: Integration innerstaatlicher Verfahren betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck und konventionelle Waffen

In allen Teilnehmerstaaten finden rechtmäßige Handelstransaktionen statt, bei denen konventionelle Waffen und Güter mit doppeltem Verwendungszweck bewegt werden. UNSCR 1540 verlangt von den Staaten, dass sie geeignete und wirksame einzelstaatliche Export- und Umschlagskontrollen für diese Gegenstände einrichten, ausarbeiten, überprüfen und aufrechterhalten. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen gehört auch, dass zwischen den zahlreichen für die Umsetzung verantwortlichen Regierungsstellen ein wirksamer Informationsaustausch stattfindet.

Deshalb veranstaltete die OSZE von Oktober 2011 bis Oktober 2012 eine Serie von vier regionalen Workshops für Beamte der Genehmigungs- und Zollbehörden aus den Regionen Südosteuropa, Zentralasien, Osteuropa und Kaukasus sowie aus den Ländern der Kooperationspartner der OSZE im Mittelmeerraum.

An den Workshops nahmen über 100 staatliche Vertreter aus 27 Ländern sowie Sachverständige aus mehreren internationalen Organisationen und Wissenschaftler teil.

Während der jeweils dreitägigen Veranstaltungen tauschten die Beamten der Genehmigungs- und Zollbehörden Erfahrungen und Informationen mit dem Ziel aus, die Risikobeurteilung und Aufdeckung im Hinblick auf die Verhinderung des unerlaubten Transfers von regulierten Gütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck zu erleichtern.

Auf Grundlage der Bewertung der Workshops und der Rückmeldungen der Teilnehmer planen das KVZ und die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen eine Reihe von Folgeveranstaltungen zu einschlägigen Themen, so etwa eine integrierte Ausbildung für Warenerkennung im Bereich militärischer Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck.

6. Kooperation und Koordination

6.1 Treffen am runden Tisch zu Koordinationsbedarf und Methoden im Zusammenhang mit UNSCR 1540

Am 20. und 21. Februar fand auf Initiative der drei 1540-Koordinatoren (OSZE, Zentralamerikanisches Integrationssystem (SICA) und Karibische Gemeinschaft (CARICOM)) ein Treffen am runden Tisch zu Koordinierungsbedarf und -methoden im Zusammenhang mit UNSCR 1540 statt. Die vom 1540-Ausschuss, von dessen Sachverständigengruppe und dem UNODA unterstützte Veranstaltung bot zuständigen Mitarbeitern und Sachverständigen aus mehreren internationalen und regionalen Organisationen eine einzigartige Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über Möglichkeiten zur Erleichterung der Umsetzung von UNSCR 1540.

Ziel war es, Doppelarbeit bei der Umsetzung von UNSCR 1540 durch Mitarbeiter der internationalen und regionalen Organisationen zu vermeiden sowie wirksame Methoden zur Unterstützung und Förderung der Bemühungen des 1540-Ausschusses durch Weitergabe von Erfahrungen ausfindig zu machen und zu erkunden, welche Vorteile eine institutionelle Verankerung der Funktion der 1540-Koordinatoren (auf Mitarbeiterebene) in den regionalen Organisationen im Zusammenhang mit den weltweiten Bemühungen um Nichtverbreitung bringen würde.

Unter der Federführung eines Sachverständigen des 1540-Ausschusses informierten die Teilnehmer aus 14 internationalen Organisationen einander über ihre Verantwortlichkeiten, wirksame Methoden sowie Defizite im Zusammenhang mit der Erleichterung der Umsetzung der Resolution 1540. Alle Teilnehmer gaben auch die für 2012 geplanten Aktivitäten bekannt. Eine Koordinierung dieser Aktivitäten wurde von allen nachdrücklich befürwortet, damit die derzeit knappen finanziellen Mittel bestmöglich genutzt werden.

6.2 Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Laut UNSCR 1977 (2011) und dem in Wilna 2011 verabschiedeten Ministerratsbeschluss Nr. 8/11 haben konkrete Beiträge der OSZE, durch die sie Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der weiteren Umsetzung von UNSCR 1540 unterstützt, in enger Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe zu erfolgen, um dessen Bemühungen zu ergänzen. Die OSZE hat ihren konstruktiven Dialog und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, insbesondere mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe, konsequent fortgesetzt.

6.2.1 1540-Ausschuss und seine Sachverständigengruppe

Mit der Schaffung des vierjährigen außerbudgetären Projekts zur Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540 und der Einsetzung eines 1540-Beraters der OSZE wurde die Aufnahme enger Arbeitsbeziehungen mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe zu einem vorrangigen Thema. Das KVZ stimmte alle seine Nichtverbreitungsbemühungen mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe ab, mit dem Resultat, dass in etlichen interessierten OSZE-Teilnehmerstaaten erfolgreiche nationale Treffen am runden Tisch und länderspezifische Dialoge stattfanden bzw. NAP oder Strategien ausgearbeitet wurden.

Der 1540-Ausschuss würdigte die Bemühungen der OSZE im Bereich der Umsetzung der Resolution 1540 in mehreren Foren.

Regelmäßige Konsultationen in diesem Rahmen zwischen dem OSZE-Sekretariat und dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe erwiesen sich für alle Betroffenen als sehr nützlich und sollten in strukturierter Form fortgesetzt werden.

6.2.2 Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA)

Im Einklang mit der 2011 geschlossenen Vereinbarung zwischen den beiden Organisationen halten die OSZE und das UNODA regelmäßige Konsultationen über verschiedene praktische Fragen im Zusammenhang mit der Förderung der Umsetzung der Resolution 1540 für OSZE-Teilnehmerstaaten ab, die dies benötigen könnten.

Darüber hinaus organisierten die OSZE und das UNODA gemeinsam regionale Veranstaltungen zu den Themen regionale Ausstrahlung, Aufbau von Kapazitäten und Bewusstseinsbildung.

So trug das UNODA zum Treffen am runden Tisch auf Mitarbeiterebene zu Koordinierungsbedarf und -methoden im Zusammenhang mit UNSCR 1540, zu den in der gesamten OSZE-Region abgehaltenen regionalen OSZE-Workshops über Zollverfahren und die Erteilung von Genehmigungen und zum Schulungskurs zu UNSCR 1540 an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (Tadschikistan) bei und organisierte gemeinsam mit der OSZE den regionalen Workshop über die Umsetzung der UNSC-Resolution 1540 im Ostseeraum.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem UNODA betraf auch die Organisation nationaler Treffen am runden Tisch zur Umsetzung von UNSCR 1540 für interessierte OSZE-Teilnehmerstaaten und die Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung ihrer NAP.

6.2.3 Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Im September 2011 vereinbarten das UNODC und die OSZE einen gemeinsamen Aktionsplan für den Zeitraum 2011/2012. Diese Vereinbarung ist auf eine langfristige intensive Zusammenarbeit bei der Förderung der Umsetzung von UNSCR 1540 ausgelegt.

Vertreter des UNODC beteiligten sich in Zusammenarbeit mit dem KVZ und dem UNODA aktiv an den von der OSZE organisierten Veranstaltungen zu Angelegenheiten betreffend UNSCR 1540; unter anderem stellte das UNODC einen Ausbilder für den Schulungskurs zu UNSCR 1540 an der Stabsakademie für Grenzmanagement zur Verfügung.

6.2.4 Interregionales Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI)

Im Mai 2012 hielten die Europäische Kommission und das Interregionale Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI) in Brüssel eine Veranstaltung über die Zusammenarbeit mit dem Exzellenzzentrum für CBRN-Risikominderung der EU ab. Sie stand unter der Schirmherrschaft des EU-Projekts „Exzellenzzentren für CBRN-Risikominderung“, einer Initiative der Europäischen Union, die

von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission und UNICRI gemeinsam umgesetzt wird. Im Zuge dieser Veranstaltung informierte das KVZ über wirksame Methoden der regionalen Koordinierung und über Mechanismen für technische Unterstützung zur Erleichterung der Umsetzung von UNSCR 1540, wobei betont wurde, dass unter allen einschlägigen internationalen Akteuren Doppelarbeit vermieden werden müsse.

An der Konferenz nahmen nationale und internationale Sachverständige aus mehreren Ländern sowie einschlägige internationale Organisationen, die ihre Mitglieder bei einzelnen Elementen der CBRN-Risikominderung unterstützen, teil.

6.3 Zusammenarbeit mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen

Seit dem vom UNODA 2010 in Wien veranstalteten Treffen internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen über die Zusammenarbeit bei der Förderung der Umsetzung von UNSCR 1540 (2004) und der Einrichtung des vierjährigen außerbudgetären Projekts zur Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der Resolution hat die OSZE umfassende Beziehungen zu den folgenden Organisationen aufgenommen:

- Internationale Atomenergie-Organisation
- Organisation für das Verbot chemischer Waffen
- Übereinkommen über biologische Waffen – Gruppe für die Unterstützung der Durchführung
- Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
- Europäische Union
- Nordatlantikvertrags-Organisation
- Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
- deutsches Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle – als zuständige Stelle für die Durchführung des EU-finanzierten Kooperationsprogramms für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck
- Weltgesundheitsorganisation

6.3.1 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Nachdem die Resolution 1540 als Bestandteil des völkerrechtlichen Rahmens für nukleare Sicherheit anerkannt wurde, arbeitet das KVZ eng mit der IAEO zusammen, um die Unterstützung für interessierte OSZE-Teilnehmerstaaten zu erleichtern.

Zur Vermeidung von Doppelarbeit werden Elemente der Integrierten Unterstützungspläne für nukleare Sicherheit in die Erstentwürfe von NAP betreffend UNSCR 1540 übernommen, sofern der Staat dem Priorität einräumt.

Konkret nahmen Vertreter der IAEO an NAP-Redaktionssitzungen teil; sie waren auch am Schulungskurs der OSZE zur Umsetzung von UNSCR 1540 an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (Tadschikistan) beteiligt.

6.3.2 Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)

Das KVZ und die OPCW tauschen aktiv und regelmäßig Informationen über Aktivitäten betreffend die Umsetzung von UNSCR 1540 aus. Derzeit werden Möglichkeiten zur Bündelung der Kräfte für gemeinsame Projekte im Hinblick auf die Erfassung der Chemiewaffen in den NAP bzw. Strategien geprüft. Ein Sachverständiger der OPCW beteiligte sich aktiv am Schulungskurs für die Umsetzung von UNSCR 1540 an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement.

6.3.3 Übereinkommen über biologische Waffen – Gruppe für die Unterstützung der Durchführung (BWÜ-ISU)

Das BWÜ ist eines der Schlüsselemente in den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, sich mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen auseinanderzusetzen. Die OSZE steht daher in Verbindung mit der Gruppe für die Unterstützung der Durchführung.

Trotz der begrenzten Zahl an Mitarbeitern wurde die BWÜ-ISU in die Aktivitäten der OSZE zur Umsetzung von UNSCR 1540 eingebunden.

6.3.4 Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)

Die OSZE und die CTBTO tauschen regelmäßig Informationen über Angelegenheiten betreffend die jeweiligen Mandate der beiden Organisationen aus.

Ein Beispiel für die wechselseitige Zusammenarbeit ist der Informationsaustausch über diverse Ausbildungs- und bewussteinbildende Aktivitäten, deren Schwerpunkt der Aufbau und die Aufrechterhaltung der notwendigen Kapazität in Bezug auf technische, rechtliche und politische Aspekte der nuklearen Nichtverbreitung bilden.

6.3.5 Europäische Union (EU)

Die EU unterstützt nachdrücklich regionale und nationale Bemühungen zur Umsetzung von UNSCR 1540, unter anderem durch Weitergabe von Informationen, verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ausschuss des UN-Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) und Bereitstellung wirksamer Unterstützung an jene Staaten, die diese benötigen. Zu diesem Zweck wurden 2006 bzw. 2008 zwei Gemeinsame Aktionen des Rates beschlossen und vom UNODA umgesetzt, während das Annahmeverfahren zu einem neuen Beschluss des Rates zur Unterstützung der Umsetzung von UNSCR 1540 derzeit läuft.

Da das EU-Stabilitätsinstrument durch seine Initiative betreffend die CBRN-Exzellenzzentren und durch die Errichtung regionaler Sekretariate zur Umsetzung der nationalen CBRN-Pläne in der OSZE-Region auch unmittelbar zur Verwirklichung der Ziele von UNSCR 1540 beiträgt, streben die OSZE und die EU derzeit eine Verstärkung ihrer

Zusammenarbeit an, mit dem Ziel, Doppelarbeit zu vermeiden und in ihren Bemühungen Synergien zu schaffen.

6.3.6 Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Während des Koordinierungstreffens im Februar 2012 von Mitarbeitern internationaler Organisationen bekräftigten Vertreter des KVZ und des NATO-Zentrums für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen unter anderem die Wichtigkeit der Weitergabe von Informationen über Angelegenheiten betreffend die Umsetzung von UNSCR 1540.

Die NATO ist sehr darauf bedacht, Vertreter des KVZ zur jährlichen NATO-Konferenz über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung im Bereich der Massenvernichtungswaffen einzuladen.

Darüber hinaus gab das KVZ im Zuge des *Advanced Research Workshop* der NATO im Rahmen des NATO-Programms *Science for Peace and Security* im Oktober 2012 einen Überblick über seine Bemühungen in Unterstützung der Teilnehmerstaaten zur Erleichterung der Umsetzung der Resolution.

6.3.7 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Die OSZE legt großen Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Exekutivsekretariat und den Mitgliedstaaten der GUS. Das in der GUS vorhandene Expertenwissen ist eine unschätzbare Informationsquelle für die umfassende Umsetzung der Resolution in der Region.

Um bewährte Methoden und nationale Erfahrungen in Bezug auf die Resolution 1540 und deren einzelne Bestandteile auszumachen und Informationen darüber auszutauschen, plant die OSZE gemeinsam mit dem UNODA und dem Exekutivsekretariat der GUS Anfang 2013 in Minsk (Belarus) einen Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 für die Zielgruppe der GUS-Länder.

6.3.8 Deutsches Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Das BAFA wurde von der EU damit beauftragt, Projekte im Bereich der Ausfuhrkontrolle betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck umzusetzen. Ziel dieser Projekte ist die Erhöhung der Wirksamkeit der Ausfuhrkontrollsysteme in Bezug auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck in den Partnerländern, um dadurch das Risiko der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und von verwandtem Material, Ausrüstung und Technologien zu vermindern.

2012 unterstützte die OSZE gemeinsam mit dem BAFA Moldau bei der Aktualisierung seiner Ausfuhrkontrollgesetze betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck, um diese mit den internationalen Anforderungen in Einklang zu bringen.

Darüber hinaus unterstützte das BAFA die OSZE aktiv bei der Serie von regionalen Workshops über Zollverfahren und Erteilung von Genehmigungen sowie durch Bereitstellung eines Ausbilders und eines Referenten für den Schulungskurs zur Umsetzung

von UNSCR 1540 an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement und für den Regionalen Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 im Ostseeraum.

Die OSZE nahm ihrerseits an der Konferenz internationaler, regionaler und subregionaler Industrieverbände zu UNSCR 1540 teil, die von der deutschen Regierung mit finanzieller Unterstützung durch die Regierungen Norwegens und der Vereinigten Staaten ausgerichtet und vom UNODA und BAFA – als der mit der Durchführung des EU-Kooperationsprogramms für Ausfuhrkontrolle zuständigen Stelle – mitorganisiert wurde. Es handelte sich um die erste Industriekonferenz zu UNSCR 1540. Unter den Teilnehmern waren Vertreter aus über 25 internationalen, regionalen und subregionalen Industrieverbänden mit aktiven Mitgliedschaften in über 100 UN-Mitgliedstaaten, die verschiedene Sektoren der Nuklearindustrie, der biologischen und chemischen Industrie, des Transportgewerbes und der Finanzindustrie sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie repräsentierten.

Darüber hinaus unterrichtete das KVZ im Zuge der 13. Internationalen Konferenz zur Ausfuhrkontrolle (Partnerschaften für Nichtverbreitung) die 300 internationalen Sachverständigen für strategische Handelsaufsicht über das Thema „UNSCR 1540 – Chancen für regionale Zusammenarbeit“.

6.3.9 Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Zur Verhinderung des Einsatzes biologischer Arbeitsstoffe als Waffen und zur Abschreckung ist die Umsetzung mehrerer internationaler Übereinkünfte erforderlich. Dazu gehören neben UNSCR 1540 und dem Übereinkommen über biologische Waffen die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV).

Die OSZE weiß um die wichtige Rolle der WHO im Kampf gegen biologische Bedrohungen und unterhält daher mit dieser Organisation eine enge Arbeitspartnerschaft. Biosicherheit betrifft die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und ist ein wichtiger Pfeiler sowohl von UNSCR 1540 als auch der IGV.

Die WHO beteiligte sich an mehreren von der OSZE organisierten Aktivitäten, darunter die nationalen Treffen am runden Tisch zur Umsetzung von UNSCR 1540 in Usbekistan und Kasachstan.

6.4 Zivilgesellschaft und Wissenschaft

6.4.1 Verification Research, Training and Information Centre (VERTIC)

Das *National Implementation Measures Programme* von VERTIC leistet Staaten bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen zur nationalen Umsetzung von UNSCR 1540 rechtliche Hilfestellung.

VERTIC ist für die OSZE ein äußerst wichtiger Partner, da es interessierten Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die Erleichterung der Umsetzung der vielfältigen Verpflichtungen aus Resolution 1540 Hilfestellung gibt.

6.4.2 Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation (VCDNP)

Das VCDNP hat die Aufgabe, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit durch Bereitstellung einer Plattform für unabhängige Analyse und Dialog auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung und der Nichtverbreitung zu fördern.

Die Zusammenarbeit zwischen dem VCDNP und der OSZE wurde durch einen verstärkten Informationsaustausch und die gemeinsame Teilnahme an Veranstaltungen und Schulungskursen kontinuierlich ausgebaut.

6.4.3 University of Georgia, Center for International Trade and Security

Das *Center for International Trade and Security* ist bestrebt, Frieden und Wohlstand durch Forschung, Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf der Verringerung der Bedrohungen liegt, die sich durch den Handel mit Materialien und Technologien mit Bezug zu Massenvernichtungswaffen ergeben.

Der OSZE kam das Wissen der University of Georgia (Vereinigte Staaten von Amerika) sehr zugute, da die Institution einen Vertreter zum Schulungskurs zur Umsetzung von UNSCR 1540 an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (Tadschikistan) als Ausbilder entsandte.

Darüber hinaus gab das KVZ im Oktober 2012 im Zuge des von der University of Georgia organisiert Workshops über die Umsetzung von UNSCR 1540 in Aschgabat (Turkmenistan), das vom *Export Control and Related Border Security Program* des Außenministeriums der Vereinigten Staaten finanziert wurde, einen Überblick über Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Umsetzung der Resolution.

Das KVZ leistete auch einen Beitrag in Form eines Artikels im *1540 Compass*, einer Zeitschrift des UNODA und des *Center for International Trade and Security*, mit dem Titel „*UNSCR 1540 and the Organization for Security and Co-operation in Europe*“ (Band 1, Ausgabe 1 – Winter 2012). Die Regierung von Kirgisistan würdigte in einem offenen Brief an den Herausgeber die Unterstützung der OSZE bei der Ausarbeitung ihres nationalen Aktionsplans zu Resolution 1540.

7. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die umfassende und wirksame Umsetzung von UNSCR 1540 verlangt innovatives und umfassendes Handeln der Teilnehmerstaaten mit wirksamer Unterstützung durch das OSZE-Sekretariat. Ebenso wichtig ist es, dass die Teilnehmerstaaten die Verpflichtungen aus UNSCR 1540 nicht als verordnete Pflichten, sondern als Chancen betrachten, die ihnen Vorteile durch verbesserte Zusammenarbeit auf regionaler und globaler Ebene eröffnet.

Die Umsetzung der Resolution 1540 ist ein langfristiger Prozess, für den sich nicht nur die Teilnehmerstaaten, sondern auch die wichtigsten internationalen Akteure engagieren müssen, etwa internationale und regionale Organisationen, wissenschaftliche Kreise, die Zivilgesellschaft und die Industrie.

Daher muss sich die Hauptaktivität der OSZE zur Erleichterung der Umsetzung der Resolution darauf konzentrieren, die Teilnehmerstaaten in ihren innerstaatlichen Bemühungen zu unterstützen und zugleich für Synergien mit anderen einschlägig tätigen Akteuren unter der Federführung des 1540-Ausschusses und seiner Sachverständigengruppe zu sorgen.

In diesem Zusammenhang war die Schaffung des Postens eines 1540-Beraters der OSZE sehr wichtig und maßgeblich für den Kontakt mit dem 1540-Ausschuss und für dessen Unterstützung. Die Koordinierung und Planung von Aktivitäten auf Ersuchen von Teilnehmerstaaten und die Weitergabe von Informationen in Ergänzung der Bemühungen des 1540-Ausschusses und seiner Sachverständigengruppe waren von wesentlicher Bedeutung für die Förderung des Umsetzungsprozesses von UNSCR 1540 in der OSZE-Region.

Alle hier beschriebenen Ergebnisse wurden allerdings unter dem Schirm eines außerbudgetären Projekts erzielt. Dieses institutionelle Arrangement gefährdet die erfolgreiche Fortsetzung der Unterstützung interessierter Teilnehmerstaaten, da die Finanzierung dieses Projekts Ende 2012 möglicherweise eingestellt wird. Um das Ergebnis des Projekts effektiver abzusichern, wurde daher vorgeschlagen, die beiden Posten in den Gesamthaushaltsplan 2013 aufzunehmen; dieser Vorschlag wird derzeit von den Teilnehmerstaaten erörtert.

8. Anhänge

Anhang A: Überblick über die Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen

KVZ-Teilnahme 2012 an Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen zu UNSCR 1540		
Datum	Titel	Ort
6. Februar	Zweites Treffen zum Informationsaustausch über nukleare Sicherheit	Wien (Österreich)
24. April	Seminar: „Zu einer CBN-Sicherheitskultur – Entwicklung eines ganzheitlichen Ansatzes“	Wien (Österreich)
23. – 25. April	Konferenz internationaler, regionaler und subregionaler Industrieverbände zu UNSCR 1540	Wiesbaden (Deutschland)
7. – 9. Mai	13. Internationale Konferenz zur Ausfuhrkontrolle (Partnerschaften für Nichtverbreitung)	Portorož (Slowenien)
8. Mai	Halbtägiges VCDNP-Seminar: „Nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung: Ideen aus Russland, Ideen für Russland“	Wien (Österreich)
14. – 15. Mai	Zusammenarbeit mit den Exzellenzzentren für CBRN-Risikominderung der EU: Welche konkrete Rolle sollen EU-Akteure und EU-Partner spielen?	Brüssel (Belgien)
14. – 15. Juni	Jährliche NATO-Konferenz über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung im Bereich der Massenvernichtungswaffen	Budapest (Ungarn)

KVZ-Teilnahme 2012 an Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen zu UNSCR 1540		
Datum	Titel	Ort
12. – 13. Juli	Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540: Innovative Ansätze betreffend Aufbau von Kapazitäten und Unterstützung	Warschau (Polen)
25. – 27. Juli	Regionaler Workshop der IAEO zur Erleichterung der Einhaltung und Umsetzung der 2005 vorgenommenen Änderung des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial	Karlsruhe (Deutschland)
9. – 10. Oktober	<i>Advanced Research Workshop</i> der NATO über politische, wissenschaftliche und technologische Ansätze in Bezug auf die Umsetzung von UNSCR 1540	Chişinău (Moldau)
8. – 9. November	Internationales Treffen zum Thema chemische Sicherheit (Polen/OPCW)	Tarnów (Polen)

Anhang B: Überblick über die für 2013 geplanten KVZ-Veranstaltungen

Für 2013 geplante KVZ-Veranstaltungen zur Umsetzung von UNSCR 1540		
Datum	Titel	Ort
15. – 16. Januar 2013	OSZE/UNODA/GUS-Workshop über die Umsetzung der UNSC-Resolution 1540 für die GUS-Staaten	Minsk (Belarus)
Februar – März 2013	Regionaler Workshop von BAFA (EU)/Auswärtigem Amt (Deutschland)/OSZE/UNODA über Schlüsselemente der Ausfuhrkontrolle für Zentralasien	Ort noch nicht bestätigt
Zweite Hälfte 2013	Regionalveranstaltung zu UNSCR 1540 auf Ersuchen Serbiens, im Anschluss an die Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans (Weitergabe von Informationen über wirksame Methoden)	Südosteuropa (Ort noch offen)
Zweite Hälfte 2013	Regionaler Workshop von OSZE/UNODA über die Umsetzung von UNSCR 1540, Schwarzmeerregion	Odessa (Ukraine) (noch nicht bestätigt)
Im Verlauf von 2013/2014	Regionale Schulungskurse zum Thema Warenerkennung für militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck	Orte und Länder noch offen

Anhang C: Entwurf des Jahresarbeitsprogramms des OSZE-Sekretariats für 2013

Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540

Im ersten Jahr seiner Durchführung folgte das außerbudgetäre Projekt „Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540“ genau den Empfehlungen der Teilnehmerstaaten, die diese im Januar 2011 beim OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 ausgesprochen hatten. Das KVV richtete einen verlässlichen Mechanismus für die Kooperation mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe sowie mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) ein, der im Oktober 2011 mit einer von OSZE und UNODA unterzeichneten Vereinbarung über gemeinsame Projektaktivitäten zur Förderung der regionalen Umsetzung der Resolution 1540 fixiert wurde.

Abgesehen davon setzte das KVV seine Aufklärungsarbeit fort und unterstützte interessierte Teilnehmerstaaten bei der möglichen Abfassung weiterer Kapitel des Praxisleitfadens, ausgehend vom Grundsatz nationaler Zustimmung und kooperativer Bemühungen. Die Bereitstellung maßgeschneiderter Schulungsaktivitäten erfolgte durch eine Serie regionaler Workshops, die 2011 mit der Region Südosteuropa begann und 2012 mit den Mittelmeerpartnern und den Regionen Zentralasien, Osteuropa und Kaukasus fortgesetzt wurde.

Die wichtigste Tätigkeit des KVV in den Jahren 2011/2012 war jedoch die wesentliche Erleichterung der Unterstützung für interessierte Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung ihrer NAP zu UNSCR 1540. Genauer gesagt erhielten Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kirgisistan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, die Republik Serbien, Tadschikistan und Usbekistan Beratung und technische Unterstützung. Aus diesen maßgeschneiderten Bemühungen entstanden drei nationale Aktionspläne für Belarus, Kirgisistan und die Republik Serbien. Bei diesen Aktivitäten spielten der 1540-Ausschuss und seine Sachverständigengruppe eine maßgebliche Rolle und unterstützten die OSZE-Teilnehmerstaaten bei ihren Umsetzungsbemühungen mit Expertenwissen.

Darüber hinaus bekannten sich die Teilnehmerstaaten zu ihrer Verpflichtung, die laufenden Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung von UNSCR 1540 zu unterstützen und mit Hilfe der zuständigen Beschlussfassungsorgane der OSZE zu ermitteln, welchen Beitrag die OSZE zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung von UNSCR 1540 leisten kann, und diesen zu stärken, im Sinne von Ministerratsbeschluss Nr. 8/11 über die angemessenen Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (MC.DEC/8/11). Dazu gehört unter anderem die Beibehaltung des Informationsaustauschs über Fortschritte und Erkenntnisse auf nationaler Ebene laut Ministerratsbeschluss Nr. 7/11 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen (MC.DEC/7/11/Corr.1). Im Zusammenhang damit hat das FSK einen Beschluss über die Kontaktstellen für UNSCR 1540 (FSC.DEC/19/11) verabschiedet und damit ein ergänzendes und freiwilliges Instrument zur Vertiefung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Teilnehmerstaaten geschaffen. Bislang haben 46 Teilnehmerstaaten ihre nationale OSZE-Kontaktstelle für UNSCR 1540 benannt. Dieses Kontaktstellennetz wurde anschließend dem 1540-Ausschuss zugänglich gemacht, im Einklang mit

der in Resolution 1977 ausgesprochenen Ermutigung der Teilnehmerstaaten, eng mit dem Ausschuss zusammenzuarbeiten.

Schließlich bestellt der FSK-Vorsitz im Juli 2012 einen Koordinator für Fragen der Nichtverbreitung (FSC.DEL/86/12), der unter anderem damit beauftragt wurde, Möglichkeiten zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 zu prüfen und weiterhin zu ermitteln, in welcher Form die OSZE konkret dazu beitragen kann, den Teilnehmerstaaten bei der vollständigen Umsetzung von UNSCR 1540 zu helfen, und diesen Beitrag gegebenenfalls entsprechend auszubauen.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich als direkte Folge die nachstehend angeführten Zielsetzungen, die das KVZ für das Jahr 2013 plant, unter der Voraussetzung, dass die Aufgaben im Zusammenhang mit UNSCR 1540 in den Gesamthaushaltsplan 2013 aufgenommen oder aus außerbudgetären Mitteln finanziert werden.

ZIEL 1: UNTERSTÜTZUNG INTERESSIERTER TEILNEHMERSTAATEN BEI DER UMSETZUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN NACH UNSCR 1540

Outcome 1.1: Technische Hilfestellung in bestimmten Belangen im Zusammenhang mit der Umsetzung von UNSCR 1540, Bewusstseinsbildung

Output 1.1.1: Länderspezifische Dialogbesuche des 1540-Beraters in Abstimmung mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe. Auf Ersuchen interessierter Teilnehmerstaaten nationale Treffen am runden Tisch zur Umsetzung von UNSCR 1540.

In Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss und seiner Sachverständigengruppe und gegebenenfalls mit anderen maßgeblichen Akteuren ist das 1540-Team Veranstalter oder Teilnehmer von länderspezifischen Dialogbesuchen und Expertengesprächen mit diversen staatlichen Stellen, deren Zweck ein Erfahrungsaustausch und die Prüfung von Möglichkeiten für eine verbesserte Umsetzung von UNSCR 1540 auf nationaler Ebene und in Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe ist.

Schwerpunktgebiete: Albanien, Aserbaidschan, Georgien, Turkmenistan, Ukraine
Zeitraumen: 2013
Haushalt: noch offen

Output 1.1.2: Auf Ersuchen interessierter Teilnehmerstaaten unterstützt der 1540-Berater in enger Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe die interessierten Teilnehmerstaaten bei der Einführung, Entwicklung und Umsetzung ihrer NAP.

Der 1540-Berater führt mit den interessierten Teilnehmerstaaten Konsultationen in Form interinstitutioneller Diskussionsrunden über die Aktualisierung der dem 1540-Ausschuss vorzulegenden Länderberichte und erteilt ihnen technische Unterstützung bei der Erstellung ihres nationalen Aktionsplans und dessen anschließender Umsetzung.

Was konkrete Hilfestellungen anbelangt, wird der 1540-Berater je nach Komplexität der anstehenden Fragen, von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung nationaler Prioritäten ein mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe, UNODA, Europäische Union einschließlich BAFA, GUS, IAEO, OPCW, BWÜ-ISU, UNODC, CTBTO, WHO und anderen einschlägigen Organisationen koordiniertes Vorgehen und kooperative Bemühungen

fördern. Gegebenenfalls können auch Beispiele aus anderen Teilnehmerstaaten und bewährte Methoden ermittelt werden.

Schwerpunktgebiete: Albanien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Republik Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan.

Zeitraumen: 2013

Haushalt: noch offen

Outcome 1.2: Bessere Qualifikation der Fachleute aus den Teilnehmerstaaten für die praktische Umsetzung bestimmter 1540-Verpflichtungen

Output 1.2.1: Organisation maßgeschneiderter Schulungsaktivitäten zu bestimmten 1540-Umsetzungsfragen auf nationaler und subregionaler Ebene.

Etliche Teilnehmerstaaten haben ihr Interesse an einer Erweiterung ihres Wissens über UNSCR 1540 und zu konkreten Fragen der praktischen Umsetzung einschließlich einer Ausbildung in Warenerkennung bekundet.

In enger Zusammenarbeit mit anderen Fachreferaten der OSZE, dem 1540-Ausschuss und seiner Sachverständigengruppe, einschlägigen Organisationen und gegebenenfalls mit Unterstützung der Feldoperationen unterstützt das 1540-Team Schulungs-Workshops für Entscheidungsträger und Fachleute aus den Teilnehmerstaaten zu Ausfuhrkontrollgesetzen betreffend Massenvernichtungswaffen und zur Logistik für Zoll und Grenzpolizei.

Schwerpunktgebiet: alle 56 Teilnehmerstaaten

Zeitraumen: 2013

Haushalt: noch offen

Output 1.2.2: Einbindung der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe und anderer einschlägiger Ausbildungseinrichtungen in der OSZE-Region als Kontaktstellen für Ausbildungsveranstaltungen, deren Zielgruppe Leiter der Ausfuhrkontrolle, Zoll-, Grenz- und Polizeibeamte sowie mit der Umsetzung von UNSCR 1540 im OSZE-Raum befasste Entscheidungsträger sind.

In enger Zusammenarbeit mit anderen Fachreferaten der OSZE, dem 1540-Ausschuss und seiner Sachverständigengruppe sowie anderen maßgeblichen internationalen Akteuren wie UNODA vermittelt das 1540-Team Ausbildungen zu einschlägigen Aspekten der Umsetzung von UNSCR 1540.

Schwerpunktgebiet: alle 56 Teilnehmerstaaten

Zeitraumen: 2013

Haushalt: noch offen

Outcome 1.3: Weite Verbreitung bewährter Methoden

Output 1.3.1: Ausarbeitung weiterer Kapitel des Praxisleitfadens zu 1540, sofern die Teilnehmerstaaten daran interessiert sind und Konsens darüber besteht.

Das KVZ wird die interessierten Teilnehmerstaaten bei diesen Bemühungen unterstützen.

Schwerpunktgebiet: alle 56 Teilnehmerstaaten, Weitergabe auch an Kooperationspartner
Zeitraumen: 2013
Haushalt: noch offen

ZIEL 2: STÄRKUNG DER EXPERTISE UND FÄHIGKEITEN DER OSZE FÜR DIE FÖRDERUNG DER UMSETZUNG VON UNSCR 1540

Outcome 2.1: Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen den Teilnehmerstaaten über UNSCR 1540

Output 2.1.1: Gemäß FSK-Beschluss Nr. 19/11 (FSC.DEC/19/11) über die Benennung nationaler Kontaktstellen für UNSCR 1540 auch weiterhin Hilfestellung durch das KVZ bei der Erleichterung des Informationsaustauschs und der Förderung bewährter Praktiken zwischen Teilnehmerstaaten und gemeinsam mit dem 1540-Ausschuss bei Fragen im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung von UNSCR 1540.

Output 2.1.2: Sondierung einer möglichen Rolle des OSZE-Kommunikationsnetzes im Hinblick auf größtmögliche Sicherheit beim Austausch sensibler Daten zwischen Teilnehmerstaaten.

Schwerpunktgebiet: alle 56 Teilnehmerstaaten
Zeitraumen: 2013
Haushalt: noch offen

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER BEMÜHUNGEN ZUR WEITEREN
VERBESSERUNG DER UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX ZU
POLITISCH-MILITÄRISCHEN ASPEKTEN DER SICHERHEIT**

(MC.GAL/3/12 vom 27. November 2012)

1. Einleitung und Zielsetzung

Der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit ist ein entscheidendes normatives Dokument, das von den KSZE-Teilnehmerstaaten im Dezember 1994 auf dem Gipfeltreffen von Budapest verabschiedet wurde. Der Kodex trat am 1. Januar 1995 in Kraft. Mit der Annahme dieses Grundsatzdokuments für Governance im Sicherheitsbereich kamen die KSZE-Teilnehmerstaaten überein, ihre innerstaatlichen politisch-militärischen Angelegenheiten zu reformieren und in ihrer nationalen Sicherheitspolitik und -doktrin international vereinbarte Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien zu verfolgen. Im Korpus der in der politisch-militärischen Dimension der OSZE entwickelten normativen Dokumente nimmt der Verhaltenskodex einen grundlegenden Platz ein und findet bei anderen internationalen Organisationen nicht seinesgleichen.

Im Einklang mit Beschluss Nr. 7/11 des Ministerrats von Wilna hebt dieser Bericht die Fortschritte in den Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex hervor. Der Bericht geht auf den Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten über die Umsetzung des Kodex, die Bemühungen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) seit dem Ministerrattreffen von Wilna und auf sonstige Aktivitäten in der Organisation ein. Er erfasst den Zeitraum zwischen November 2011 und November 2012.¹

2. Bemühungen des FSK

Seit dem Ministerrattreffen von Wilna im Dezember 2011 setzte das FSK seine Arbeit zur Verbesserung der Umsetzung des Kodex fort.

Im Juni 2012 wurde ein Treffen im Rahmen eines Sicherheitsdialogs über die demokratische und parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte abgehalten.

Am 11. Juli 2012 fand die erste Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex in Wien statt. Diese Sitzung wurde im Einklang mit FSK-Beschluss Nr. 12/11 abgehalten, in dem beschlossen worden war, „eine regelmäßige gezielte Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu etablieren, indem dem Verhaltenskodex jährlich eine eigene eintägige Sitzung [...] gewidmet wird“. Die erste Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex im Juli 2012 bot den Experten aus den Delegationen und Hauptstädten eine einzigartige Gelegenheit zur Erörterung der Frage, wie die Umsetzung des Verhaltenskodex, darunter auch sein jährlicher Informationsaustausch, gefördert und verbessert werden kann, zu einer

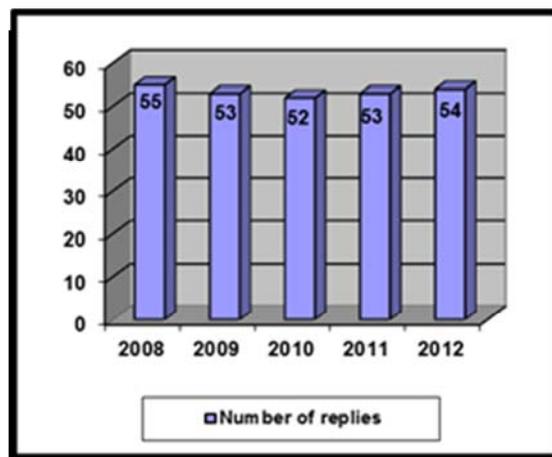
1 Inhaltliches wurde bis zum 21. November 2012 berücksichtigt.

Evaluierung des Kodex und einer Prüfung seiner Anwendung vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und militärischen Lage.

Im Zuge der Sitzung wurden zahlreiche Vorschläge zur Entwicklung und Umsetzung des Verhaltenskodex vorgelegt. Die Anregungen betrafen unter anderem eine Erhöhung des Bekanntheitsgrads des Verhaltenskodex unter den OSZE-Kooperationspartnern sowie wichtigen Akteuren wie Parlamentariern, eine Erweiterung des Umfangs des jährlichen Fragebogens, eine qualitative Beurteilung des jährlichen Informationsaustauschs und ein verstärktes Engagement der OSZE-Feldpräsenzen bei der Förderung des Kodex. Nach der Sitzung wurde eine Übersicht aller Vorschläge erstellt.²

3. Informationsaustausch

Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben vereinbart, jährlich Informationen über die Umsetzung des Verhaltenskodex anhand eines vereinbarten Fragebogens auszutauschen (FSC.DEC/2/09). Die Bereitschaft zur Teilnahme am Informationsaustausch war schon immer hoch, und die überwiegende Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten übermittelte Informationen über ihre Bemühungen zur Umsetzung des Verhaltenskodex (siehe nachstehende Graphik). Alle Teilnehmerstaaten haben den Fragebogen zumindest einmal seit seiner Einführung im Jahr 1998 beantwortet.



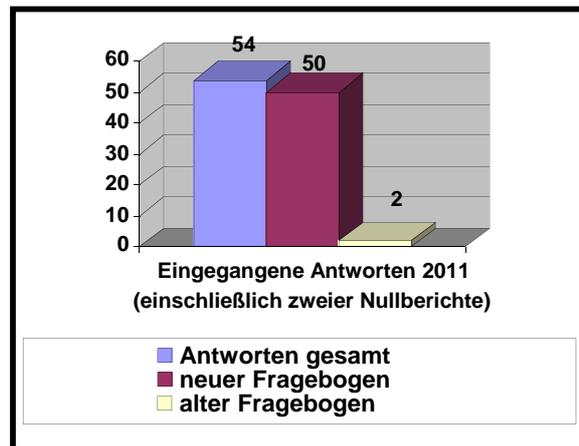
Der jährliche Informationsaustausch ist ein einzigartiger Mechanismus zur Förderung der internationalen Transparenz in Bezug auf die Streitkräfte und deren Kontrolle durch verfassungsmäßige Organe. Seit 2008 werden die Antworten auf die OSZE-Website gestellt, wo die Öffentlichkeit Einsicht nehmen kann.

Vom Konfliktverhütungszentrum (KVZ) wurde ein statistischer Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex ausgearbeitet. Gemäß FSK-Beschluss Nr. 12/11 basierte dieser Bericht auf dem 2012 durchgeführten jährlichen Informationsaustausch gemäß dem Verhaltenskodex und beschränkte sich auf die Bereitstellung statistischer Daten über die Umsetzung. Er zeigte übliche Verfahrensweisen auf und ging auf diese auch nur allgemein ein. Im Bericht wurden keine Vergleiche einzelstaatlicher Strategien angestellt und es wurde auch keinerlei Beurteilung der Umsetzung vorgenommen.

2 FSC.GAL/96/12.

Im Jahr 2012 hatten 54 Teilnehmerstaaten bis 21. November 2012 Informationen über ihre Umsetzungsaktivitäten übermittelt.

2009 kamen die Teilnehmerstaaten überein, dem Fragebogen ein neues Format zu geben. Dennoch gaben zwei Teilnehmerstaaten ihre Antworten auch noch 2012 in der alten Form ab (siehe nachstehende Grafik). Als positive Entwicklung ist allerdings anzumerken, dass diese Anzahl stetig abnimmt.



Einige Antworten enthielten zusätzliche freiwillige Informationen. Entsprechend der dem FSK-Beschluss Nr. 5/11 (FSC.DEC/5/11) beigefügten interpretativen Erklärung übermittelten 27 Teilnehmerstaaten Informationen über die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit. Ferner machten fünf Teilnehmerstaaten im Einklang mit der interpretativen Erklärung, die Beschluss Nr. 2/09 (FSC.DEC/2/09) beigefügt wurde, in ihren Rückmeldungen 2012 Angaben zu privaten Militär- und Sicherheitsfirmen (PMSC).

4. Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und Öffnung

Mit dem FSK-Beschluss Nr. 1/08 über die Verankerung des Verhaltenskodex im öffentlichen Bewusstsein und dessen Öffnung wurde das OSZE-Sekretariat beauftragt, in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen oder mit Teilnehmerstaaten zumindest einmal pro Jahr ein Fachseminar oder eine Facharbeitstagung aus außerbudgetären Mitteln zu veranstalten, um eine bessere Umsetzung zu erreichen und die Verankerung des Verhaltenskodex im öffentlichen Bewusstsein und dessen Öffnung zu unterstützen. Der Beschluss ermutigt auch die Teilnehmerstaaten, zu außerbudgetären Fonds beizutragen, um derartige Veranstaltungen zu ermöglichen. Ferner wird der FSK-Vorsitz aufgefordert, die OSZE-Kooperationspartner einzubinden.

Im Einklang mit diesem Beschluss veranstaltete das KVZ im Juni 2012 das fünfte regionale Seminar für den Ostseeraum in Riga (Lettland). Das Seminar wurde von hochrangigen Teilnehmern aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und der Schweiz besucht; darunter waren sowohl hohe Amtsträger der Verteidigungs- und Außenministerien und der Streitkräfte als auch Vertreter der nationalen Parlamente, des BDIMR, der Wissenschaft und des FSK-Vorsitzes.

Das Seminar widmete sich der Umsetzung des Verhaltenskodex in der Region sowie der Reichweite dieses wichtigen normativen Dokuments. Spezieller Schwerpunkt der Erörterungen waren die demokratische Kontrolle der Streitkräfte, die parlamentarische Kontrolle, die Reform des Sicherheitswesens sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen. Außerdem standen einschlägige Aspekte von UNSCR 1325, die Rechte der Angehörigen der Streitkräfte, Internetsicherheit und die Sicherheit und Zusammenarbeit in der Ostseeregion auf der Tagesordnung. Vorhergehende regionale Seminare waren in Kasachstan (2008), Bosnien und Herzegowina (2009), Belarus (2010) und der Ukraine (2011) abgehalten und von Deutschland, Österreich und der Schweiz aus außerbudgetären Mitteln finanziert worden.

Das KVZ ermöglichte auch eine thematische Diskussion über den Verhaltenskodex mit der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum am 16. März 2012. Die Mittelmeerpartner zeigten Interesse am Verhaltenskodex und an den im OSZE-Raum gemachten Erfahrungen.

Im Berichtszeitraum setzten sich auch die Feldoperationen der OSZE durch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Schulungsaktivitäten für die Umsetzung des Kodex ein:

Im November 2011 brachte das OSZE-Büro in Eriwan gemeinsam mit dem armenischen Verteidigungsministerium eine Publikation unter dem Titel *Armenia and Democratic Control of the Armed Forces: Analysis and Perspectives* heraus, die Artikel über den Verhaltenskodex, seine Geschichte und seinen politischen Hintergrund sowie die Erfahrungen Armeniens und anderer Länder bei seiner Umsetzung enthält. Der Band wurde von Experten des *Drastamat Kanayan Institute for National Strategic Studies* am armenischen Verteidigungsministerium in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie dem Büro für die Verteidigung der Menschenrechte und der Staatlichen Universität Eriwan ausgearbeitet.

Im November 2011 wurde mit Unterstützung der OSZE-Mission die vierte politisch-militärische Überprüfungskonferenz in Bosnien und Herzegowina abgehalten. Die Konferenz befasste sich mit der Umsetzung politisch-militärischer Verpflichtungen im Rahmen der OSZE und der Vereinten Nationen. Die Veranstaltung bot Gelegenheit, Errungenschaften und aktuelle Herausforderungen zu erkennen und Lösungen für eine umfassende Verbesserung der Umsetzung zu finden. Es wurde die Gelegenheit genutzt, um die Prinzipien des Verhaltenskodex zu unterstützen und Mängel in seiner Umsetzung und beim Informationsaustausch zu erörtern. In einer der Schlussfolgerungen der Konferenz wurde die Einrichtung eines offiziellen Koordinationsteams des Ministerrats für die Umsetzung der OSZE- und UN-Sicherheitsverpflichtungen von Bosnien und Herzegowina gefordert, das die Aktivitäten zur Vorbereitung des Informationsaustausches koordinieren und die Umsetzung der politisch-militärischen Verpflichtungen analysieren und überwachen soll.

Im Dezember 2011 organisierte das OSZE-Büro in Baku eine eintägige Veranstaltung zur Vorstellung der aserbajdschanischen Sprachfassung des vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) in Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) ausgearbeiteten „Handbuchs über die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Angehörigen der Streitkräfte“. Die Veranstaltung wurde vom BDIMR und vom DCAF unterstützt, Gastgeber war die dem Präsidenten der Republik Aserbaidschan unterstehende Akademie für öffentliche

Verwaltung. Unter den Teilnehmern waren Regierungsbeamte, u. a. aus dem Verteidigungsministerium und der Volksanwaltschaft, internationale Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Seit dieser Veranstaltung hat die Volksanwaltschaft eine führende Rolle in der Vermittlung der wesentlichen Inhalte dieses Buchs an die jeweiligen Ansprechpartner auf nationaler Ebene übernommen.

Im Dezember 2011 organisierte die OSZE-Mission in Montenegro gemeinsam mit dem Komitee für Sicherheit und Verteidigung des montenegrinischen Parlaments und mit Unterstützung des KVZ und des DCAF in Budva (Montenegro) ein Seminar über die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und die Umsetzung des Verhaltenskodex.

Das am 15. und 16. Dezember 2011 abgehaltene Seminar verstärkte das Bewusstsein in Hinblick auf die Umsetzung des Kodex in Montenegro. Nationale und internationale Experten erörterten die jüngsten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kodex sowie zukünftige Initiativen im Bereich der demokratischen parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte, der Kräfte der inneren Sicherheit und der Sicherheitskräfte. Ein besonderer Schwerpunkt war die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern, Ministerien, Vorgesetzten von Militär, Polizei und Nachrichtendiensten und den an der Überwachung des Sicherheits- und Verteidigungssektors in Montenegro beteiligten NGOs.

Außerdem unterstützte die Mission die Teilnahme des Vorsitzenden des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung des montenegrinischen Parlaments an der ersten Jährlichen Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex. Der Vorsitzende hielt ein Impulsreferat zum Thema „Nationale Erfahrungen: die Gesetzgebung im Bereich der demokratischen Kontrolle des Sicherheits- und Verteidigungssektors in Montenegro und die Relevanz des Verhaltenskodex“.

Im Februar 2012 organisierte die Abteilung für Sicherheitskooperation der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina eine politisch-militärische Unterweisung, um neue Funktionsträger nationaler Institutionen über die politisch-militärische Dimension der OSZE zu informieren und die Grundsätze des Verhaltenskodex sowie den Informationsaustausch zum Kodex vorzustellen. Die Mission unterstützte auch die Teilnahme zweier Amtsträger (Verteidigungsministerium und Gemeinsamer Streitkräftestab) an der ersten Jährlichen Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex.

Im September 2012 leistete das KVZ dem Zentrum für Sicherheitskooperation RACVIAC Hilfe bei der Organisation eines regionalen Seminars über den Verhaltenskodex. Bei diesem Seminar, das vom 18. bis 20. September 2012 in der Nähe von Zagreb (Kroatien) stattfand, kamen Experten und Praktiker aus Südosteuropa zusammen, darunter Vertreter der Verteidigungs- und Außenministerien, der Streitkräfte, der nationalen Parlamente, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Während des Seminars präsentierten die Länder der Region ihre Antworten zum jährlichen Informationsaustausch. In diesem Zusammenhang wurde die Idee eines regelmäßigen und gezielten Peer-to-Peer-Überprüfungsmechanismus als mögliche Nachwirkung des Seminars erörtert.

Im Oktober 2012 unterstützten das OSZE-Zentrum in Astana und das KVZ das Verteidigungsministerium von Kasachstan bei der Organisation eines regionalen Seminars über den Verhaltenskodex in der zentralasiatischen Region, zu dem Teilnehmer aus Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan kamen, darunter Vertreter der Streitkräfte, der Verteidigungs- und Außenministerien sowie des kasachischen Ministeriums für

Katastrophenschutz und des BDIMR. Themen wie die Reform des Sicherheitssektors, die Rechenschaftspflicht der Streitkräfte und die damit verbundene parlamentarische Kontrolle und die Rechte der Angehörigen der Streitkräfte sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts kamen bei dem Seminar zur Sprache. Die Veranstaltung war auch hilfreich im Sinne der Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Verteidigungs- und Strafverfolgungsbehörden sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene.

Vom 14. bis 15. November 2012 wurde in Sarajevo-Ilidža die 5. Konferenz zur Überprüfung der Einhaltung der OSZE- und UN-Sicherheitsverpflichtungen von Bosnien und Herzegowina abgehalten. Dabei ging es um die Einhaltung von politisch-militärischen Verpflichtungen im Rahmen der OSZE und der UN auf nationaler Ebene. Diese Überprüfungskonferenzen sind zu einem wichtigen Gremium der Reflexion und konstruktiven Erörterung und Diskussion zwischen Politikern und Experten in Hinblick auf die Umsetzung der politisch-militärischen Verpflichtungen von Bosnien und Herzegowina geworden. Die diesjährige Konferenz sollte die Einhaltung beurteilen und einen Aktionsplan für koordinierte Initiativen zur Verbesserung der Fähigkeiten zur Einhaltung der Verpflichtungen auf nationaler Ebene formulieren. Der Verhaltenskodex bildete ein Hauptelement der Überprüfungskonferenz und stellt einen wesentlichen Schwerpunkt der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina dar.

Am 20. November 2012 wurde in Skopje vom BDIMR und vom Verteidigungsministerium eine eintägige Veranstaltung zur Vorstellung der mazedonischen Sprachfassung des von BDIMR und DCAF herausgegebenen „Handbuchs über die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Angehörigen der Streitkräfte“ abgehalten. Dabei wurden auch unter Beteiligung des KVZ und eines Vertreters des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Vorträge über den Verhaltenskodex und die Rolle der Volksanwaltschaften gehalten. Die Veranstaltung wurde von Beamten aus verschiedenen Ministerien und Parlamentsausschüssen sowie Vertretern der Wissenschaft und Zivilgesellschaft besucht.

5. Schlussfolgerungen

2012 hat der Kodex einmal mehr seine wichtige Rolle als Paket von Prinzipien und Leitlinien bewiesen, die zwischen- und innerstaatliche Verhaltensnormen widerspiegeln und für die Reform des Sicherheitswesens von entscheidender Bedeutung sind.

Höhepunkt des Jahres 2012 war zweifelsohne die erste Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex im Juli 2012 in Wien. Diese wichtige Veranstaltung erlaubte den Teilnehmern, über Wege der Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu reflektieren und seine wesentlichen Prinzipien zu erörtern. Dabei wurden viele Vorschläge gemacht. Die Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex wurden auch durch Initiativen der FSK-Vorsitze verstärkt, indem sie den Kodex im Rahmen der Sicherheitsdialoge im Jahr 2012 thematisierten und förderten.

Ein weiterer Höhepunkt waren die zahlreichen von FSK, KVZ und OSZE-Feldmissionen getragenen Outreach- und Sensibilisierungsaktivitäten in der Kaukasus-Region, in Südosteuropa, im Ostseeraum und in Zentralasien. Durch die Einbeziehung wichtiger Akteure der Streitkräfte, der Außenministerien, von Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft und Wissenschaft wurden sie zu einzigartigen Gelegenheiten, das Wissen

über die Bestimmungen des Kodex zu vertiefen und seine wichtigen Prinzipien im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Die Teilnehmerstaaten, die als Gastgeber solcher Seminare fungierten oder daran teilnahmen, leisteten einen wichtigen Beitrag zur Transparenz sowie zur nationalen und regionalen Stabilität und Sicherheit. Wie in FSK-Beschluss Nr. 1/08 festgelegt, wird allen Teilnehmerstaaten nahegelegt, Seminare und Arbeitstagen unter Beteiligung von Teilnehmerstaaten und OSZE-Kooperationspartnern weiterhin zu unterstützen und abzuhalten.

Was den Informationsaustausch 2012 betrifft, so lässt sich an der Zahl der Antworten eine anhaltend hohe Bereitschaft zur Teilnahme ablesen. Viele Teilnehmerstaaten übermittelten freiwillig zusätzliche Informationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit, und einige Staaten machten Angaben zu privaten Militär- und Sicherheitsfirmen. Dies stellt zweifelsohne eine qualitative Bereicherung des jährlichen Informationsaustausches 2012 dar. Einige Teilnehmerstaaten stellten in diesem Zusammenhang fest, dass sie eine Vereinbarung zwischen allen OSZE-Teilnehmerstaaten über die Aufnahme von Informationen über Frauen, Frieden und Sicherheit als Bestandteil des Fragebogens zum Verhaltenskodex begrüßen würden.

Wie bereits in früheren Jahren variierten die Berichte erheblich hinsichtlich Inhalt und Umfang. Wieder haben zwei Teilnehmerstaaten keine Berichte übermittelt; zwei Teilnehmerstaaten verwendeten das alte Format.

In der Zukunft werden weitere, sowohl für die OSZE-Teilnehmerstaaten als auch die Kooperationspartner veranstaltete Dialoge, Seminare und Arbeitstagen zum Verhaltenskodex dazu beitragen, das öffentliche Bewusstsein, die Reichweite und vor allem die bessere Umsetzung dieses wichtigen Dokuments zu verstärken.

Insbesondere die Übersetzung des Verhaltenskodex ins Arabische und eine mögliche Veranstaltung über den Verhaltenskodex für den Mittelmeerraum und Nordafrika im Jahr 2013 könnten positive Impulse für die arabische Welt bringen. Auch Vorträge über bewährte Praktiken und länderspezifische Umsetzungserfahrungen mit dem Kodex könnten vielversprechende Aussichten eröffnen.

Schließlich wird die zweite Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex 2013 auch eine wichtige Gelegenheit bieten, den Verhaltenskodex und seine Umsetzung auf strukturierte und gezielte Art und Weise zu erörtern. Im Hinblick auf diese Sitzung haben verschiedene Teilnehmerstaaten vorgeschlagen, das KVZ zusätzlich mit der Erstellung einer detaillierteren Übersicht und einer Bewertung des Umsetzungsstatus des Verhaltenskodex zu beauftragen.

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN
DES MINISTERRATS ÜBER BEMÜHUNGEN IM BEREICH DER
RÜSTUNGSKONTROLLABKOMMEN UND VERTRAUENS- UND
SICHERHEITSBILDENDEN MASSNAHMEN**

(MC.GAL/4/12 vom 27. November 2012)

1. Einleitung und Zielsetzung

Die Vorlage dieses Berichts erfolgt im Einklang mit dem auf dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats in Wilna verabschiedeten Ministerratsbeschluss Nr. 7/11 über für das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) relevante Fragen. Der Bericht gibt einen chronologischen Überblick über die Bemühungen des FSK auf dem Gebiet der Rüstungskontrollabkommen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) im Zeitraum November 2011 bis November 2012.¹

Im Bericht wird auch auf die zwischen den Teilnehmerstaaten im FSK über die Durchführung vereinbarter VSBM ausgetauschten Informationen, normative Initiativen und Entwicklungen im Forum sowie andere damit zusammenhängende Aktivitäten in der OSZE eingegangen. Dem Bericht ist zu entnehmen, worüber im FSK diskutiert wurde und welche Beschlüsse das FSK verabschiedet hat. Einzelheiten zur Durchführung enthält der zusammenfassende Bericht des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) über die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Durchführung des Wiener Dokuments und anderer erörterter Maßnahmen, der auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung 2012 vorgelegt wurde.²

2. Bemühungen des FSK seit dem Ministerratstreffen von Wilna

Das Ministerratstreffen von Wilna beauftragte 2011 das FSK, im Jahr 2012 „weitere Impulse für Verhandlungen über die Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit dem Ziel zu setzen, die militärische Stabilität, Transparenz und Vorhersehbarkeit für alle Teilnehmerstaaten zu erhöhen“³.

Die Teilnehmerstaaten setzten im Berichtszeitraum die Verhandlungen über die Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments im FSK fort.

Am 30. November 2011 erfolgte mit dem Beschluss Nr. 14/11 des FSK die Neuauflage des Wiener Dokuments als Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und

1 Inhaltliches wurde bis zum 16. November 2012 berücksichtigt.

2 FSC.GAL/27/12/Rev.1.

3 Siehe Beschluss Nr. 7/11 des Ministerrats (MC.DEC/7/11/Corr.1) samt interpretativer Erklärung dazu.

sicherheitsbildende Maßnahmen⁴. In das neu aufgelegte Wiener Dokument, das am 1. Dezember 2011 in Kraft trat, wurden neun WD-PLUS-Beschlüsse⁵ übernommen.

Im neu aufgelegten Wiener Dokument 2011 wurden Titel und Einleitung des Wiener Dokuments aktualisiert, die Genauigkeit der geographischen Koordinaten verbessert, neue Modalitäten für die Besuche von Militärflugplätzen, die Mehrzweckangriffshubschrauber oder Spezialangriffshubschrauber abfertigen, definiert und es wurde die Möglichkeit vorgesehen, eine Vorführung neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät noch vor deren offizieller Indienststellung zu veranstalten. Darüber hinaus sind die Teilnehmerstaaten gehalten, in Zukunft bei Ersuchen um Inspektionsaktivitäten und Überprüfungsbesuche und bei deren Durchführung die offiziellen nationalen und religiösen Feiertage des Empfangsstaats zu berücksichtigen. Und schließlich wurden auch die bei Inspektionsaktivitäten und Überprüfungsbesuchen erteilten Einweisungen aufgewertet.

Im Dezember 2011 wurde ein Treffen der Leiter der Verifikationszentren abgehalten. Es diente dem Erfahrungs- und Informationsaustausch über technische Aspekte der Durchführung.⁶

Im März 2012 fand das zweiundzwanzigste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung statt. Es gab den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zu einer Erörterung der aktuellen und künftigen Durchführung vereinbarter VSBM und ermöglichte Experten Erfahrungen auszutauschen, Anregungen vorzubringen und den Stand der Durchführung zu beurteilen. Im Zuge des Treffens wurden 30 Anregungen für mögliche weitere Verbesserungen der Durchführung vereinbarter VSBM vorgebracht.⁷

Ein Sicherheitsdialog, der im September 2012 zum Thema Verifikationsaktivitäten abgehalten wurde, belebte die Debatte zwischen den Teilnehmerstaaten im Forum. Darüber hinaus nutzten mehrere Teilnehmerstaaten die FSK-Sitzungen im Sinne von Transparenz und Vertrauensbildung zur Information über militärische Aktivitäten beziehungsweise militärische Übungen unterhalb der Ankündigungsschwelle.

4 Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, neu aufgelegt unter der Dokumentennummer FSC.DOC/1/11 laut FSK-Beschluss über die Neuauflage des Wiener Dokuments (FSC.DEC/14/11), verabschiedet in der 665. Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE am 30. November 2011 in Wien (siehe FSC.JOUR/671).

5 Übernommen wurden folgende WD-PLUS-Beschlüsse: Beschluss Nr. 10/10 „Berücksichtigung nationaler Feiertage bei der Planung von Verifikationsaktivitäten“, Beschluss Nr. 11/10 „Zeitpunkt der Vorführung neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät“, Beschluss Nr. 12/10 „Übernahme des FSK-Beschlusses Nr. 1/10 in das Wiener Dokument Kapitel XII“, Beschluss Nr. 13/10 „Aktualisierung der Liste der in Kapitel XII genannten Kooperationspartner“, Beschluss Nr. 15/10 „Auswahlkriterien für Militärflugplätze im Hinblick auf die Veranstaltung von Besuchen“, Beschluss Nr. 4/11 „Aktualisierung der Liste der in der Einleitung genannten OSZE-Teilnehmerstaaten“, Beschluss Nr. 6/11 „Genauigkeit der Koordinaten von Truppenformationen, Kampftruppenteilen, fliegenden Truppenformationen und fliegenden Kampftruppenteilen“, Beschluss Nr. 7/11 „Abänderungen und Ergänzungen zu Kapitel IX ‚Einhaltung und Verifikation‘ Absätze 98 und 127“, Beschluss Nr. 10/11 „Aktualisierung des Titels und der Einleitung des Wiener Dokuments 1999“.

6 Der Sitzungsbericht ist in FSC.GAL/161/11 enthalten.

7 FSC.AIAM/31/12 gibt einen Überblick über die Anregungen.

Am 17. Oktober 2012 verabschiedete das FSK den WD-PLUS-Beschluss Nr. 9/12 über die vorherige Ankündigung größerer militärischer Aktivitäten, den ersten WD-PLUS-Beschluss seit der Neuauflage des Wiener Dokuments im November 2011. Der FSK-Beschluss Nr. 9/12 trat mit seiner Verabschiedung in Kraft und trägt den Teilnehmerstaaten auf, in einem Kalenderjahr, in dem es keine anzukündigende militärische Aktivität gibt, mindestens eine militärische Aktivität oder Übung, die unterhalb der im Wiener Dokument definierten Schwellen liegt, anzukündigen. Die Teilnehmerstaaten werden sich bei der Festlegung der konkreten militärischen Übung oder militärischen Aktivität, die sie ankündigen werden, nach ihrem Ermessen vom Kriterium der militärischen Bedeutsamkeit leiten lassen.

Darüber hinaus werden im FSK zwanzig Vorschläge und Beschlussskizzen zu fünf Kapiteln des Wiener Dokuments 2011 diskutiert. Diese beziehen sich auf Folgendes:

- Information über Kommandostruktur und Kampftruppenteile
- Information über militärische Ausbildungsstätten und militärische Instandhaltungs- und Instandsetzungseinrichtungen
- Information über außerhalb des nationalen Territoriums dislozierte Land- und Luftstreitkräfte
- Information über Truppenteile der militärischen Transportfliegerkräfte
- Ankündigung von auf Dauer angelegten Veränderungen in der Kommandostruktur
- Information über Seestreitkräfte
- Berichterstattung über Militärausgaben
- Konsultations- und Kooperationsmechanismus zur Risikoverminderung bei Aktivitäten von Streitkräften, die Grund zur Annahme geben, dass es sich um Vorbereitungen für offensive Militäreinsätze handelt
- Einrichtung von OSZE-Inspektionen zur Klarstellung in Bezug auf Besorgnis auslösende militärische Aktivitäten
- Senkung der Schwellen für die vorherige Ankündigung
- Ankündigung der Dislozierung multinationaler schneller Eingreiftruppen
- Ankündigung groß angelegter militärischer Transite
- Definition von höherer Gewalt
- Größenordnung des bezeichneten Gebiets für Inspektionen
- Erhöhung der Quoten für Inspektionen und Überprüfungsbesuche
- Aufstockung der Gruppen für Inspektionen und Überprüfungsbesuche

- Dauer von Inspektionen und Überprüfungsbesuchen
- Zuständigkeit für die Finanzierung von Inspektionen und Überprüfungsbesuchen
- Geräte, die bei Inspektionen und Überprüfungsbesuchen verwendet werden
- Definition angrenzender Seegebiete

3. Überblick über die Durchführung im Bereich Rüstungskontrolle und VSBM von 2011 bis 2012

Im Berichtszeitraum setzten die OSZE-Teilnehmerstaaten die Durchführung ihrer gemeinsamen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 2011 fort. Das KVZ führte Protokoll über den im Rahmen dieser Verpflichtungen stattfindenden Informationsaustausch. Dessen Daten fließen regelmäßig in die monatlichen Berichte des KVZ und dessen vierteljährliche und jährliche Übersichten über die ausgetauschten VSBM-Informationen ein.

Die Durchführung der VSBM nach dem Wiener Dokument 2011 in der OSZE-Region hielt sich in den letzten fünf Jahren – gemessen an der Zahl der Einreichungen im Rahmen verschiedener Informationsaustauschverfahren wie dem Jährlichen Austausch militärischer Information (AEMI), dem Austausch über Verteidigungsplanung oder dem Weltweiten Austausch militärischer Information (GEMI) – auf einem relativ konstanten Niveau.

Bis zum 16. November 2012 hatten 53 Teilnehmerstaaten Informationen im Rahmen des AEMI 2012 übermittelt. Bei der Verteidigungsplanung und den Verteidigungshaushalten waren es wesentlich weniger. Bisher haben lediglich 43 Teilnehmerstaaten Informationen über ihre Verteidigungsplanung im Jahr 2012 übermittelt, 44 Teilnehmerstaaten machten Angaben zu ihrem Verteidigungshaushalt. Von vier Teilnehmerstaaten ist zu sagen, dass sie in den vergangenen fünf Jahren weder Informationen über ihre Verteidigungsplanung noch über ihren Verteidigungshaushalt vorgelegt haben.

Im Berichtszeitraum wurden auch Verifikationsaktivitäten nach Kapitel IX des Wiener Dokuments durchgeführt. Es waren dies 81 Inspektionen und 34 Überprüfungsbesuche bis 16. November 2012. Diese Zahlen liegen deutlich unter denjenigen des Vorjahres – bis 7. November 2011 waren es 93 beziehungsweise 36.

2012 fand keinerlei Aktivität nach Kapitel III des Wiener Dokuments – Verminderung der Risiken – statt.

2012 waren 51 Teilnehmerstaaten an das OSZE-Kommunikationsnetz angeschlossen; nur ein über Streitkräfte verfügender Teilnehmerstaat war noch immer nicht angeschlossen. Die Zuverlässigkeit des Netzes war nach wie vor sehr hoch, die zentralen Server in Wien standen 100 Prozent der Zeit zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der Teilnehmerstaaten (36) war mindestens 99 Prozent der Zeit am Netz und die Gesamtverfügbarkeit aller an das Netz angeschlossenen Endbenutzerstationen lag über 98 Prozent.

Die für die OSZE konzipierten Software-Anwendungen, die zur Bearbeitung der Notifikationen (*Integrated Notification Application*, INA) und zur Vorbereitung des jährlichen

Informationsaustauschs (*Automated Data System, ADS*) verwendet werden, wurden aktualisiert und den Teilnehmerstaaten zur Verwendung überlassen.

2012 wurde das Kommunikationsnetz auch für die Zwecke des Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich der Seestreitkräfte im Schwarzen Meer genutzt. Das Dokument ist daher neben dem Friedensvertrag von Dayton eine weitere regionale Vereinbarung, die wie der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, der Vertrag über den Offenen Himmel und das Wiener Dokument 2011 das Kommunikationsnetz für den Informationsaustausch verwendet, um die Transparenz zwischen den Teilnehmerstaaten zu erhöhen.

Das OSZE-Kommunikationsnetz ist nach wie vor ein äußerst zuverlässiges und sicheres Instrument, das den Teilnehmerstaaten zur Unterstützung der VSBM und zur Einhaltung ihrer gegenseitigen Verpflichtungen zur Verfügung steht.

4. Sonstige Aktivitäten

Im November 2011 veranstaltete die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina ein Seminar über die Durchführung von VSBM, bei dem Angehörige der Streitkräfte über das neu aufgelegte Wiener Dokument 2011 informiert wurden. Die Teilnehmer wurden auch über den aktuellen Stand der politisch-militärischen Verpflichtungen unterrichtet. Im Zuge des Seminars wurde auch ein Entwurf für den Jährlichen Austausch militärischer Information erarbeitet.

Unterstützt vom KVZ veranstaltete das Zentrum für Sicherheitskooperation RACVIAC im März 2012 einen Kurs für Inspektoren aus Südosteuropa mit dem Titel „Wiener Dokument 2011 – Bemühungen zur Neubelebung der Vertrauens- und Sicherheitsbildung, der Einhaltung und Verifikation“. Der Kurs umfasste auch einen Überprüfungsbesuch und eine Inspektion zu Ausbildungszwecken, die gemeinsam mit den kroatischen Streitkräften organisiert wurden.

Gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium der Republik Kasachstan veranstaltete das OSZE-Zentrum in Astana im Mai 2012 einen jährlichen regionalen Schulungskurs zum Wiener Dokument 2011. Die Teilnehmer an den Workshops aus Zentralasien und dem Südkaukasus diskutierten über Fragen im Zusammenhang mit dem Jährlichen Austausch militärischer Information sowie über praktische Verifikationsaktivitäten.

Das OSZE-Büro in Tadschikistan unterstützte das Verifikationszentrum des Verteidigungsministeriums dabei, die Verbindung mit dem OSZE-Kommunikationsnetz zu halten, und stellte dem Verifikationszentrum Ausbildungsmöglichkeiten für seine Inspektoren für das Wiener Dokument zur Verfügung. Vom 30. Mai bis 1. Juni 2012 fand ein regionaler Schulungskurs zum Wiener Dokument 2011 statt. Die Teilnehmer konnten dort ihre Kenntnisse in Bezug auf die Durchführung des Wiener Dokuments 2011 vertiefen und erfuhren, welche Rolle vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen spielen und wie sie sich entwickelt haben. Bei dieser Veranstaltung wurde auch die Notwendigkeit einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten sowie einer stärkeren regionalen Kooperation bei VSBM unterstrichen.

Im Februar, September und November 2012 entsandte das KVZ darüber hinaus auch Dozenten, die bei Lehrgängen der NATO-Schule in Oberammergau über das neu aufgelegte Wiener Dokument 2011 referierten.

5. Schlussfolgerungen

Der besondere Vorzug des Wiener Dokuments liegt in der für alle Teilnehmerstaaten der OSZE geltenden politischen Verbindlichkeit der militärischen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), die für größere Stabilität, Transparenz und Vorhersehbarkeit auf militärischem Gebiet sorgen sollen. Das Wiener Dokument hat sich als ausgewogenes Instrument mit einem hohen Durchführungsgrad erwiesen.

Das Wiener Dokument 2011 wurde am 20. November 2011 vom FSK verabschiedet und trat am 1. Dezember 2011 in Kraft. Mit seiner Verabschiedung haben die Teilnehmerstaaten ihre Fähigkeit, wichtige politisch bindende Verpflichtungen in der ersten Dimension der OSZE auszuhandeln und anzupassen, unter Beweis gestellt. Diese Anpassung setzte dem elf Jahre dauernden Stillstand in den Verhandlungen über VSBM ein Ende.

Das neu aufgelegte Wiener Dokument enthält Elemente mit politischen Auswirkungen, insbesondere die Forderung nach einer regelmäßigen Beurteilung samt Neuauflage in Intervallen von höchstens fünf Jahren. In der Einleitung bekennen sich die Teilnehmerstaaten ausdrücklich zum politischen Erbe der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa sowie zu allen späteren abschließenden Dokumenten der KSZE/OSZE.

Das Wiener Dokument 2011 ist der erste konkrete Erfolg des derzeit in Gang befindlichen Prozesses zur Überprüfung und Neubelebung der VSBM. Die meisten Teilnehmerstaaten wiesen auf die Notwendigkeit hin, bei der Modernisierung des Wiener Dokuments im Hinblick auf seine Anpassung an die politisch-militärischen Gegebenheiten der Gegenwart und Zukunft strategischer und vorwärtsgerichteter vorzugehen. Die Verabschiedung des FSK-Beschlusses Nr. 9/12 über die vorherige Ankündigung größerer militärischer Aktivitäten stellte einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar.

Das FSK führte 2012 engagierte Diskussionen über eine Vielzahl von Vorschlägen, bei denen es auch um substanzielle Fragen sowohl in Bezug auf die Verbesserung der aktuellen Durchführungsmodalitäten als auch im Hinblick auf die Entwicklung neuer VSBM ging. Sobald es jedoch um strategische Fragen geht, erfordert die Modernisierung größere Anstrengungen, eingehendere Erörterungen und umfassende Verhandlungen. Substanzielle Aktualisierungen würden die militärische Transparenz, die Vorhersehbarkeit und die Chancen auf Frühwarnung verbessern und das Wiener Dokument damit zu einem zeitgemäßen strategischen Instrument und einem wesentlichen Beitrag zu unserer gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit machen.

Das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) 2012 war erneut eine wertvolle Plattform für die Erörterung von VSBM in der OSZE-Region samt ihrer Durchführung und Weiterentwicklung.

Das Ergebnis des Treffens der Leiter der Verifikationszentren vom Dezember 2011 blieb nach allgemeiner Ansicht hinter den Erwartungen zurück. Deshalb wurde das Konzept

des Treffens 2012 dahingehend überarbeitet, einem Meinungsaustausch mehr Raum zu geben und damit Fachdiskussionen zur weiteren Verstärkung der Durchführung des Wiener Dokuments 2011 zu fördern.

2012 nutzten die Teilnehmerstaaten auch vermehrt die Sicherheitsdialoge dazu, bedeutende militärische Übungen unterhalb der Schwelle vorzustellen, wofür sie sich der OSZE als Plattform für Transparenz und Vertrauensbildung bedienten.

Das OSZE-Kommunikationsnetz ist als eine der VSBM nach wie vor ein höchst verlässliches Instrument, das mittlerweile auf die Unterstützung der regionalen Vertrauensbildung ausgeweitet wurde.

**SCHREIBEN DES VORSITZENDEN DES FORUMS FÜR
SICHERHEITSKOOPERATION AN DEN MINISTER FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN IRLANDS UND
VORSITZENDEN DES NEUNZEHNTE TREFFENS
DES MINISTERRATS**

(Anhang 10 zu MC(19) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2012)

Exzellenz,

als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) darf ich Sie über die Aktivitäten des FSK im Jahr 2012 informieren.

Bei der Abfassung dieses Schreibens habe ich Rücksprache mit den diesjährigen Vorsitzen des FSK gehalten, zu denen neben der Republik Mazedonien Kirgisistan und Lettland gehören. Die Vorsitze arbeiteten 2012 fortlaufend zusammen, um bei der Umsetzung des jährlichen Arbeitsprogramms des Forums im Einklang mit seinem Mandat und den ihm vom Ministerratstreffen 2011 übertragenen Aufgaben für Kontinuität, Ausgewogenheit und Effizienz zu sorgen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des FSK standen auch 2012 zentrale politisch-militärische Fragen wie Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, die Durchführung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR), Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) und die Arbeit an der Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 sowie Überlegungen zur Rolle des FSK im Hinblick auf die Umsetzung der UNSCR 1325 (2000). Dem Ministerrat gingen gesonderte Fortschrittsberichte über die weitere Umsetzung der Verpflichtungen in diesen Themenbereichen zu, in denen die Entwicklungen dieser Aspekte der Arbeit des FSK im Zeitraum 2011 – 2012 ausführlicher behandelt werden.

Bis November waren ausgehend von Initiativen der Delegationen neun Beschlüsse verabschiedet worden, die die Umsetzung bestehender Verpflichtungen unterstützen sollten. Das FSK trug außerdem im Rahmen seines Mandats zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC), die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch zu Fragen der Rüstungskontrolle und der VSBM bot, sowie zur Vorbereitung der Dokumente des Ministerratstreffens von Dublin bei.

Im Einklang mit den Prioritäten der Gedenkerklärung von Astana (2010) und des Ministerratsbeschlusses Nr. 7/11 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen setzte das Forum 2012 seine Erörterungen über die Aktualisierung, Neubelebung und Modernisierung der VSBM fort. Insbesondere sei erwähnt, dass das FSK bis November 2012 einen Beschluss zum Wiener Dokument Plus verabschiedet hatte. 2012 wurde im FSK auch aktiv über eine Reihe weiterer konkreter Vorschläge zum Wiener Dokument diskutiert.

Die strategische Diskussion im Zuge des Sicherheitsdialogs unterstrich die Bedeutung des FSK als Plattform für die Behandlung und Erörterung von Sicherheitsfragen. Konkret kam es zu einem aktiven Dialog über Themen im Zusammenhang mit aktuellen europäischen

Sicherheitsfragen, darunter das strategische Sicherheitsumfeld im einundzwanzigsten Jahrhundert, die demokratische Kontrolle der Streitkräfte als Bestandteil des OSZE-Verhaltenskodex, Raketenabwehr und der *European Phased Adaptive Approach*, die zivilen EU-Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und Krisenreaktion, mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit, Aufbau von Kapazitäten und Reform, die Ansätze der Republik Armenien in Bezug auf das Konzept der kooperativen Sicherheit, die Schanghai-Kooperationsorganisation, die Wassenaar-Vereinbarung, die Umsetzung der UNSCR 1540 in Belarus und Serbien, das Entmilitarisierungsprogramm in Montenegro, das Verifikationszentrum der Bundeswehr und die denkbare Weiterentwicklung der Implementierung, die Reaktion Südosteuropas auf Sicherheits Herausforderungen außerhalb der Region, das Minenräumprogramm des OSZE-Büros in Tadschikistan, die Umsetzung der UNSCR 1325 in der OSZE-Region und die Genderperspektive bei militärischen und Sicherheitseinsätzen, die Arbeit in der politisch-militärischen Dimension der OSZE aus Sicht des Generalsekretärs, die internationalen Normen in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen und Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton.

Im Einklang mit Kapitel XI des Wiener Dokuments 2011 hielt das FSK am 5. und 6. März 2012 das zweiundzwanzigste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) ab. Das Treffen bot den Teilnehmerstaaten Gelegenheit, die gegenwärtige und zukünftige Umsetzung der vereinbarten VSBM zu erörtern; Experten erhielten Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen, konnten Anregungen vorbringen und den Stand der Umsetzung bewerten. Das am Rande des Jährlichen Austauschs militärischer Information am 14. Dezember 2011 abgehaltene Treffen der Leiter der Verifikationszentren (HoV) diente dem Erfahrungs- und Informationsaustausch über technische Aspekte der Umsetzung der im WD 2011 vereinbarten Maßnahmen. Das nächste HoV-Treffen, das zum ersten Mal einen ganzen Tag dauern wird, ist für den 13. Dezember 2012 geplant und wird in Form thematisch gegliederter Arbeitsgruppen stattfinden.

Das FSK trug auch zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) der OSZE bei, die vom 26. bis 28. Juni 2012 stattfand. Die Diskussionen auf der Konferenz befassten sich hauptsächlich mit der Intensivierung des Sicherheitsdialogs und der Überprüfung der Arbeit der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten im Sicherheitsbereich, einschließlich der Gedenkklärung von Astana und der zuletzt verabschiedeten Ministerratsbeschlüsse Nr. 6/11, 7/11 und 8/11. Die Veranstaltung bot Gelegenheit zum Gedankenaustausch über Fragen der Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im OSZE-Raum, etwa das Wiener Dokument 2011, und zur Erörterung der wichtigsten Herausforderungen und Chancen auf strategischer Ebene.

Die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und über Lagerbestände konventioneller Munition zählten auch 2012 zu den wichtigsten Themen in der Agenda des FSK. Zwei Jahre nach der Verabschiedung des SALW-Aktionsplans der OSZE hielt das FSK vom 22. bis 24. Mai 2012 eine Sitzung zur Überprüfung von dessen Umsetzung und eine Expertentagung über die Verwaltung von SALW-Lagerbeständen sowie über die Reduzierung und Zerstörung überschüssiger Bestände ab. Dabei wurden verschiedene konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Umsetzung des Aktionsplans gemacht, auf deren Grundlage der FSK-Vorsitz ein Dokument, in dem mögliche Schritte zur Umsetzung des Aktionsplans beschrieben sind, anregte und herausgab. Dann nahm der FSK-Vorsitz an der zweiten UN-Konferenz zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten teil, die vom 27. August bis

7. September 2012 abgehalten wurde und bei der die Fortschritte der OSZE bei der Umsetzung des UN-Aktionsprogramms vorgestellt wurden. Ferner wurde gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 6/11 und dem späteren FSK-Beschluss Nr. 3/12 das SALW-Dokument der OSZE unter Einschluss aller ergänzenden Beschlüsse zum Thema SALW neu herausgegeben. Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) hat gemeinsam mit dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut die Methodik der Staaten zur Zusammenstellung des jährlichen Informationsaustauschs über die im vorangegangenen Kalenderjahr in andere Teilnehmerstaaten ausgeführten oder aus diesen eingeführten SALW analysiert. Der Bericht zeigte mögliche Gründe für die Diskrepanzen zwischen den von den Teilnehmerstaaten gelieferten Informationen auf und enthielt diesbezügliche Empfehlungen.

Die OSZE setzte 2012 die Umsetzung von Projekten in Beantwortung von Hilfsersuchen zu SALW und SCA fort. Die Behandlung der Ersuchen von Teilnehmerstaaten zur Unterstützung bei der Zerstörung sowie bei der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von SALW und SCA ist nach wie vor einer der dynamischsten Bereiche der Umsetzung der SALW- und SCA-Dokumente. In diesem Jahr wurde ein Projekt in Albanien abgeschlossen. Außerdem setzte die OSZE die Durchführung von drei gemeinsamen Hilfsprogrammen mit UNDP fort, je eines davon in Montenegro und Georgien, das dritte in Belarus, und nahm zwei weitere Projekte in Serbien und Bosnien und Herzegowina in Angriff. Das Forum erhielt in diesem Jahr auch ein weiteres Ersuchen um Hilfestellung zu SALW und SCA von Bulgarien. Was die praktische Unterstützung betreffend SALW und SCA anbelangt, sollte der Lösung von Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit den Projekten in Albanien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Montenegro, Serbien und der Ukraine besondere Aufmerksamkeit zukommen. Das FSK befasste sich weiter mit der Abwicklung eines umfangreichen SALW- und SCA-Programms. Neben der regelmäßigen Finanzierung bereits laufender Projekte können im Rahmen dieses Programms auch Beiträge zu in Entwicklung befindlichen SALW- und SCA-Projekten geleistet werden.

Der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit hatte im Jahr 2012 einen unverändert hohen Stellenwert in der Arbeit des FSK. Am 11. Juli 2012 fand in Wien erstmals die Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex statt. Sie bot eine großartige Gelegenheit, sich darüber auszutauschen, wie die Umsetzung des Verhaltenskodex, einschließlich des jährlichen Informationsaustauschs, gefördert und verbessert werden kann, eine Evaluierungsdiskussion zu führen und die Anwendung des Verhaltenskodex im Kontext der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage zu prüfen. Ferner wurde vom 18. bis 20. Juni 2012 in Riga (Lettland) im Sinne des FSK-Beschlusses Nr. 1/08 das fünfte Regionalseminar für die Länder des Ostseeraums abgehalten. Das Seminar befasste sich mit Fragen wie der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte, der Reform des Sicherheitssektors und UNSCR 1325, der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen und der Rechte der Angehörigen der Streitkräfte. Schließlich stand der Verhaltenskodex auch in diesem Jahr auf der Tagesordnung der FSK-Sitzungen. So fand insbesondere im Juni 2012 ein Sicherheitsdialog zum Thema demokratische und parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte statt.

Der Informationsaustausch erfolgte 2012 auf gleichbleibendem und hohem Niveau. Die FSK-Vorsitze machten wieder reichlich vom Ankündigungs- und Mahnmechanismus Gebrauch, um die Verfügbarkeit der Informationen unter den Teilnehmerstaaten zu verbessern. Damit wurde die Einhaltung der Verpflichtungen verbessert, doch haben noch nicht alle Teilnehmerstaaten die erforderlichen Informationen geliefert.

Die Arbeit ging auch im Bereich der Unterstützung für die Durchführung der UNSCR 1540 (2004) über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme weiter. 2012 wurden in Abstimmung mit dem Ausschuss nach Resolution 1540 und dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen mehrere länderspezifische Dialogbesuche durchgeführt. Als direktes Ergebnis dieser Besuche haben die Republik Belarus, die Republik Serbien und Kirgisistan nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution entwickelt. Darüber hinaus wurde mit zehn weiteren Ländern aus der OSZE-Region der Dialog eröffnet. Der Erfolg der OSZE-Bemühungen zur Erleichterung der Umsetzung der Resolution wurde von mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten sowie vom Ausschuss nach Resolution 1540 und dessen Experten gewürdigt. Erwähnt sei schließlich auch die OSZE/UNODA-Arbeitstagung über die Umsetzung der UNSCR 1540 im Juni dieses Jahres in Wilna.

Das Forum spielte überdies eine maßgebliche Rolle bei der Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen den Teilnehmerstaaten zu Fragen der Nichtverbreitung. Das KVZ hat in Übereinstimmung mit FSK-Beschluss Nr. 19/11 ein Netz von Kontaktstellen aufgebaut – das es seither verwaltet – und dem Ausschuss nach Resolution 1540 zugeleitet. Sechszwanzig Teilnehmerstaaten haben nationale Kontaktstellen für die Umsetzung der UNSCR 1540 bestimmt und der OSZE bekanntgegeben. Ferner wurden in der OSZE-Region das ganze Jahr hindurch mehrere regionale Veranstaltungen und maßgeschneiderte Weiterbildungen zu Fragen der UNSCR 1540 organisiert. Die OSZE ist inzwischen eine der aktivsten regionalen Organisationen, die in enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss nach Resolution 1540 die Umsetzung der Resolutionen 1540 und 1977 fördern.

Schließlich ernannte der FSK-Vorsitz im Juli 2012 einen Koordinator für Fragen der Nichtverbreitung (FSC.DEL/86/12), der unter anderem die Aufgabe hat, Möglichkeiten zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung aus dem Jahr 1994 zu prüfen und, wann und wo immer angebracht, weiter konkrete Formen der Hilfestellung der OSZE für die Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die vollständige Umsetzung der UNSCR 1540 zu ermitteln und zu unterstützen.

Wie im Ministerratsbeschluss Nr. 7/11 vorgesehen, prüfte das FSK weiter Möglichkeiten zur Förderung der Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum. Zur Förderung konkreter Aktivitäten im Hinblick auf die Umsetzung der Resolution veranstaltete der FSK-Vorsitz zwei Sitzungen im Rahmen des Sicherheitsdialogs, eine zum Thema Umsetzung der UNSCR 1325 im OSZE-Raum und die zweite zu UNSCR 1325, damit zusammenhängenden Resolutionen und Genderperspektiven in Bezug auf militärische und Sicherheitseinsätze/-missionen. Ferner ernannte der FSK-Vorsitz 2012 einen Koordinator des FSK-Vorsitzes für Fragen der UNSCR 1325 (FSC.DEL/32/12).

Schließlich arbeiteten alle drei FSK-Vorsitze 2012 weiter gemeinsam mit dem Ständigen Rat (StR) in Fragen von beiderseitigem Interesse als Teil des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit. Bis Dezember 2012 fanden in diesem Sinne zwei gemeinsame FSK/StR-Sitzungen zu Friedenssicherungseinsätzen und Aspekten des Übergangs in Afghanistan statt, die für die Arbeit sowohl des FSK als auch des StR von Bedeutung sind.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR DIE
KOOPERATIONSPARTNER DER OSZE IM MITTELMEERRAUM
AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS

(MC.GAL/10/12 vom 5. Dezember 2012)

Als Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe im Jahr 2012 war es das Hauptanliegen der Ukraine, gute Voraussetzungen für einen offenen und interaktiven Dialog mit den Partnern im Mittelmeerraum zu schaffen und bedarfsorientiert im Einklang mit dem in Wilna 2011 verabschiedeten Beschluss des Ministerrats über die Kooperationspartner auf die Interessen und Prioritäten der Kooperationspartner im Mittelmeerraum einzugehen. Der Vorsitz setzte wichtige Schritte zur Stärkung der ergebnisorientierten Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Partnern im Mittelmeerraum.

Nachdem im Januar und Februar etliche informelle Gespräche in enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat stattgefunden hatten, wurde eine Liste potenzieller Projekte und Themen für eine mögliche Zusammenarbeit mit den Mittelmeerpartnern der OSZE erstellt, die den Teilnehmer- und Partnerstaaten übermittelt wurde. Die Liste ergibt sich aus den Bereichen, in denen die OSZE über Expertise verfügt, und den von den Partnern geäußerten Interessen. Sie dient den Mittelmeerpartnern und Teilnehmerstaaten bis dato als Hilfsmittel zur Bestimmung konkreter Aktivitäten und zur Prioritätenreihung ihrer Umsetzung. Die in der Liste angeführten Ideen für Projekte können nach Maßgabe der Vorstellungen der Mittelmeerpartner und potenzieller Geber weiterentwickelt und maßgerecht adaptiert werden. Die Projekte können insbesondere von einzelnen Partnerstaaten je nach ihren Bedürfnissen und Prioritäten durchgeführt werden, können jedoch auch andere interessierte Staaten einbinden und dadurch die regionale Zusammenarbeit fördern.

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe in der OSZE war auch dieses Jahr das wichtigste Format für den politischen Dialog, an dem sich alle Partner und Teilnehmerstaaten beteiligten. Der fortlaufende Zeitplan für die Treffen der Kontaktgruppe wurde ebenso wie die Tagesordnung für die Mittelmeerkonferenz 2012 in enger Abstimmung mit den Teilnehmerstaaten und Partnerländern erstellt.

2012 fanden sechs Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe und ein gemeinsames Treffen mit den Kooperationspartnern in Asien statt. Die Mittelmeerpartner trugen mit regelmäßigen Vorträgen über die Lage und die Entwicklungen in ihrem Land und ihrer Region aktiv zu den Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe bei. Diese Vorträge halfen mit, einander besser kennenzulernen, und ermöglichten einen allseits bereichernden Informations- und Meinungsaustausch über Sicherheitsfragen von gemeinsamem Interesse. Die Treffen waren Themen aus allen drei Sicherheitsdimensionen der OSZE gewidmet, mit Vorträgen von Fachleuten aus den Durchführungsorganen der OSZE, aus internationalen Organisationen und der Welt der Wissenschaft.

In der ersten Sitzung der Mittelmeer-Kontaktgruppe am 17. Februar 2012 stellte der irische OSZE-Vorsitz seine Prioritäten und Vorhaben vor; er hob dabei den reichen Erfahrungsschatz der OSZE in vielen, unter Umständen für Partnerländer relevanten Bereichen hervor und wies darauf hin, dass das OSZE-Instrumentarium den Kooperationspartnern ohnehin schon zur Gänze zur Verfügung stehe. Der OSZE-Generalsekretär betonte, wie wichtig es sei, die Beziehung zwischen der OSZE und ihren Partnern nicht im Sinne

einer Einbahnstraße zu verstärken und eine praktische und ergebnisorientierte Zusammenarbeit im Sinne der im entsprechenden Ministerratsbeschluss von Wilna gegebenen Zusage zu pflegen. Die Teilnehmer tauschten sich darüber aus, wie der Ministerratsbeschluss von Wilna betreffend die Kooperationspartner am besten umzusetzen sei, und besprachen die Aussichten der Mittelmeerkonferenz 2012 der OSZE. Der Botschafter Tunesiens, S.E. Samir Koubaa, referierte über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen, mit denen sein Land nach dem Arabischen Frühling und dem anschließenden Übergang zur Demokratie konfrontiert ist.

Bei dem zweiten Treffen am 16. März 2012 informierte der irische Vorsitz die Kontaktgruppe über das vorsichtig geäußerte Interesse des stellvertretenden Außenministers von Libyen, der eine mögliche OSZE-Mittelmeerpartnerschaft für Libyen sondieren wollte. Bei diesem Treffen stand die erste Dimension im Mittelpunkt, zu der Botschafter Adam Kobieracki, Direktor des Konfliktverhütungszentrums der OSZE, einen Vortrag hielt, an den eine Fachdiskussion über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit anschloss, mit Wortmeldungen von Dr. Alexandre Lambert von der *School for International Training* (Genf) und Universitätsdozent Brigadier Dr. Heinz Vetschera vom *Peace Support Operations Training Centre* (Sarajewo). Der Botschafter von Marokko, S.E. Ali El Mhamdi, referierte über die Entwicklungen in Marokko. Des Weiteren stellte ein Vertreter des Sekretariats eine Liste von für eine mögliche Zusammenarbeit mit den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum geeigneten Projekten und Themen vor, die das Ergebnis von Konsultationen des Generalsekretärs der OSZE mit den Mittelmeerpartnern war, bei denen die Frage erörtert wurde, in welchen Bereichen sich die OSZE stärker praktisch engagieren könnte; die Liste war vor der Sitzung unter der Dokumentennummer SEC.GAL/51/12 verteilt worden.

Am 18. Mai 2012 traf sich die Kontaktgruppe zum dritten Mal, wobei die zweite Dimension den Schwerpunkt bildete. Botschafter Makram M. Queisi von Jordanien hielt dazu ein Referat über die Veranstaltung des ersten Workshops über Umwelt- und Sicherheitsfragen im südlichen Mittelmeerraum. Daran schloss sich eine Diskussion zum Thema nachhaltige Bewirtschaftung von Energie und Wasser an, bei der sich auch der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Goran Svilanović, zu Wort meldete. Nikolai Denisov vom UNEP-Regionalbüro für Europa, der auch im Regionalen Osteuropa-Referent von ENVSEC mitarbeitet, hielt einen Vortrag zum Thema „Das Dnister-Projekt – grenzüberschreitende wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit für Osteuropa“ und Dr. Nebojša Nakićenović, Stellvertretender Direktor des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA), präsentierte die Ergebnisse des *Global Energy Assessment*. Das OSZE-Sekretariat berichtete über den aktuellen Stand und die Rückmeldungen zur Liste potenzieller Projekte und Themen für eine mögliche Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern im Mittelmeerraum.

In der vierten Sitzung am 20. Juli 2012 gab der Botschafter Israels, S.E. Aviv Shir-On, einen Überblick über die aktuelle Lage in Israel und der Region. Darüber hinaus wurden Fragen im Zusammenhang mit der dritten Dimension erörtert. Botschafter Janez Lenarčič, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, hielt einen Vortrag zum Thema „Aktuelle Chancen für Engagement und Kooperation, Engagement 2012 und künftige Aktivitäten“, in dem er erneut die Bereitschaft des BDIMR zur Hilfestellung und Fortsetzung des Dialogs mit allen Kooperationspartnern im Mittelmeerraum erklärte. Weitere Vortragende waren Damian Gjijnuri, Kovorsitzender des Sonderausschusses des albanischen Parlaments für die Wahlreform, und Richard Lappin,

BDIMR-Wahlberater, die über die jüngste Unterstützung des BDIMR der OSZE für den parlamentarischen Sonderausschuss für die Wahlreform in Albanien und die Nachbereitung der wahlbezogenen Empfehlungen des BDIMR informierten. Botschafter Andreas Nothelle, Sonderbeauftragter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien, unterrichtete die Teilnehmer über die Ergebnisse der 21. Jahrestagung der PV der OSZE und des Mittelmeerforums vom 5. und 6. Juni in Monaco. Zwischen den Teilnehmern fand auch ein Meinungsaustausch über die Modalitäten der bevorstehenden OSZE-Mittelmeerkonferenz 2012 statt.

Beim fünften Treffen der Gruppe am 8. Oktober 2012 hörten die Teilnehmer von Botschafter Mohammed Benhocine einen Länderbericht über die Entwicklungen in Algerien. Anschließend tauschten sich die Teilnehmer über die Vorbereitungen der auf 30. und 31. Oktober in Rom anberaumten OSZE-Mittelmeerkonferenz 2012 aus. Vertreter der OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung unterrichteten die Gruppe auch über in nächster Zeit geplante Veranstaltungen der Abteilung grenzüberschreitende Bedrohungen/Gruppe Terrorismusbekämpfung (TNT/ATU), die für die Mittelmeerpartner von Interesse sein könnten.

Die letzte Sitzung fand am 27. November statt und gab dem irischen OSZE-Vorsitz 2012 Gelegenheit, die Teilnehmer über die Vorbereitungen für das bevorstehende Ministerstatstreffen zu informieren. Botschafter Makram M. Queisi von Jordanien hielt einen Vortrag über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in seinem Land. Die Tagesordnung der Sitzung wurde von den Ergebnissen der OSZE-Mittelmeerkonferenz 2012 dominiert. Die Teilnehmer erörterten die Nachbereitung der Diskussionen in Rom und wurden von Reinhard Uhrig, dem Stellvertretenden Leiter der OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung, sowie von Elena Rigacci Hay, Referentin für grundsatzpolitische Koordinierung, Unterabteilung Terrorismusverhütung (UNODC, Abteilung Völkerrechtliche Verträge), über einschlägige Aktivitäten der nächsten Zeit informiert. Die Vertreter der ATU/TNT und von UNODC berichteten insbesondere über den Stand der Vorbereitungen für den Workshop über eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung im Mittelmeerraum unter Anwendung der weltweiten Rechtsinstrumente gegen Terrorismus. Die Vertreter der Abteilung Genderfragen erörterten mit den Partnern, wie hinsichtlich des Themas betreffend die Teilhabe von Frauen, das sich im Zuge der Sitzung ergeben hatte, weiter vorzugehen sei. Zum Schluss hießen die Teilnehmer den künftigen Schweizer Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe willkommen.

Am 8. Juni fand das alljährliche gemeinsame Treffen der Kontaktgruppen für Asien und für den Mittelmeerraum statt, das dem Thema „Regionale Organisationen und ihr Beitrag zur umfassenden Sicherheit“ galt, zu dem drei Redner geladen waren: Dr. Wolfgang Zellner vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, Ettore Greco, Direktor des *Istituto Affari Internazionali* (Rom), und Botschafter Marcel Peško, Direktor des Büros des Generalsekretärs der OSZE. Dieses Treffen gab Gelegenheit zu einem Update über die jüngsten Entwicklungen und Fortschritte, durch die die Partner zu einer interaktiveren und stärker handlungsorientierten OSZE-Partnerschaft im Sinne der Beschlüsse des Ministerrats von Wilna hingeführt werden sollen.

Der ukrainische Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe bemühte sich durchgängig um eine erfolgreiche Vorbereitung der jährlichen Mittelmeerkonferenz der OSZE, die am 30. und 31. Oktober 2012 in Rom stattfand. Ausgehend von den von den Mittelmeerpartnern für die Veranstaltung namhaft gemachten Prioritäten wurde die Tagesordnung des Treffens im Wesentlichen von einem Themenkomplex dominiert, für dessen Erörterung dann auch ein

ganzer Tag vorgesehen war, der dem Meinungs- und Informationsaustausch über „Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den in demokratischen Übergangsprozessen und politischen Reformen stehenden Mittelmeerpartnern“ gewidmet war. Besondere Aufmerksamkeit wurde Fragen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in den Ländern der Mittelmeerpartner zuteil. Die Teilnehmer diskutierten, wie sich die Volkswirtschaften der Partnerländer im Mittelmeerraum durch den Einsatz nachahmenswerter Methoden der OSZE stärken lassen, wie man den Dialog fördern und die Zusammenarbeit im Bereich nachhaltiger Energie, auch aus erneuerbaren Quellen, entwickeln kann. Hochrangige Beamte aus den Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner im Mittelmeerraum leisteten ebenso wie Vertreter internationaler Organisationen und von NGOs einen Beitrag zur Veranstaltung und sorgten dadurch für eine lebhaftere und produktivere Diskussion. Die Teilnehmer erkundeten im Rahmen eines Meinungs austauschs auch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in Themenbereichen rund um die Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen der Sicherheit und die verstärkte Einbindung von Frauen ins politische und öffentliche Leben, in denen die OSZE Erfahrungen anzubieten hat.

Was die Mittelmeerkonferenz 2012 auszeichnete, war der offene und lebhaft Meinungs austausch, der dazu beitrug, besser zu verstehen, welche Art von Hilfestellung die OSZE zur Unterstützung der nationalen Reformagenda in den Partnerstaaten bieten kann. In den Diskussionen kamen die Erwartungen der Teilnehmerstaaten und Partnerländer zum Ausdruck, die sich für die Zukunft ein fokussierteres und strategischeres Herangehen und eine schrittweise operativere Partnerschaft in Form der Umsetzung konkreter Projekte, insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, erhoffen. Die Teilnehmer aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Ländern des Mittelmeerraums lieferten zahlreiche Anregungen für eine Verstärkung der Zusammenarbeit und des Austauschs nachahmenswerter Praktiken. Besonders interessant waren konkrete Vorschläge für die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Track-II-Aktivitäten, was den Aufbau eines wissenschaftlichen Netzwerks im Mittelmeerraum fördern würde, die Abhaltung eines Seminars über die Bekämpfung des Menschenhandels unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Folgen für die Mittelmeerpartner und die Durchführung einer Fachtagung über nachhaltige Energie mit dem Ziel, gute Praktiken weiterzugeben und Wege für das weitere Vorgehen zu suchen.

Es sollte allen Teilnehmerstaaten und Partnern ein wichtiges Anliegen sein, dafür zu sorgen, dass die Aktivitäten im Zuge der Nachbereitung im Jahr 2013 auch wirklich im Zusammenhang mit den im Zuge der Konferenz geführten Diskussionen stehen. Die Ukraine wird als OSZE-Vorsitz 2013 weiterhin handlungsorientierte Aktivitäten auch im Zusammenhang mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum fördern.

Der ukrainische Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe 2012 dankt allen Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum herzlich für ihr Engagement und ihre Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE-Partnerschaft, die eine Plattform für einen offenen Dialog und Meinungs austausch darstellt, sowie zur Förderung einer ergebnis- und bedarfsorientierten Zusammenarbeit. Die Ukraine wird auch in Zukunft sowohl durch den politischen Dialog als auch durch praktische Zusammenarbeit eine wirksame und produktive Mittelmeerpartnerschaft unterstützen und fördern.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR
DIE KOOPERATIONSPARTNER DER OSZE IN ASIEN
AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS
(MC.GAL/9/12 vom 4. Dezember 2012)

Die Verabschiedung der drei Beschlüsse des Ministerrats in Wilna im Dezember 2011 betreffend die Kooperationspartner, die Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan und den Antrag der Mongolei auf Zuerkennung des Status eines Teilnehmerstaats verlieh der großen Bedeutung der OSZE-Partnerschaften Ausdruck und gab der Weiterverfolgung der Kooperation mit den Partnern einen neuen Anstoß.

Der litauische Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe 2012 unterstützte den irischen OSZE-Vorsitz bei der Umsetzung dieser Beschlüsse und konzentrierte sich auf die Fortsetzung des Dialogs der OSZE mit den Kooperationspartnern in Asien, die Förderung der praktischen Zusammenarbeit und den Gedankenaustausch über die eurasische, euroatlantische und asiatisch-pazifische Sicherheitsarchitektur. Die Treffen der Asien-Kontaktgruppe spielten auch in diesem Jahr eine wichtige Rolle zur Erleichterung des Zusammenwirkens zwischen der OSZE und den Partnern in Asien. Die sechs Treffen der Asien-Kontaktgruppe im Jahr 2012 boten Gelegenheit zur Förderung des Dialogs der OSZE mit den Partnern in Asien.

Auf dem ersten Treffen der Asien-Kontaktgruppe am 20. Januar 2012 stellte der irische Vorsitz seine Prioritäten für das Jahr vor und gab einen ersten Überblick über die für die Partner in Asien besonders relevanten geplanten Aktivitäten. Die Teilnehmer tauschten sich darüber aus, wie die Bestimmungen in den Beschlüssen des Ministerrats von Wilna betreffend die Kooperationspartner und die Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan am besten umzusetzen seien. Der Botschafter der Mongolei, Dr. Dschargalsaichan Enchsaichan, hielt einen Vortrag, in dem er auf die Bereiche einging, die sich für eine Zusammenarbeit seines Landes mit der OSZE eignen, da der dimensionenübergreifende Ansatz der Organisation ganz auf der Linie liegt, die die Mongolei in Sicherheitsbelangen verfolgt. Zum Antrag der Mongolei auf Zuerkennung des Teilnehmerstatus merkte Botschafter Enchsaichan an, dass dieser mit der „Drittachbar-Politik“ der Mongolei in außenpolitischen Fragen in Einklang stehe.

Auf dem zweiten Treffen am 2. März hielt der Botschafter Japans, Shigeo Iwatani, einen Vortrag zur aktuellen Sicherheitslage in Ostasien und zum Beitrag seines Landes zur Sicherheit in Asien und in Europa, gefolgt von einer Aussprache über regionale Sicherheit und die potenziellen Bedrohungen durch Naturkatastrophen und politisch-militärische Spannungen. Die Gruppe erörterte die OSZE/Asien-Konferenz 2012 vom 13. und 14. Februar in Chiang Mai. Die Teilnehmer beglückwünschten Thailand zur erfolgreichen Veranstaltung und diskutierten die Ergebnisse der Konferenz. Das Sekretariat informierte die Gruppe über den Sachstand in Bezug auf das zweite Paket von Afghanistan-Projekten und wies auf den Finanzierungsbedarf für die Projektumsetzung hin.

Das dritte Treffen der Kontaktgruppe am 27. April war schwerpunktmäßig Drogenbekämpfungsaktivitäten und der damit verbundenen regionalen Zusammenarbeit gewidmet. Der Botschafter Afghanistans, Abdul M. Schoogufan, hielt einen Vortrag zum Thema Drogenbekämpfung und die Wichtigkeit regionaler Zusammenarbeit. Er machte auf breit

angelegte Initiativen für regionale Zusammenarbeit aufmerksam, die von Afghanistan, seinen Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft ausgehen. Die Vertreterin von UNODC, Smera Rehman, Beigeordnete Sachverständige der Regionalabteilung für West- und Zentralasien, erläuterte das UNODC-Regionalprogramm zur Förderung der Drogenbekämpfungsbemühungen in Afghanistan und den Nachbarländern, dessen Ziel die Verstärkung der Drogenbekämpfungskapazitäten in der gesamten Region Zentralasien ist.

Bei ihrem vierten Treffen am 29. Juni 2012 konnte die Asien-Kontaktgruppe Paik Ji-ah, Generaldirektorin des Büros für internationale Organisationen im koreanischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, zu einem Vortrag über multilaterale Sicherheit und Zusammenarbeit in Nordostasien begrüßen, in dessen Mittelpunkt die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Korea, Japan und China stand. Botschafter Çınar Aldemir, Exekutivdirektor der Konferenz über Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA), erläuterte in einem Referat die neuen Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen die asiatischen Länder konfrontiert sind. Ein Vertreter des Konfliktverhütungszentrums unterrichtete die Gruppe über die Arbeit der Organisation in Zentralasien.

Das fünfte Treffen am 21. September stand im Zeichen einer themenbezogenen Diskussion über die Aktivitäten der OSZE und ihrer Kooperationspartner in Asien zur Bekämpfung des Drogen- und des Menschenhandels, bei der Maria Grazia Giammarinaro, Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, und Francesca Friz-Prguda, Leiterin des Verbindungsbüros des UNHCR für die OSZE und die in Wien ansässigen VN-Einrichtungen, Fachreferate hielten. Der Vertreter der Delegation Australiens bei der OSZE, Vafa Ghazavi, gab einen Überblick über den Menschenhandel in der Region und die Maßnahmen der australischen Regierung zu seiner Bekämpfung. Alle Redner betonten, wie wichtig koordinierte nationale, regionale und internationale Bemühungen und ein geschlechtersensibler Ansatz seien.

Mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über den OSZE-Beitritt der Mongolei auf dem Wege stillschweigender Zustimmung am 21. November wurde das Versprechen von Wilna eingelöst; die Mongolei trat der Organisation als 57. Teilnehmerstaat bei und setzte in dieser Eigenschaft ihren Beitrag zu den Zielen und Aktivitäten der Asien-Kontaktgruppe fort.

Im Zuge des sechsten und letzten Treffens der Asien-Kontaktgruppe im Jahr 2012 am 23. November hielt die Botschafterin Thailands, Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Bajrakitiyabha Mahidol, einen Vortrag über die integrierte weltweite Strafrechts- und Justizpolitik für Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung. Dr. Frances Mautner-Markhof, Direktor des Österreichischen Zentrums für internationale Studien (ACIS), berichtete über die Ergebnisse des ACIS-Seminars vom 13. und 14. November 2012 zum Prozess der regionalen Sicherheitskooperation in Nordostasien und zur Relevanz der Erfahrung der OSZE. Bei diesem Treffen der Kontaktgruppe nahm die Mongolei erstmals nicht als Kooperationspartner sondern als jüngster OSZE-Teilnehmerstaat teil, und die Teilnehmer hießen Botschafter Schargalsaichan Enchsaichan in seiner neuen Rolle herzlich willkommen.

Am 8. Juni fand das alljährliche gemeinsame Treffen der Kontaktgruppen für Asien und für den Mittelmeerraum statt, das dem Thema „Regionale Organisationen und ihr Beitrag zur umfassenden Sicherheit“ galt, zu dem drei Redner geladen waren: Dr. Wolfgang Zellner, Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung am Institut für Friedensforschung und

Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, Ettore Greco, Direktor des *Istituto Affari Internazionali* (Italien), und Botschafter Marcel Peško, Direktor des Büros des Generalsekretärs der OSZE. Dieses Treffen gab Gelegenheit zu einem Update über die jüngsten Entwicklungen und Fortschritte, durch die die Partner zu einer interaktiveren und stärker handlungsorientierten OSZE-Partnerschaft im Sinne der Beschlüsse des Ministerrats von Wilna hingeführt werden sollen.

Die OSZE/Thailand-Konferenz 2012 zum Thema „Stärkung der Sicherheit durch regionale Zusammenarbeit – das umfassende OSZE-Konzept und Erfahrungen der asiatischen Kooperationspartner“ fand am 13. und 14. Februar in Chiang Mai statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Stärkung der regionalen Sicherheit durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die Förderung nachhaltiger Verkehrs- und Energiesicherheit sowie der Schutz und die Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf nationaler und regionaler Ebene. Die Konferenz war durch offene und freimütige Diskussionen gekennzeichnet, unter lebhafter Beteiligung der Vertreter der Kooperationspartner in Asien, der OSZE-Teilnehmerstaaten, anderer asiatischer Staaten, in der Region tätiger internationaler Organisationen einschließlich des ASEAN-Generalsekretärs und von Vertretern der Wissenschaft.

Im Zuge der Konferenz fand für eine Gruppe afghanischer Experten ein Workshop zum Thema „Förderung von Sicherheit durch ein umfassendes Entwicklungskonzept für Grenzregionen – ein Kapazitätsaufbauprogramm anhand thailändischer Erfahrungen“ statt. Der Workshop 2012 war eine Folgeveranstaltung zum Workshop „Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und die Verbesserung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements – Thailand als Fallstudie“ des Jahres 2010 und gab Experten Möglichkeit zum Austausch von Best Practices und zur Nutzung der Erfahrungen in Thailand, wo man gegen die vom Anbau illegaler landwirtschaftlicher Kulturen in Grenzregionen ausgehenden Bedrohungen Projekte einsetzt, die eine menschenzentrierte, inklusive und nachhaltige Entwicklung unterstützen. Diese Veranstaltung bot Gelegenheit, das Expertenwissen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen gezielt an Beamte aus Afghanistan und Zentralasien weiterzugeben und daneben die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern der OSZE zu stärken; sie ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Partnern unter der Schirmherrschaft der OSZE.

Das ganze Jahr hindurch leistete der Vorsitz der OSZE-Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien dem irischen Vorsitz Hilfestellung bei der Ausarbeitung des zweiten Pakets von Projekten zum Kapazitätsaufbau und zur Unterstützung unseres Kooperationspartners Afghanistan. Dies ermöglichte ein Vorziehen von neun der 32 Projektideen, von denen drei genügend Unterstützung durch die Teilnehmerstaaten erhielten, sodass sie nun in die Implementierungsphase gehen können.

Im Rahmen des OSZE-Partnerschaftsfonds nahmen afghanische Diplomaten an einem Fortbildungskurs „Kapazitätsaufbau in Afghanistan – Stärkung des diplomatischen Dienstes“ teil, der vom 15. bis 28. April 2012 in Ulan Bator stattfand. Diese Veranstaltung sollte angehende afghanische Diplomaten besser befähigen, sich mit der Vielzahl regionaler Fragen, mit denen ihr Land konfrontiert ist, auseinanderzusetzen, und ihnen die Möglichkeit geben, sich die Erfahrungen der Mongolei mit dem Übergang zur Demokratie zunutze zu machen und dabei die Aktivitäten, Werte und Verpflichtungen der OSZE kennenzulernen. Die Teilnehmer lernten ein breites Spektrum von für ihr Land relevanten Fragen kennen,

darunter auch die Herausforderungen, mit denen Binnenentwicklungsländer konfrontiert sind, Konzepte für die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus sowie Völkerrecht und die Rolle internationaler Organisationen.

Dank des Partnerschaftsfonds konnte ein Expertenseminar auf hoher Ebene über die Zusammenarbeit für Sicherheit und Entwicklung in Nordostasien und die Erfahrung der OSZE abgehalten werden, das vom irischen OSZE-Vorsitz gemeinsam mit dem Österreichischen Zentrum für internationale Studien und dem litauischen Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe der OSZE organisiert wurde und am 13. und 14. November stattfand. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Prozesses der multilateralen Zusammenarbeit für Sicherheit und Entwicklung in Nordostasien, die für die multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien relevanten Erfahrungen der OSZE, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen für die Verhütung und Verminderung von Risiken und Konflikten und für die Herbeiführung von Stabilität, Sicherheit und Zusammenarbeit in Nordostasien sowie Mittel und Wege zur Förderung des Friedensprozesses auf der koreanischen Halbinsel.

Der litauische Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe für das Jahr 2012 dankt den Kooperationspartnern in Asien, den Teilnehmerstaaten und dem Sekretariat der OSZE herzlich für ihre großzügige Unterstützung, mit der sie die OSZE-Partnerschaft zu einer hilfreichen Plattform für einen offenen Dialog und Informationsaustausch machten und eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit und einen wechselseitig bereichernden Erfahrungsaustausch förderten.

BERICHT
AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS
ÜBER DAS TREFFEN DER OSZE-TROIKA MIT
DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM
(MC.GAL/16/12 vom 17. Dezember 2012)

Das jährliche Treffen der OSZE-Ministertrioika mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum fand am 7. Dezember 2012 am Rande des Ministerratstreffens von Dublin unter Beteiligung des OSZE-Generalsekretärs und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE statt. Den Vorsitz führte Joe Costello, Staatsminister im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von Irland.

Staatsminister Joe Costello eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die Zusage Irlands während seines Vorsitzes, das Engagement der OSZE für seine Partner zu vertiefen, unter anderem durch die Ermunterung der Vorsitzenden der drei Ausschüsse, die Partner zu einschlägigen Sitzungen einzuladen. Er erwähnte ferner die aktive Teilnahme der Partner an der OSZE-Mittelmeer-Konferenz 2012. Ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der Konferenz war wohl die wichtige Rolle, die den Partnern bei der Gestaltung der Tagesordnung sowie des Spielraums der Erörterungen zukam. Er würdigte und unterstützte die Bemühungen des Generalsekretärs, den Dialog mit den Mittelmeerpartnern – sowohl durch informelle Konsultationen als auch hochrangige Treffen mit dem Ziel zu stärken, Bereiche für die Aufnahme konkreter Kooperationsaktivitäten festzulegen, und ermunterte die Partner, ihrem Interesse an einer intensiveren Zusammenarbeit mit der OSZE offiziell Ausdruck zu verleihen. Abschließend stellte er fest, dass die OSZE mit dem „Helsinki+40“-Prozess eine gute Gelegenheit für die Wahl eines strategischeren Ansatzes erhalte, für den eine stärkere Partnerschaft ein wesentliches Element sein sollte.

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier informierte über seine Bemühungen, eine praxisorientiertere Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und einen politischen Dialog auf hoher Ebene zu fördern. Er informierte über die Anfang 2013 anstehenden Projekte in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung des Menschenhandels und nachhaltige Energie und betonte, wie wichtig es sei, die Mittelmeerpartner in den „Helsinki+40“-Prozess einzubinden.

Botschafter Ihor Prokoptschuk, der ukrainische Vorsitzende der Mittelmeer-Kontaktgruppe, stellte fest, dass die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum 2012 intensiv und ergebnisorientiert verlaufen sei. Hauptziel der Ukraine sei es gewesen, den politischen Dialog und den Erfahrungsaustausch sowie auch die praktische Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe waren von interessanten Vorträgen der meisten Partner und vom Austausch mit Experten der OSZE und anderer internationaler Organisationen geprägt. Die Ukraine unterstützte die bevorstehenden Initiativen in den Bereichen Bekämpfung des Menschenhandels, Terrorismusbekämpfung und nachhaltige Energie. Das von Tunesien, Marokko und Algerien bekundete Interesse an einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Organisation wurde als besonders ermutigend erachtet. Ein besonderes Verdienst der OSZE-Mittelmeerkonferenz 2012 bestand darin, besser zu vermitteln, welche Art von Unterstützung die OSZE ihren Partnern geben kann.

Der für europäische Angelegenheiten zuständige Staatssekretär im tunesischen Außenministerium Touhami Abdouli äußerte sich positiv zu den Zielen und zum

maßgeschneiderten Ansatz der OSZE in den Beziehungen zu ihren Partnern. Er stellte fest, dass die OSZE bei der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, insbesondere im Hinblick auf Wahlen, eine überaus wichtige Rolle spiele. Er machte sich für eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft stark und regte die Entwicklung eines Aktionsplans zu diesem Zweck an.

Der Botschafter Israels, Aviv Shir-On, bekundete das Interesse und die Bereitschaft seines Landes, die Zusammenarbeit mit der OSZE und der Partnergruppe zu intensivieren. Er wies darauf hin, dass die OSZE über politische Divergenzen hinweg der Förderung des Dialogs verhaftet und somit ein gutes Beispiel für den Nahen Ostens sei.

Der Botschafter Marokkos, Ali El Mhamd, würdigte die Förderung des Dialogs auf informeller Ebene und konkrete Kooperationsinitiativen des Generalsekretärs. Marokko freue sich darauf, einen Beitrag zum „Helsinki+40“-Prozess zu leisten und die praktische Zusammenarbeit, auch im Rahmen von Track-II-Initiativen, auszubauen. Er erwähnte ferner, dass ein Mechanismus zur Sicherstellung der Nachbereitung der Ergebnisse der Mittelmeerkonferenz notwendig sei.

Der Botschafter Jordaniens, Makram M. Queisi, betonte die Wichtigkeit der praktischen Zusammenarbeit und die Bereitschaft Jordaniens zur Zusammenarbeit in allen drei Sicherheitsdimensionen. Er kündigte an, dass Jordanien einen Vorschlag zur Zusammenarbeit im Bereich des interkulturellen und -religiösen Dialogs ausarbeiten werde.

Der Botschafter Algeriens, Mohamed Benhocine, unterrichtete das Treffen über die Besorgnis seines Landes über die von der Lage in Mali ausgehenden Sicherheitsbedrohungen. Er befürwortete eine stärkere Einbindung der Partner in den „Helsinki+40“-Prozess und hielt fest, dass Algerien eine positive Reaktion der OSZE-Teilnehmerstaaten auf den Antrag der Palästinensischen Nationalbehörde auf Zuerkennung des Partnerstatus begrüßen würde. Algerien sei bereit, sich an den bevorstehenden regionalen Initiativen für Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung des Menschenhandels und nachhaltige Energie zu beteiligen, und sei an einer weiteren engen Zusammenarbeit mit der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen interessiert.

Der Botschafter Ägyptens, Khaled Shamaa, stellte fest, dass die Zusammenarbeit sinnvollerweise auf Bereiche im Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung und der Stärkung der Zivilgesellschaft, darunter auch der Frauen, erweitert werden könne. Er unterstützte das bevorstehende regionale Arbeitstreffen zum Thema nachhaltige Energie und räumte ein, dass die OSZE auf diesem Gebiet als Dialog- und Kooperationsplattform dienen könne. Ägypten befürworte ebenfalls die Zuerkennung des Partnerstatus an die Palästinensische Nationalbehörde im Rahmen der OSZE-Mittelmeer-Partnerschaft.

Botschafterin Heidi Grau, Leiterin des Schweizer Arbeitsstabs und designierte Vorsitzende der Mittelmeer-Kontaktgruppe, begrüßte die positiven neuen Impulse in der Mittelmeer-Gruppe. Die Schweiz sei entschlossen, die regionale und bilaterale Zusammenarbeit in der Region sowie den politischen Dialog auf hoher Ebene zu fördern. Die Schweiz wolle eine praktische und ergebnisorientierte, auf Dialog basierende Arbeitsweise fördern. Auch hoffe sie, durch die Stärkung der Effektivität der OSZE-Mittelmeer-Partnerschaft, einschließlich durch die Liga der arabischen Staaten und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und mit anderen internationalen Organisationen zu festigen. Besonders wichtige Bereiche der

Zusammenarbeit seien für die Schweiz die Terrorismusbekämpfung, grenzüberschreitende Bedrohungen, Grenzmanagement, Migration, die Bekämpfung des Menschenhandels, demokratische Wahlen und Empowerment der Bevölkerung.

Gustavo Pallares, Stellvertretender Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, wies auf die Bedeutung hin, die die Parlamentarier der Mittelmeerdimension beimessen. Er lobte die Tiefe und Breite der Zusammenarbeit, einschließlich mit der Palästinensischen Nationalbehörde und Libyen, beim Mittelmeerforum 2012; er erwarte, dass diese bei der kommenden Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung 2013 in Istanbul fortgesetzt werde.

Zum Abschluss würdigte Giedrius Čekuolis, der Botschafter Litauens, die Fortschritte in Richtung einer zunehmend ergebnisorientierten Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum.

BERICHT
AN DAS NEUNZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS
ÜBER DAS TREFFEN DER OSZE-TROIKA MIT
DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN

(MC.GAL/17/12 vom 17. Dezember 2012)

Das jährliche Treffen der OSZE-Ministertroika mit den Kooperationspartnern in Asien fand am 7. Dezember 2012 am Rande des Ministerratstreffens in Dublin unter Beteiligung des Generalsekretärs und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE statt. Den Vorsitz führte Joe Costello, Staatsminister im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Irlands.

Staatsminister Costello eröffnete die Sitzung mit der Feststellung, Irland habe sich während seines Vorsitzes für eine verstärkte Einbindung der Partner in die Sitzungen und Aktivitäten der OSZE eingesetzt. Er lobte die Beiträge der Partner in Asien zur Arbeit der OSZE und beschrieb die Asien-Partnerschaft als einen für alle Seiten nützlichen Prozess für den Meinungs austausch über Fragen von gemeinsamem Interesse und für die praktische Zusammenarbeit bei der Bewältigung gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen.

In Vertretung des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für Asien würdigte der stellvertretende Außenminister Litauens Evaldas Ignatavičius die Arbeit der Gruppe in diesem Jahr. Die Treffen der Kontaktgruppe boten Gelegenheit für Briefings durch Vertreter internationaler Organisationen, NGO und OSZE-Experten sowie zum Gedankenaustausch mit diesen. Eine der Prioritäten des litauischen Vorsitzes war es, zu mehr Sicherheit in Afghanistan beizutragen, und die Projekte – eines auf Initiative der Mongolei für die Ausbildung afghanischer Diplomaten, ein zweites wurde von Thailand angestoßen, das sein Konzept zur Bekämpfung der Drogenproduktion durch alternative und nachhaltige Entwicklungsinitiativen vorstellte – fanden große Anerkennung.

Der Botschafter Australiens, David Stuart, verwies darauf, dass sein Land etliche OSZE-Projekte unterstützt habe und auch weiterhin zur Arbeit der Organisation beizutragen gedenke, deren Werte Australien teilt. Australien schätze insbesondere den innovativen Ansatz der OSZE sowie ihre Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und vertrete die Auffassung, andere Regionen könnten sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit zum Vorbild nehmen, insbesondere was regionale Sicherheitsvereinbarungen im asiatisch-pazifischen Raum betrifft. Darüber hinaus gab er zusätzliche Erläuterungen zum Angebot Australiens, die OSZE-Konferenz mit den Kooperationspartnern in Asien 2013 auszurichten, die sich mit Genderfragen befassen wird.

Kazuya Shimba, der erste stellvertretende parlamentarische Staatssekretär Japans für auswärtige Angelegenheiten, legte dar, dass der Beitrag Japans zur OSZE auf zwei Säulen ruhe: die aktive Teilnahme an den OSZE-Treffen und die finanzielle Unterstützung von Projekten, insbesondere für Zentralasien und Afghanistan. Die Erfahrung der OSZE sei wegweisend für den Aufbau eines multilateralen Sicherheitsrahmens in der asiatisch-pazifischen Region.

Cho Hyun, Botschafter der Republik Korea, erinnerte daran, dass sich sein Land lange mit der Frage befasst hatte, wie sich der multilaterale Sicherheitsansatz der OSZE auf

Nordostasien und die Sechs-Parteien-Gespräche übertragen lasse. Das Beispiel der Mongolei, das vom Partnerstaat zum Teilnehmerstaat aufgerückt war, eröffne anderen die Möglichkeit, denselben Weg einzuschlagen. Sollten auch andere Akteure dies in Erwägung ziehen, hätte sich dieser Schritt als folgenreich erwiesen. Korea sei mit dem Niveau der Zusammenarbeit mit der OSZE sehr zufrieden, insbesondere in den Bereichen der Auseinandersetzung mit neuartigen Sicherheitsbedrohungen und Fragen der „weichen“ Sicherheit.

Sarun Charoensuwan, Generaldirektor der Abteilung für europäische Angelegenheiten im Außenministerium Thailands, bestätigte die Absicht seiner Regierung, auch weiterhin die Zusammenarbeit mit der OSZE und insbesondere mit Afghanistan zu unterstützen. Die Tatsache, dass Europa und Asien mit gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert sind und die Sicherheit des einen mit der des anderen zusammenhängt, mache sie zu natürlichen Partnern. Thailand würde eine stärkere Zusammenarbeit zwischen OSZE und ASEAN befürworten; insbesondere wolle man zu einer engeren Vernetzung mit dem ASEAN-Regionalforum ermutigen. Thailand biete sich dafür als Brückenbauer an. Thailand messe auch der Tätigkeit der OSZE in der menschlichen Dimension große Bedeutung bei und hoffe auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Als Vertreter der Ukraine und damit des designierten OSZE-Vorsitzlandes 2013 erklärte Botschafter Ihor Prokoptschuk, dass er sich im Hinblick auf die vollständige Umsetzung des Ministerratsbeschlusses von Wilna zu den Partner auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien sowohl in Wien als auch in den Hauptstädten freue.

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier zeigte sich erfreut über die positive Einschätzung durch die Asien-Partnerschaft. Als ermutigende Entwicklungen des Jahres 2012 seien unter anderem die informellen Gespräche in Wien zwischen dem Generalsekretär und den Partnern und die verstärkte Zusammenarbeit unter den Partnern zu bewerten. Er informierte ferner über die Fortschritte in Bezug auf das Engagement der OSZE für Afghanistan und sprach sich für eine noch weiter gehende Einbindung der Partner in den OSZE-Dialog aus, darunter auch den „Helsinki+40“-Prozess über die künftige Agenda und die Vision betreffend die Rolle der OSZE und die Ausweitung des Dialogs auf die Zivilgesellschaft durch breit angelegte Initiativen informeller Diplomatie.

Alle Teilnehmer würdigten die erfolgreiche OSZE/Thailand-Konferenz 2012 und dankten Australien für seine Bereitschaft, die Konferenz mit den Kooperationspartnern in Asien 2013 auszurichten. Sie dankten auch dem Generalsekretär dafür, dass er in Umsetzung des Beschlusses Nr. 5/11 des Ministerrats von Wilna den Anstoß zu einem Prozess für informelle Konsultationen mit den Partnern gegeben hatte. Die Aufnahme der Mongolei als neuer Teilnehmerstaat in die OSZE wurde als Zeichen der ungebrochenen Bedeutung der OSZE gewertet.

Abschließend fasste Staatsminister Costello zusammen, dass die Asien-Partnerschaft generell als für alle Seiten vorteilhaft erachtet werde und dass vom „Helsinki+40“-Prozess eine Förderung dieser Beziehung zu erwarten sei.